Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,30 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Dienstag, 8. März 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 56**

Nach dem Parteitag – an die Arbeit!

Schlußsitzung am 7. März — Bekenntnis zur Parteieinheit — zur proletarischen Einheitsfront — zum revolutionären Klassenkampf

(Von unserem zum Parteitag entsandten Vertreter)

Essen, 7. März.

Alle stehen noch unter dem gewaltigen Eindrucke der unvergeßlichen Demonstration des Ruhrproletariats. In geschlossener Sitzung wird das neue Zentralkomitee, die leitende Körperschaft der Partei, gewählt: der Parteitag hat kein Interesse daran, die Namen der neu gewählten Führer zur Kenntnis des Reichsanwalts zu bringen.

Nach der Wahl des Zentralkomitees wieder öffentliche Vollsitzung. Genosse Heckert hält das Schlußwort zum Referat über die Gewerkschaftsarbeit. Die Tribüne ist besetzt. Parteigenossen, sympathisierende und sozialdemokratische Arbeiter, auch viele Angestellte.

Genosse Heckert hebt die ungeheure Bedeutung der Tatsache hervor, daß der Parteitag eine völlige Einheitlichkeit in der Beurteilung unserer Linie in der Gewerkschaftsfrage zum Ausdruck gebracht hat. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß in den großen Lohnkämpfen die Kommunisten eine gesteigerte Aktivität entfalten müssen, daß die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Ausschlußhetze gegen oppositionelle Gewerkschaftler nicht dulden darf, daß wir unsere sozialpolitische Arbeit nicht nur im Reichstage und Landtage, sondern auf der ganzen Linie gewaltig steigern müssen.

Worauf kommt es jetzt an? Die Annahme der Beschlüsse ist leicht. **Ihre Durchführung ist schwieriger.** Wir sind aber Kommunisten, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Keine Ausschlußhetze, keine Verleumdung soll uns an der Erfüllung unserer Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit hindern. Kein Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer darf dazu führen, daß auch nur ein einziger Kommunist sich von der Arbeit abwendet.

Der Parteitag verkündet allen Drohungen und allen Verwirrungsmanövern zum Trotz, daß wir

die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen ideologisch und organisatorisch für unsere revolutionäre Linie gewinnen wollen, weil dies nötig ist, um die proletarische Revolution in Deutschland siegreich durchzuführen.

Nach den mit langanhaltendem Beifall aufgenommenen Worten des Genossen Heckert erfolgen die Berichte der **Kommissionen.**

Einstimmig wird ein Antrag der politischen Kommission angenommen, die die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung des Parteiprogramms vorschlägt. Der besondere Antrag einiger Genossen, der die Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes verlangt, ist damit erledigt. Ein Antrag, die Produktionskontrolle zur umfassenden Losung in den gegenwärtigen Arbeitskämpfen zu erheben, wird abgelehnt.

Die Thesen zur politischen Lage und zu den Aufgaben der Partei, die das wahre Aktionsprogramm der Partei darstellen, werden mit allen gegen acht Stimmen angenommen.

Die politische Resolution der Kötter-Vogt-Opposition wird gegen fünf, die der sogenannten Weddinger-Opposition gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Resolution von Bartels und Grylewitz, die sich mit der „Plattform" der aus der Partei ausgeschlossenen Maslow, Urbahns, Scholem solidarisiert, wird mit allen Stimmen abgelehnt. **Für die Resolution wird keine einzige Stimme abgegeben.** Dieses Ergebnis wird mit allgemeiner Zustimmung und Heiterkeit quittiert.

Die Delegationen Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg und Hamburg-Wasserkante stellen den Antrag, daß Bartels und Grylewitz, die durch ihr provokatorisches Verhalten, durch ihre Versuche, auch auf dem Parteitage Fraktionsarbeit zu leisten, und durch ihre Anträge sich in jeder Beziehung mit den ausgeschlossenen Renegaten solidarisierten, auf ein Jahr keine Funktionen bekleiden dürfen. **Ferner werden sie vom Parteitag aufgefordert, ihre Mandate im Landtag niederzulegen.**

Die Annahme dieses Antrages, die gegen die Stimmen der Interessierten erfolgt, bedeutet den entschlossenen Willen der Partei, dem Fraktionstreiben ein Ende zu bereiten.

Nach den Berichten über die Arbeit der Kommissionen hielt Genosse Pieck das Schlußwort. Genosse Pieck hob die Grundlinien der Tagung hervor und wies besonders darauf hin, daß der Parteitag in unvergleichlich höherem Maße als frühere Parteitage nicht nur von den Kommunisten, sondern von den breitesten Massen der Werktätigen mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt wurde. Kein Kongreß wurde von soviel Betriebsobleuten besucht, als der 11. Parteitag der KPD. Die Delegationen der sozialdemokratischen Arbeiter zeigen, daß

die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schon größere Fortschritte angenommen hat, als viele Kommunisten es selbst angenommen haben.

Die unvergeßliche Sonntags-Demonstration war ebenfalls ein Beweis dafür, daß die arbeitenden Massen in der KPD. ihre berufene Führung erblicken, daß sie mit der Linie der Partei einverstanden sind.

Vorwärts auf diesem Wege! Heran an die Arbeit!

Mit einem Hoch auf die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats, auf die KPD., auf die Kommunistische Internationale, auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion und auf die proletarische Sowjetrepublik und mit dem Gesang der „Internationale" wurde der 11. Parteitag der KPD. geschlossen.

Warum mitteldeutsche Märzkundgebung in Merseburg?

„Wir leben! — Und wenn Ihr Tausende niedermetzelt und aber Tausende ins Zuchthaus steckt. Und wenn Ihr mit Spitzeln und Streikbrechern wütet gegen uns: wir leben! Wir rüsten von neuem, Ihr kapitalistischen Fronvögte! Wir schießen die proletarischen Armeen!"

K. B. So manches Jahr schon zogen die Proletarier Deutschlands hinaus zu den Gräbern ihrer Gefallenen. Nicht demütig, nicht wehmütig schritten sie dahin. Aber sie waren geschlagen, ihre besten lagen erschossen am Boden, von der Militärtamarilla ermordet. „Wir leben," war trotzdem der Ruf jener, die auch trotz aller Opfer treu zur roten Fahne des Klassenkampfs standen, die immer von neuem sich in die Arbeit stürzten, wieder und wieder die Partei aufbauten, die die Bourgeoisie glaubte mit Verboten, mit Zuchthaus und Gefängnis vernichtet zu haben. Die die Massen wiederum sammelten um die Fahne der Partei, die neue Führerkaders erzogen, um das Werk der Erschlagenen zu vollenden.

„Wir leben!" Das war der Ruf in Stunden, wo uns die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die Menschewisten tausendmal totgesagt hatten. Wir ehrten in diesen Jahren unsere Opfer durch Aufmärsche an ihren Gräbern, die Arbeiterschaft jedes einzelnen Ortes am Grabe ihrer gefallenen Kameraden. Manchmal ein kleiner Trupp nur von wackeren Streitern, aber alle durchdrungen von dem Bewußtsein: die Sache des Proletariats lebt auch heute, wo Ihr glaubt, wir seien vernichtet.

Warum aber ziehen wir in diesem Jahre am 20. März 1927 neben den Aufmärschen, die wir in den einzelnen Orten an den Gräbern der Märzgefallenen veranstalten, hinüber nach Merseburg, um dort in einer mitteldeutschen Märzkundgebung die Massen der mitteldeutschen Arbeiter zusammenzufassen? Weil vor unseren Augen immer klarer und klarer die Tatsache sichtbar wird, daß wir nicht nur leben, daß wir vielmehr stärker werden, daß wir jetzt entgegenschreien wollen den Ausbeutern, den mitteldeutschen Industriekapitänen: Wir rüsten von neuem, Ihr kapitalistischen Fronvögte!

Wir rüsten von neuem, um unsere Forderungen durchzusetzen. Den Achtstundentag habt Ihr uns genommen. Die Löhne habt Ihr auf das äußerste herabgedrückt, Massen von Erwerbslosen liegen auf der Straße. Die sogenannten sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution sind dahin. Neue Kriege stehen am Horizont. Eine deutschnationale Regierung ist am Ruder und freut sich, im kommenden Krieg Seite an Seite mit dem englisch-amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion marschieren zu dürfen.

Wir sind stark genug, um nicht mehr nur den Ruf ertönen zu lassen, daß wir leben, sondern wir haben Beweise genug, daß die Massen sich rüsten zum Abwehrkampf. Die Volksentscheidsbewegung, die mitteldeutsche Landeskonferenz der Werktätigen, die internationalen Kundgebungen gegen Kriegsgefahr und Reaktion, sie alle zeigen an, daß auch die rote Front zu rüsten versteht, daß sie nicht willens ist, das Joch der Ausbeuter länger stillschweigend zu tragen. In den kommenden Wirtschaftskämpfen muß die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands beweisen, daß sie in ihrem Rüsten schon ein gewaltiges Stück vorwärts geschritten ist.

Jene mitteldeutsche Märzkundgebung soll ein Sammelpunkt des Rüstens der roten Front sein. Die weiße Front der Kapitalisten hat verstanden, auf den Särgen unserer Erschlagenen ihre rationalisierten Betriebe aufzubauen, die Profite der kapitalistischen Rationalisierung zu benutzen für die Organisierung neuer imperialistischer Kriege, hat verstanden, eine reaktionäre Regierung in Deutschland ans Ruder zu bringen und mit weißem Terror und Kerkergreuel das Proletariat niederzuhalten.

Am 20. März wollen wir jenen kapitalistischen Fronvögten unsere Losungen entgegenschleudern, wollen wir ihnen beweisen, daß nicht nur kleine Gruppen revolutionärer Arbeiter hinausziehen zu den Gräbern und dort verkünden: Wir leben. Wir werden und wollen beweisen, daß wir leben, daß wir vorwärts schreiten. Die Märzkundgebung muß Tausende von Arbeitern um unser Banner sammeln, neue Mitglieder der Partei zuführen, den Massen klar machen, daß sie sich politisch und gewerkschaftlich organisieren müssen. Die Einheitsfront der Werktätigen muß durch die Kundgebung weiter wachsen, unsere Forderungen und Losungen müssen den Arbeitern, den Werktätigen so eingehämmert werden, daß sie willens sind, mit ganzer Kraft für diese ihre Forderungen zu kämpfen.

Genfer Ratstagung

Der Antisowjetblock soll geschmiedet werden

Gestern fand die erste öffentliche Ratssitzung in Genf statt, nachdem vorher zwischen den einzelnen europäischen Staatsmännern Verhandlungen gepflogen waren, die mehr noch als bisher den Angelpunkt der Politik des Völkerbundes darstellen. U. a. fand eine Unterredung zwischen Briand und Stresemann statt, in der der französische Außenminister zunächst von Stresemann eine Aufklärung über die Frankfurter Rede Westarps forderte. Das Resultat der Besprechung war die vollkommene Beruhigung des französischen Außenministers, der die Ueberzeugung gewonnen hat, **daß der Regierungswechsel in Deutschland nicht den geringsten Einfluß auf das deutsch-französische Verhältnis zeitigen wird.**

Ebenfalls haben vor der Hauptsitzung Briand, Chamberlain und Stresemann längere Unterredungen miteinander gehabt, in denen nicht über irgendwelche abgelegenen Fragen, die in der offiziellen Sitzung zur Diskussion standen, geredet wurde, sondern über **China und Rußland.** Chamberlain soll von seiner Unterredung mit Stresemann sehr ungeduldig zurückgekommen sein, weil Stresemann noch nicht sofort in die Linie Englands bezüglich Polens einschwenkte. Chamberlain versuchte Stresemann darüber zu beruhigen, daß es absolut keine Niederlage für das deutsche Prestige sein werde, wenn Deutschland mit Polen wieder sich einigen werde, **weil viel wichtigere Fragen als die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf geklärt werden müßten.** Stresemann war bereits durch d'Abernon, dem früheren englischen Botschafter in Berlin, in San Remo darauf vorbereitet worden, daß der Völkerbund **zu den englisch-russischen Problemen entscheidende Stellung zu nehmen habe.**

Wie der Berichterstatter der „Welt am Abend" aus Genf mitteilt, hat die gesamte internationale Presse Informationen erhalten, bei der Presseskritik aus Genf die polnische Frage in den Vordergrund zu stellen, aber die wichtigen Probleme über den Boykott oder gar einen Krieg gegen Rußland möglichst lange zu verschweigen. Besonders die englischen und französischen Journalisten machten ihre Witze darüber, daß man, wie immer, über die wichtigsten Probleme, die der Völkerbund behandelt, nicht berichten könne und sie äußerten alle einstimmig, daß es auf dieser Völkerbundstagung Chamberlain gelingen werde, Stresemann von der Wichtigkeit der Blockpolitik gegen Sowjet-Rußland zu überzeugen.

Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stand die Frage der Lagerung von Kriegsmaterial im Danziger Freihafen, die immerhin in bezug zu den eigentlichen Plänen des Völkerbundes gegen Sowjet-Rußland Beziehungen hat, ferner wurde verhandelt über den Handel mit Spirituosen und über den südafrikanisch-portugiesischen Grenzvertrag. Auch Stresemann sprach in der öffentlichen Sitzung einige belanglose Begrüßungsworte. Deutsch ist dieses Mal als Verhandlungssprache zugelassen, um den deutschen Reichsaußenminister nicht in Verlegenheit zu bringen, da er weder Französisch noch Englisch beherrscht.

Der Völkerbund sanktioniert die Interventionspolitik gegen Rußland

Genf, 7. März.

Der Völkerbundsrat trat heute mittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach einleitenden Verhandlungen wurde die Frage der Lagerung und des Transportes von Kriegsmaterial im Gebiete von Danzig behandelt. Die Tagung gab nach einem Beschluß des Rates **dem Oberkommissar für Danzig die Erlaubnis, Kriegsmaterial nach andern Ländern als Polen durch Danzig befördern zu lassen.** Damit hat sich der Völkerbund bereiterklärt, **die Interventionspolitik Englands gegen Rußland maßgebend zu unterstützen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0001

Merseburg, die Hochburg der Giftgaskönige, die bisher mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die revolutionäre Arbeiterbewegung verhindern wollte, dort, wo drüben die Schornsteine von Leuna rauchen und auf der anderen Seite die Gruben des Geiseltals liegen, ist der geeignetste Punkt, die Massen Mitteldeutschlands zusammenzufassen. Diese Kundgebung muß den Arbeitern klarmachen, daß sie ihre Forderungen nicht durchsetzen können, wenn sie im gelben Werkverein der Grubengewaltigen des Geiseltales sind oder im Werkverein des Nikolaus Schäfer vom Leunawerk, sondern daß sie ihre Forderungen nur in die Tat umsetzen können, wenn sie sich der proletarischen Armee anschließen, wenn sie Mitglieder der Kommunistischen Partei werden, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren.

„Wir schaffen die proletarischen Armeen." Das muß gerade im Merseburger Gebiet unsere Hauptaufgabe sein. Dort in der Hochburg der Giftgaskönige und der mitteldeutschen Grubengewaltigen brauchen wir eine starke Partei, starke Gewerkschaften, eine starke Bewegung der Werktätigen. Deshalb dürfen am 20. März nicht nur die Kommunisten und die roten Frontkämpfer aufmarschieren, nein, **alle Arbeiter Mitteldeutschlands** müssen es möglich machen, in Merseburg zu erscheinen. Jede Belegschaft, jeder Betrieb, jede Gewerkschaft, jede Sportorganisation muß ihre Vertreter in möglicht großer Anzahl nach Merseburg entsenden. Frauen, Jugendliche, sie gehören mit in die Front. Auch die Kleinbauern, die 1921 noch verblendet waren und sich von der Bourgeoisie als konterrevolutionäre Elemente gegen die mitteldeutschen Arbeiter gebrauchen ließen, müssen sich anschließen. Merseburg muß in der Kampfbewegung der Werktätigen Mitteldeutschlands nach der Landeskonferenz im November vorigen Jahres die zweite Etappe sein, unsere Forderungen gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Es gilt, die Massen zum Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebenslage und darüber hinaus um die Erringung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die allein in der Lage ist, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern, zu mobilisieren.

Heran ans Werk, Ihr Arbeiter Mitteldeutschlands, rüstet zum Aufmarsch am 20. März in Merseburg. Keiner bleibe fort. Er stärkt damit nur die weiße Front der Ausbeuter. Jeder sei zur Stelle und schließe die Einheitsfront der Werktätigen, jeder kämpfe mit uns für die Forderungen der Schaffenden in Stadt und Land:

Für den Achtstundentag, für die 45stündige Arbeitswoche!

Brot und Arbeit den Erwerbslosen!

Für die Befreiung der politischen Gefangenen!

Gegen Imperialismus und Kriegsgefahr!

Gegen die kapitalistische Rationalisierung!

Gegen die Trustherrschaft des Chemiekapitals!

Für die Sowjetunion!

Für den Sozialismus!

Für den proletarischen Klassenkampf!

Für die Arbeiter- und Bauernregierung!

So erfüllen wir am besten das Vermächtnis unserer Märzopfer von 1920, von 1921. Auf zur Massenkundgebung des mitteldeutschen Proletariats am 20. März in Merseburg!

Trotz Bekenntnis zur Republik nur die Hoffnung auf die Monarchie nicht verlieren

Eine Rede Westarps

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 8. März.**

Der Graf Westarp hielt in Frankfurt a. M. eine Rede, in der er u. a. ausführte, daß die Deutschnationale Partei ihre monarchistische Ueberzeugung nicht aufgegeben habe. Sie habe lediglich in der Vertretung ihrer monarchistischen Ueberzeugung sich Schranken auferlegt. Sie habe aber erreicht, daß zum ersten Male von der republikanischen Regierung der **Schutz der Symbole der Vergangenheit gefordert wird.** Der Weg zur Wiederherstellung der Monarchie sei zwar noch weit, aber man dürfe die Hoffnung nicht verlieren und die Arbeit nicht aufgeben.

Nationalsozialisten überfallen die Bevölkerung

Koblenz, 7. März.

In Nahstetten im Taunus kam es am Sonntagnachmittag zu einem blutigen Terrorakt der Nationalsozialisten. Es kam zu einer schweren Schlägerei, bei der ein Einwohner durch einen Schuß getötet und drei Beamte der Landjägerei schwer verletzt wurden. Die Nationalsozialisten flohen nach dem Gewaltakt, konnten jedoch verhaftet werden.

Späte Erkenntnis der Demokraten

Berlin, 7. März.

Der Kulturausschuß der Demokratischen Partei nahm in einer Sitzung Stellung **zur Frage des Reichsschulgesetzes und eines Reichskonkordats.** Grundsätzlich soll die verfassungsmäßige Stellung der Gemeinschaftsschule als Regelschule unter voller Berücksichtigung des Religionsunterrichts gewahrt bleiben. Dagegen sprach sich der Ausschuß sehr scharf gegen den **Abschluß eines Konkordats** aus. An dem Beispiel des bayrischen Konkordats zeigte der Referent die Gefahren, die einer freien Entfaltung der Kultur von seiten der römischen Kurie drohen. Die Trennung von Staat und Kirche, ihre sichtbare Durchführung sei eine **grundsätzliche Forderung der Demokratie.**

*

Was sie allerdings nicht gehindert hat, in Bayern das Konkordat zu ermöglichen und zusammen mit der SPD. — nur Baden bildet eine Ausnahme, wo die Demokraten angeblich wegen der kulturpolitischen Reaktion der Zentrums- und SPD.-Regierung fernblieben — seit 1918 eine Machtposition nach der andern dem Zentrum in die Hand zu spielen.

Das Redeverbot gegen Hitler aufgehoben, der Regierungsterror gegen die KPD. bleibt bestehen

Als vor einigen Tagen die Meldung kam, daß zwischen den Nationalsozialisten und der bayrischen Regierung Verhandlungen stattfinden wegen **Aufhebung des Redeverbotes gegen Hitler,** wiesen wir bereits darauf hin, daß diese Verhandlungen, nachdem die bayrische Regierung in verschiedenen grundsätzlichen Fragen mit dem Faschistenhäuptling einig geht, wohl schwerlich auf größere Hindernisse stoßen werden. In der Zwischenzeit kamen die **Veröffentlichungen des Völkischen von Ramin, in denen der klare Nachweis erbracht wurde, daß Hitler nichts anderes ist als ein Zutreiber der bürgerlichen schwerkapitalistischen Kreise, daß er nicht nur Geld von der Schwerindustrie nimmt, sondern sich auch seine politischen Informationen aus diesen Kreisen holt.** Nunmehr kommt aus München die Meldung, daß die bayrische Regierung das **Redeverbot gegen Hitler bedingungslos aufgehoben hat.** Zweifellos haben die oben angeführten Veröffentlichungen auch der bayrischen Regierung gezeigt, insbesondere auch nach dem Angebot Hitlers, **sich der Bayrischen Volkspartei zur Verfügung zu stellen, daß die Interessen der bayrischen Regierung** und der bürgerlichen Gesellschaft **durch Adolf Hitler** als „Trommler" und Einpeitscher **hervorragend vertreten werden,** und daß sich aus diesem Grunde die weitere Aufrechterhaltung des Redeverbotes nicht mehr rechtfertigen würde.

In dem Verhalten der bayrischen Regierung zur **Kommunistischen Partei** in Bayern **hat sich dagegen nichts geändert,** weiterhin sind **sämtliche öffentlichen Versammlungen der Kommunisten verboten.** Weiterhin ist es verboten, daß Kommunisten als Diskussionsredner in anderen Versammlungen auftreten. Selbst den kommunistischen Abgeordneten werden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte nicht gewährt. Funktionäre und Mitglieder der Kommunistischen Partei werden wegen Teilnahme an Versammlungen, **wegen ihrer bloßen Gesinnung** oder der verfassungsmäßigen Ausübung ihres Amtes als Gemeinderäte **vor Gericht gestellt,** zu längeren, **meist dreimonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.**

Der brutale und zynische bayrische Regierungsterror gegen die Arbeiterklasse wird getönt durch die nunmehr stattgefundene Verbindung des bayrischen Ministerpräsidenten Held mit dem völkischen Hitler. Herr Hitler wird sich in die faschistische Front in Bayern würdig einreihen.

Der Jürgens-Prozeß

Die skandalöse Unfähigkeit des Staatsanwalts — Neue schwere Belastungen des Ehepaares Jürgens durch die Polizeibeamten — Jürgens und die Polizeihunde

Der Jürgens-Prozeß hatte in der letzten Woche wenig neue Momente gebracht, so daß sich ein ständiger Bericht über die Verhandlungen des Jürgens-Prozesses erübrigte. Die letzten Tagungen sind wieder interessanter geworden, und wir bringen hier zusammenfassend einen Bericht der letzten Tage.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung verkündet der Vorsitzende einen Beschluß des Gerichts, daß es ein Gutachten des von dem Oberstaatsanwalt benannten Sachverständigen, Polizeirat Mittasch vom Polizeipräsidium Berlin, über das vom Staatsanwalt gestellte Thema für unerheblich halte, aber nach der Strafprozeßordnung gezwungen sei, den Sachverständigen, der erschienen sei, zu hören. Polizeirat Mittasch erklärte, daß er das gewünschte Gutachten, ob der Diebstahl in Stargard nach dem Sachverhalt nicht von Kommunisten ausgeführt worden sei, nicht erstatten zu können, da es allgemeine Regeln für das Verhalten und Vorgehen von Mitgliedern einer politischen Partei bei Straftaten nicht gebe. Die Fragestellung des Staatsanwalts war auch derartig ungeschickt und zeugt von einer solchen Unfähigkeit zur Vertretung einer Anklage in einem Prozeß von hoher politischer Bedeutung, daß im Landtag der neue Justizminister angefragt werden muß, wie die preußische Justizverwaltung gerade diesem Staatsanwalt eine solche Aufgabe, der er in keiner Hinsicht gewachsen ist, übertragen konnte.

Mit Ausnahme eines einzigen Polizeihundführers, der in dem Schäferhundverein war, in dem Jürgens den Vorsitzenden mimte, **machen die Stargarder Kriminalbeamten wie auch die Beamten der Landeskriminalpolizei aus Stettin übereinstimmend Angaben, die nicht nur die Ehefrau, sondern gerade Jürgens selbst auf das schwerste belasten.** Sowohl die Stargarder wie die Stettiner Beamten hatten übereinstimmend den Eindruck, daß es sich in der Jürgensschen Wohnung nicht um den **Tatort eines echten Einbruchsdiebstahls, sondern um den Tatort vorgetäuschter Manipulationen handele.** Vernichtend war die ursprüngliche Aussage des einen Stettiner Kriminalbeamten vom Erkennungsdienst, der bekundete, daß ihm das Dienstmädchen bei seinem Erscheinen am Tatort mitgeteilt habe, daß es auf **besondere Anweisung von Landgerichtsdirektor Jürgens sämtliche Gegenstände am Tatort abgewischt hätte.** Da Landgerichtsdirektor Jürgens mit seinen Zechkumpanen aus dem Kasino die umgeworfene Säule wieder aufgerichtet hat, so bedeutet das Verhalten des Jürgens, der als Untersuchungsrichter natürlich genau wissen mußte, um was es sich handelte,

um die wissentliche und vorsätzliche Beseitigung von Spuren, die seine Frau und ihn als Täter entlarven mußten.

In diesem Zusammenhange wird schlaglichtartig beleuchtet, daß die ganze Hauptverhandlung nicht zur Ueberführung des Jürgens, sondern zu seiner Freisprechung um jeden Preis bestimmt ist. Sobald nämlich der Polizeibeamte des Stettiner Erkennungsdienstes seine vernichtenden Angaben gemacht hat, wird er von dem Vorsitzenden dem Dienstmädchen gegenübergestellt. Bei dieser Gegenüberstellung werden das Mädchen und der Polizeibeamte **so eingeschüchtert und gelenkt, bis der Polizeibeamte seine Aussage gegen Jürgens einschränkt.** Er merkt offenbar, daß Jürgens auch auf der Anklagebank der Stärkere ist und fürchtet für sich bei einer Standhaftigkeit schwere Folgen. Der Beamte erklärt mehrfach: „Ich habe nichts gegen Herrn Direktor Jürgens, ich muß doch unter meinem Eid die Wahrheit sagen."

Aus den Bekundungen des Stargarder Polizeiinspektors ergibt sich, daß Jürgens noch in der Nacht **bei sämtlichen Kommunisten Stargards** Haussuchungen abgehalten haben wollte, obwohl der Polizeibeamte Jürgens darauf hinwies, daß solche Maßnahmen **ungesetzlich seien.** Andererseits hat Jürgens die Polizeibeamten, als sie sich dienstlich bei ihm über seine und die Vermögensverhältnisse seiner Frau erkundigten, zunächst in grober Weise beschwindelt, indem er die Vermögenslage seiner Frau wider besseres Wissen als glänzend bezeichnete und von sicheren Forderungen in Höhe von drei Viertel Millionen und einzelnen Beträgen von 50 000 und 60 000 Kronen sprach.

Einen großen Teil der Sonnabend-Verhandlung nahmen wieder die Erörterungen über das Verhalten der Hunde nach der Tat ein. Es ist das System des Angeklagten Jürgens, wenn die Menschen unbequeme Aussagen für ihn machen, **das Verhalten der Hunde bei den angeblichen Einbrüchen in Kolberg und Stargard in den Vordergrund zu schieben.** Jürgens hat auch einen **Hundesachverständigen** geladen, und der Staatsanwalt ist auf diesen Unfug eingegangen und hat seinerseits einen **zweiten Hundesachverständigen** herangezogen. **Wenn ein Angehöriger der bürgerlichen Klasse,** der in einem Prozeß als Angeklagter verwickelt ist, merkt, daß seine Sache faul steht, dann holt er regelmäßig den ärztlichen Sachverständigen zu Hilfe, damit dieser als Vertreter der Klassenmedizin der Klassenjustiz die Unterlagen für einen Freispruch oder mildere Bestrafung geben kann. Jürgens, der alle Schuld auf seine Frau schiebt, **hat für diese die ärztlichen Sachverständigen und den § 51 reklamiert, während er für sich seine alten Vereinsbrüder unter dem Titel „Hundesachverständiger" herangeholt hat.** So werden tagelang alle Gebärden der Hunde wie echte Beweismittel für den Prozeß erörtert. Hinter dieser Parole versucht der raffinierte Justizverbrecher Jürgens zu entschlüpfen. Die Arbeiterschaft und auch weite Kreise des Kleinbürgertums erkennen aber an dem System Jürgens und an der Führung des Jürgens-Prozesses sehr deutlich, **daß die Justiz auf den Hund gekommen ist.**

Anonyme Drohbriefe, von Jürgens selbst geschrieben!

Berlin, 7. März.

In der gestrigen Sitzung des Jürgens-Prozesses wurden die Schriftsachverständigen darüber vernommen, ob der anonyme Drohbrief an Jürgens von ihm selbst geschrieben sein kann. Während die Zeugen von Jürgens natürlicherweise zu einem negativen Urteil kamen, **hält der eigentliche Schriftsachverständige die Wahrscheinlichkeit dafür für groß, daß die Handschrift Jürgens mit der des Drohbriefes identisch ist.**

Sun endgültig nach Japan verdustet

London, 7. März.

Der General Sun ist endgültig nach Nagasaki in Japan abgereist. Die Kantonesen befinden sich kurz vor der Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking, die für General Tschang die einzige Verbindungslinie darstellt. Das Londoner Garderegiment, das bisher in Hongkong untergebracht war, hat Befehl erhalten, nach Schanghai auszurücken.

Die erste Desertation auf imperialistischer Seite

Amsterdam, 7. März.

Von dem in Schanghai eingelaufenen Kriegsschiff „Sumatra", das von der holländischen Regierung nach China entsandt wurde, liegen Mitteilungen vor, daß von der Schiffsbesatzung 16 Mann (Matrosen und Heizer) in San Franzisco desertiert seien.

ADGB.-Protest gegen das Arbeitszeitgesetz des Bürgerblocks

Die christlichen Gewerkschaften für das Gesetz

Der ADGB. hat zusammen mit der AfA. und dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände eine Protestentschließung gegen den Arbeitszeitgesetzentwurf der Bürgerblock-Regierung erlassen. Die **christlichen Gewerkschaften** haben sich diesem Protest nicht angeschlossen, sondern stellen sich hinter die Bürgerblock-Regierung.

Im Gegensatz hierzu erklärte bei einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stegerwald, daß die christlichen Gewerkschaftsführer dem Entwurf bei der Abstimmung nicht zustimmen könnten. Diese Erklärung ist wohl nur dem Eindruck der Empörung auch der christlich organisierten Arbeiterschaft über die geplante Verschlechterung zuzuschreiben. Zugleich aber versichert auch Stegerwald, daß der christliche Gewerkschaftsbund beileibe nicht etwa gegen jede Ueberschreitung des Achtstundentages sei.

Der ADGB. sagt mit seiner Protestentschließung der Bürgerblock-Regierung keineswegs grundsätzlichen Kampf an. Sein „Notgesetz"-Entwurf bedeutet das auf das deutlichste. Hätte die SPD. teil an den Ministersesseln, so wäre von einem Protest der Gewerkschaften überhaupt nichts zu hören.

Die Arbeiterschaft aller Richtungen wird durch die unerhört niedrigen Löhne und lange Arbeitszeit gleichermaßen betroffen. Von ihr aus muß die **Einheitsfront aller Ausgebeuteten** nicht nur gegen den vorliegenden Gesetzentwurf geschaffen werden, sondern **für den Achtstundentag als Maximalarbeitszeit.**

Der neue preußische Justizminister. Wie die Zeitungen erfahren, hat der neue preußische Justizminister Schmidt vor wenigen Tagen den Eid geleistet und die Geschäfte des Ministeriums übernommen.

Die Ruhrbergarbeiter halten an den Forderungen fest

(Eig. Bericht.) **Bochum, 7. März.**

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hatte für Sonntag zwecks Stellungnahme zu dem Tarifkonflikt im Ruhrbergbau mehr als 100 Versammlungen in allen Teilen des Ruhrgebietes einberufen. In den überfüllten Versammlungen herrschte eine sehr erregte Stimmung. Es wurden Entschließungen angenommen, in denen das ablehnende Verhalten des Zechenverbandes gegenüber den Forderungen der Verbände als Provokation bezeichnet und die Verbandsleitung ersucht wurde, die gestellten Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten.

Politische Randbemerkungen

Schwarzrotgoldenes Herz, was willst Du mehr!

Das gestrige „Volksblatt" berichtete unter der Ueberschrift: **„Schwarzrotgold-Verordnung des deutschnationalen Ministers",** daß der deutschnationale Reichsverkehrsminister eine Verordnung auf Beflaggung von Dienstwohnungen mit Schwarzrotgold erlassen habe. Diese Verordnung enthält sogar den Paragraphen, daß die Landesflagge lediglich gesetzt werden könne, wenn **gleichzeitig die schwarzrotgoldene Flagge gleichwertig gesetzt werde.** — Man muß schon sagen, daß der deutschnationale Reichsverkehrsminister mehr schwarzrotgoldene Initiative entwickelt als dies seine ehemaligen „echten" schwarzrotgoldenen Ministerkollegen je entwickelt haben. Schwarzrotgoldenes Herz, was willst Du mehr!

Ein Blumensträußchen des Bürgerblocks ans schwarzrotgoldene Krankenbett!

WTB. berichtete vor einigen Tagen:

„Reichskanzler Dr. Marx stattete heute mittag in Begleitung des Abgeordneten Dr. Moses dem Reichstagspräsidenten Loebe einen Besuch in der Klinik ab und brachte ihm seine Freude über den bisherigen guten Verlauf der Operation zum Ausdruck. Präsident Loebe war über den Besuch sichtlich erfreut und dankte dem Reichskanzler für seine Wünsche."

Die Angst vor der Theorie

In der vorigen Woche lasen wir im „Vorwärts" im Leitartikel, der die Ueberschrift trägt: „Das Reich der Stille" (ein Artikel aus Italien): „Man berichtet uns, daß drüben über Reformismus und Revolution diskutiert werde, als hätte man nichts gelernt und nichts vergessen. Aus Italien klingt es laut und eindringlich: Seid einig, einig, einig ... aber tut dem Faschismus keine Bokenkänge, indem Ihr Euch um theoretische Fragen balgt." Gerade dies ist die Stärke der Arbeiterbewegung und der Erfolg der siegreichen russischen Revolution gewesen, daß die russischen Genossen sich um „theoretische Fragen gebalgt haben". Die Dentsfaulheit aber, die in diesem Zitat des „Vorwärts" zum Ausdruck kommt, ist eine der Grundlagen der Niederlage der Arbeiterschaft gewesen.

Verordnete Moral in Nachtlokalen

Die „Wiener Arbeiterzeitung" berichtet:

Aus dem horthymoralischen Budapest wird gemeldet: Die Oberstadthauptmannschaft erläßt eine Verordnung, die das Verhalten der Artistinnen in den Nachtlokalen regelt. Die Verordnung enthält genaue Vorschriften, wie sich die Tänzerinnen und Artistinnen in den Bars den Gästen gegenüber zu benehmen haben, wie die modernen Tänze getanzt werden müssen, und in welcher Entfernung sich Tänzer und Tänzerinnen zu halten haben, um mit ihren Tanzaufführungen die öffentliche Sittlichkeit nicht zu gefährden. Die Verordnung muß in allen Nachtlokalen der Hauptstadt angeschlagen werden.

Dawes als Präsidentschaftskandidat. „Times" meldet aus Washington: Vizepräsident Dawes hat durch sein Verhalten in der letzten Kongreßsitzung „sein Ansehen und seine Volkstümlichkeit so vermehrt", daß man allgemein der Ansicht ist, daß Dawes die größten Chancen hat, im Jahre 1928 Präsident der USA. zu werden.

Vermehrung der englischen Luftstreitkräfte. Der Voranschlag für die Luftstreitkräfte sieht eine Vermehrung dieser Kräfte um 6 Geschwader vor, von denen 2½ für die Marineluftkräfte bestimmt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0002

Frauenarbeit und Rationalisierung

Schnell genug hat sich die Rationalisierung in Deutschland auch in den Industriezweigen durchgesetzt, die vorwiegend Frauen beschäftigen. So stellte schon die Fließband-Tagung in Köln September 1926 fest, daß gerade in wichtigen Frauenindustrien die Fließarbeit Fortschritte mache. So u. a. in der Fabrikation von Bedarfsartikeln in der Elektroindustrie (Zähler, Schalter, Lampen, Bügeleisen, Staubsauger usw.), in der Süßwarenindustrie, in der Konfektion, in der Schuhfabrikation, im Nähmaschinen- und Schreibmaschinenbau usw.

Gerade die Arbeiterin ist es, die am Fließband, am Sondertisch, an der automatischen Maschine steht. Und gerade die Gegenstände, mit denen die Arbeiterfrau täglich umgeht, sind es, die heute schon in rationalisierten Betrieben hergestellt werden: Hemden und Schuhe, Schnittmuster und Bänder, Fleischmaschinen, Plätteisen und Nähmaschinen, ja selbst das Stückchen Schokolade für das Kleinste werden heute „fließend" hergestellt.

In der Konfektion

Gerade hier, wo die große Zersplitterung der Betriebe, die trotz der primitiven Methoden infolge ihrer Hungerlöhne immer noch außerordentlich rentable Heimarbeit, den technischen Fortschritt zu hemmen schien, beginnt die Fließarbeit sich durchzusetzen.

In der Wäschefabrikation, in der Herstellung von Arbeiterbekleidung werden schon seit längerer Zeit die modernsten, zeitsparenden Maschinen angewandt: Zuschneidemaschinen, Schnellnäh-, Zweinadel-, Knopfloch-, Knopfannähmaschinen, Plättmaschinen usw. Diese Maschinen selbst sind schon längere Zeit im Gebrauch, aber erst seit kurzem wurde die Fließarbeit eingeführt.

So hat die Wäschefirma Bierbaum und Proenen, Köln, eine außerordentlich weitgetriebene Arbeitsteilung durchgeführt (die Herstellung eines Oberhemdes z. B. wurde in 54 Teilprozesse zerlegt). Die Maschinen wurden so angeordnet, daß das Arbeitsstück vom Aufzeichnen auf das Hemdentuch bis zum Stärken und Bügeln in ständigem Fluß bleibt.

Durch diese fließende Fertigung allein wurde gegenüber den sonst üblichen Methoden fabrikmäßiger Herstellung (selbst unter Verwendung der modernsten Maschinen) eine Leistungssteigerung von 40 Prozent erzielt. Gegenüber der Einzelanfertigung in Heimarbeit bedeutet das eine Leistungssteigerung von über 500 Prozent. Eine Heimarbeiterin braucht zur Anfertigung eines Oberhemdes 5 Stunden, der Wäschebetrieb von B. & P. stellt alle 20 Sekunden ein Oberhemd her — auf eine Arbeiterin umgerechnet, bedeutet das eine Zeit von 55 Minuten. Die Qualität soll dabei erheblich besser geworden sein.

In der Schokoladenindustrie

wurden in den letzten 2 Jahren eine Reihe von neuen Maschinen (Ueberzieh-, Packmaschinen usw.) in Verbindung mit Fließband eingeführt.

Eine Arbeiterin aus den Reichard-Werken, Hamburg, berichtet darüber:

„In der Schokoladen-Packabteilung wurden bis zum Jahre 1925 etwa 500 Frauen mit dem Einschlagen der Schokolade beschäftigt. Heute sind Packmaschinen für Schokolade aufgestellt, wovon jede Maschine täglich 7000 bis 8000 einschlägt und es arbeiten bei sehr starker Ausnützung der Arbeitskraft 50 Frauen in derselben Abteilung. In der Rösterei wurde von einer Frau im November 1925 mit einem Röster 18 Röstungen erzielt. Im November 1926 bediente eine Frau zwei Röster und muß mit jedem Röster 20 bis 22 Gänge machen. Im Pressenkeller wurden November 1925 18 Touren gepreßt. Im November 1926 wurden 22 Touren gemacht. Während die Frauen im November 1925 zwei Walzen bedienten, müssen sie jetzt, 1926, drei Walzen bedienen. Im Kakao-Füllraum nietete eine Frau im November 1925 7000 ½-Pfund-Pakete pro Tag und jetzt muß sie 10 000 bis 12 000 nieten. Die Kartonnagenabteilung beschäftigte im November 1925 400 Personen. Heute, bei fast derselben Leistung, nur noch 150. In der Sichterei wurden im November 1925 pro Person täglich 8 Kübel Kakao geliefert. Im November 1926 wurden 10 Kübel geliefert. Als Bandsystem wurde ein Kakao-Füllraum eingerichtet, doch hat man vergessen, die Pausen ein einzurichten. Wie war diese enorme Steigerung der Arbeitsleistung möglich? Am 19. Dezember 1925 wurde der Betrieb angeblich wegen Arbeitsmangel geschlossen. Anfang Februar 1926 wurde mit etwa 200 Personen der Betrieb wieder eröffnet. Hier wurden unter äußerster Anspannung der Kräfte Leistungen verlangt, die heute als Norm für den Betrieb gelten. Im Durchschnitt sind die Leistungen um 100 Prozent gestiegen."

(„Hamburger Volkszeitung", 30. November 1926.)

Das Alexanderwerk Remscheid (Haushaltmaschinen) ist ein Beispiel dafür, wie Fließarbeit eingeführt werden kann, ganz ohne Anwendung neuer Maschinen.

Die Montage der Haushaltungsmaschinen erfolgt jetzt schließlich in fließender Fertigung. Während früher die Montage einer Eismaschine durch drei Arbeiter besorgt wurde, ist jetzt der Arbeitsgang in sieben Teilprozessen zerlegt (die Montage einer Fleischmaschine besorgte früher ein Arbeiter, jetzt drei bis vier). Das Arbeitsstück wird dabei auf einen auf dem Arbeitstisch in Schienen laufenden Rollwagen von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz befördert.

Trotzdem bei der Umstellung auf Fließarbeit nicht eine einzige neue Maschine eingeführt wurde — die Montage geschieht ausschließlich mit Werkzeugen —, wurde eine Leistungssteigerung von 40 Prozent erzielt. Gleichzeitig wurde die Qualität eine viel bessere, da durch die Einführung der Fließarbeit in Verbindung mit Gruppenakkord die Arbeiter sich gegenseitig zu kontrollieren gezwungen sind.

Seit Umstellung wurden Frauen an Stelle von Männern eingesetzt (bei der Montage der Eismaschinen besorgen sie das Putzen und Einpacken, bei den Fleischmaschinen auch das Bohren von Löchern usw., was früher ausschließlich Männerarbeit war). Die Belegschaft besteht jetzt zu einem Drittel aus Frauen.

In der Textilindustrie

hat die technische Seite der Rationalisierung bisher wenig Eingang gefunden. Aber es gibt auch hier schon einige auch technisch verbesserte Betriebe, so die Baumwollspinnerei-A.-G., Leipzig, in der innerhalb des letzten Jahres eine große Zahl neuer Stühle und Spinnmaschinen aufgestellt und gleichzeitig das Vierstuhl- und Vierseitensystem eingeführt wurde. Von der Wuppertaler Schnürchen-Industrie wird von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 19. November 1926 folgendes berichtet:

„Die neue Erfindung ermöglicht den Fließprozeß zunächst vom Aufsetzen der Garne auf die Klöppel der Riemengänge bis zum fertiggenadelten Riemen. Das Neuartige liegt in der lokalen und zeitlichen Aneinanderreihung des eigentlichen Flechtprozesses, der Haspelung, des Schneidens und Benadelns. Bisher wurden nach der Flechtung die in Wechtonnen aufgefundenen endlosen Riemen aus dem Fabrikationsraum fortgeschafft, um nacheinander die weiteren Bearbeitungsstufen in verschiedenen Abteilung zu durchlaufen, in Zeiten der Hochkonjunktur mit unwirtschaftlichem Zeitverlust, in Zeiten der Depression mit einer Selbstkostenbelastung ohnegleichen verbunden. Die erfundene Maschine, am Riemengange angebracht, verkoppelt die verschiedenen Arbeitsgänge zu einem einzigen und macht alle Arbeitspausen zwischen Fabrikation und Anschlägerei überflüssig."

Der Ersatz von Männer- durch Frauenarbeit ist in der Textilindustrie an der Tagesordnung: schwere Stühle, die früher nur von Männern bedient wurden, werden heute von Frauen reaiert. Heparbeit und Ueberstundenunwesen sind in der Textilindustrie besonders zu Hause.

Die Nutznießer

Und wer sind die Nutznießer dieser Beschleunigung des Arbeitsprozesses, dieser gewaltigen Gütervermehrung? Sind es die Arbeiterinnen, denen der technische Fortschritt Erleichterung bringt? Sind es die Arbeiterfrauen, die nun mehr Hemden, mehr Schuhe, eine bessere Fleischmaschine kaufen können?

Durch das Ueberflüssigwerden schwerer Muskelarbeit infolge Einführung neuer Maschinen, durch das Wegfallen insbesondere des so schädlichen Maschinentretens z. B. „könnte" der Arbeiterin ihr Los erleichtert werden. Durch die Massenherstellung der Gebrauchsgegenstände „könnten" die Preise sinken und der Arbeiterhaushalt bequemer und billiger werden. Wenn — die Wirtschaft „vernünftig" gemacht würde im Interesse der Arbeiterklasse und nicht im Interesse des Profits.

Die Krankheitsziffer der Arbeiterinnen steigt noch schneller als die der Arbeiter: Nach den Ergebnissen der letzten deutschen Krankenkassenstatistik fand eine Steigerung der Krankheitsfälle vom Jahre 1924 bis 1925 von über 25 Prozent statt.

Aus den Berichten der Berliner Ortskrankenkasse ergibt sich eine Erhöhung der Krankentage auf 100 Mitglieder

bei den männlichen Mitgliedern von 107 auf 145,
bei den weiblichen Mitgliedern von 179 auf 228
innerhalb eines Jahres.

Der Grund dafür: was an Muskelkraft gespart wird, wird überreichlich an Nervenkraft zugesetzt. Der rationalisierte Betrieb bedeutet für die Arbeiterin eine Erschwerung, nicht eine Erleichterung.

Und für die proletarische Hausfrau? Sind die Waren, die am fließenden Band hergestellt werden und die die Arbeiterfrau so dringend gebraucht — sind sie billiger, sind sie besser geworden? Weder das eine noch das andere. Nach der Hetzarbeit in der Fabrik muß die Arbeiterin immer noch die zerrissenen Strümpfe stopfen, die zerschlissene Wäsche ausbessern. Sie kann ihren Haushalt nicht „rationalisieren", sie hat kein Geld für Staubsauger, elektrische Koch-, Plätt- und Trockenapparate.

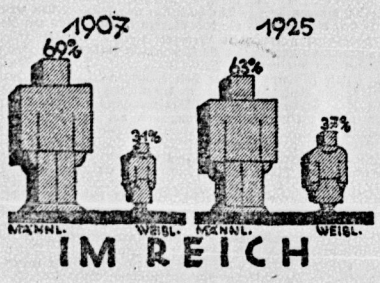
Wie die Rationalisierung die Arbeiterinnen in den Betrieben nur noch mehr ausbeutet und verschlaucht, so hält sie auch die Arbeiterfrauen auf der untersten Stufe mittelalterlicher, höchst irrationeller Arbeitsmethoden fest.

Arbeiterinnen und Hausfrauen müssen deshalb gemeinsam mit ihren Männern und Kollegen den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung organisieren, müssen aus ihren Betrieben und Büros, aus ihren Heimarbeiterstuben und Hinterhöfen heraustreten, müssen am Internationalen Frauentag laut und eindringlich ihre Forderungen erheben und — den Kampf für diese Forderungen vorbereiten.

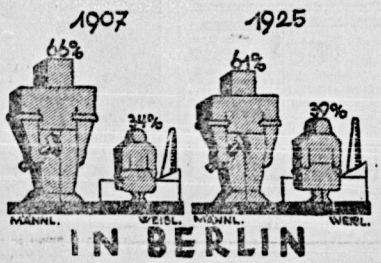
Die Frauenarbeit wächst

Frauen- und Kinderarbeit ist noch billiger zu kaufen als Männerarbeit. Daß die Unternehmer von dieser Möglichkeit zur Produktionsverbilligung ausgiebigsten Gebrauch machen, geht deutlich aus den bisherigen Ergebnissen der Berufszählung vom 16. Juni 1925 hervor.

Es gibt im Deutschen Reich 30 150 000 Männer und 32 200 000 Frauen; das ist ein Frauenüberschuß von 2 050 000. Bei der Gesamtbevölkerung ist zu beachten, daß die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Handwerk gestiegen, in Handel und Verkehr zurückgegangen ist. Die Steigerung der Frauenarbeit in der Industrie und dem Handwerk ist stärker als bei den Männern mitgegangen, ihr Fallen in Handel und Verkehr ist weniger erheblich. Da



die amtlichen Zahlen nur die Jahre 1907 — Termin der vorigen Berufszählung — und 1925 vergleichen, müssen wir versuchen, auch die Kurve der dazwischenliegenden Jahre aufzuzeichnen. Da ergibt sich in großen Umrissen, daß bis Anfang 1915 die Zahl der männlichen Arbeitskräfte stärker gestiegen ist als die der weiblichen; von 1915 bis 1919 verschlingt die Kriegsindustrie alle weiblichen verfügbaren Arbeitskräfte; der Ausgleich zwischen männlichen und weiblichen, wie man ihn auf Grund des Vorkriegsstandes erwartete, vollzieht sich nur sehr langsam bis 1921/22. Von 1924 an setzt dann

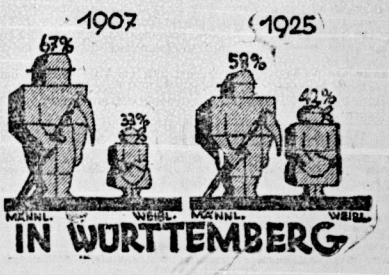


die verstärkte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften ein. Das Ueberwiegen der Frauenarbeit, wie es sich durch Vergleich mit der Vorkriegszeit ergibt, ist also fast ausschließlich das Ergebnis der beiden Rationalisierungsjahre vor der Zählung.

In Berlin stehen genau ein Drittel aller Frauen im Erwerbsleben, wozu man Aushilfs- und Stundenarbeiterinnen rechnen muß, die die Zahl auf fast 40 Prozent steigern. Drei Fünftel davon sind in der Industrie beschäftigt; nur zwei Fünftel in Handel, Verkehr und Gastwirtschaftsgewerbe. So zerflattert das Märchen von der besonders leichten Frauenarbeit in Nichts. Sehen wir uns nur an, daß z. B. ein Drittel der sämtlichen Arbeiter in der Berliner elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Industrie Frauen sind, so wissen wir, daß diese Arbeit nicht nur nicht verhältnismäßig leicht, sondern besonders schwer und mit Gefahren für die Gesundheit verknüpft ist. Selbst im Maschinenbau sind etwa 12 Prozent der Belegschaft weiblich. In einigen der größten Werke der elektrotechnischen Industrie (Lampenwerken z. B.) sind 70 bis 80 Prozent Frauen. Ganz besonders stark ist die weibliche Arbeitskraft für die Bekleidungsindustrie beschäftigt, in der über 65 Prozent der Belegschaft aus Frauen besteht. Wer die Löhne der Heimarbeiter kennt, wird sich ein Bild von der „Leichtigkeit" auch dieser Arbeit machen können.

Genau der gleiche Prozentsatz, der in dem Berliner Bekleidungsgewerbe arbeitet, wird von der weiblichen Fabrikarbeit in Sachsen erreicht! Hier ist die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Frauen noch höher als in Berlin, nämlich 35 Prozent. Aber wir müssen bei allen diesen Zahlen bedenken, daß sie Mindestziffern darstellen, weil viele Frauen aus Angst vor der lauernden Steuerbehörde Heimarbeiten usw. nicht angegeben haben. Der proletarische Statistiker kennt genug Beispiele dafür.

Wenn wir noch mitteilen, daß in Mitteldeutschland — Anhalt, Thüringen und Provinz Sachsen — die Zahl der in der Industrie tätigen Frauen seit 1907 um fast 50 Prozent und in einigen anderen Ländern noch stärker gestiegen ist, so haben wir einen Einblick in die Ausbeutung der weiblichen Stadtbevölkerung. Dann wollen wir noch kurz die bisher sehr spärlichen Ergebnisse der Landbevölkerungszählung streifen: hier ergibt sich, daß aus den bisherigen Berichtsländern, bei denen noch einige preußische Provinzen fehlen, etwa zwei Drittel



aller Frauen der Landbevölkerung hauptberuflich Lohnarbeit verrichten mußten. Die höchste Ziffer erreicht Württemberg mit 77,2 Prozent. Niedriger ist der Satz der auf dem Lande lebenden, nicht landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung (Beamten- und Kaufmannsfrauen usw.). Die Zahl der erwerbstätigen Frauen bleibt im Durchschnitt wenig unter der der Männer. Wichtig ist auch die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen, die heute in der Landwirtschaft stärker herangezogen werden müssen als vor dem Kriege. Während 1907 auf 100 Selbständige nur 116 helfende Angehörige entfielen (davon 77 Frauen), zählte man 1925 215 (davon 170 Frauen)! Auch hier heißt es also Anspannung bis zum Aeußersten, weil die Industrialisierung und Rationalisierung der großen Güter die kleinen Bauern erdrückt und ihnen die Einstellung von Hilfspersonen auch nicht vorübergehend gestattet.

Die wenigen Zahlen beweisen genug.

Der niedrige Lohn des Mannes oder seine Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, das Bestreben der Unternehmer, auf der anderen Seite immer mehr billige Frauenkräfte einzustellen, haben den Massenzustrom der Frauen in die Industrie hervorgerufen.

An der Arbeiterschaft liegt es nun, diese jüngste, unerfahrenste, unaufgeklärteste Schicht einzureihen in die Klassenfront des Proletariats, in die Gewerkschaften, in die Kommunistische Partei.

Darum: **Heraus zum Internationalen Frauentag!**

P—Uck.

Heraus zum Internationalen Frauentag 1927

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0003

87

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

— Einen Kubikfaschenj — in einer halben Stunde. Im Tag bei doppelter Schicht 24. Im Monat 600 und bis zum Ende des Jahres — 4800. Das ist zu wenig: das wird die Krise nicht lösen. Der Bremsberg muß den ganzen Winter arbeiten.

Das Holz kam vom Fuße des Berges zum zweiten Bremsberg: wie Schildkröten, eine nach der andern, krochen die Laufkörbe vom Werk in die Berge und von den Bergen ins Werk, einander ausweichend: hinauf leer, hinunter mit Holz beladen. Unten, wo die Laufkörbe sich vom Stahlseil abknöpften, wurden sie zum durchsichtig aus Eisenstäben geflochtenen Turm gestoßen, von dort aus stürzten sie sich kreischend durch den Aufzug in die Unterwelt: hinunter — mit Holz, hinauf — leer. Und am Grunde des schwarzen Loches, wo die Schienen in verzweigten Straßen und Gassen sich wanden, wurden die Laufkörbe durch Seile aufgefangen, verschwanden im Dunkeln und von dort aus krochen ihnen leere Laufkörbe entgegen und flogen mit dem Aufzug in die Höhe, in die Oeffnung, wo das Licht hoch oben in blauen Fetzen zitterte.

Und auch dorthin ging Gljeb, und wenn er dort war, wurde er von dem elektrischen Summen der Räder, vom Klingen und Quietschen der Laufkörbe, von der raschen Arbeit der von Arbeit trunkenen Arbeiter berauscht. Er warf die Dokumente und Tabellen auf die Erde und stürzte sich in den Arbeitstrubel. Und sah, daß die Arbeiter andere Gesichter hatten — nicht mehr tranbösaufgedunsene, sondern sonnenverbrannte und verschwitzte, und in ihren Augen war eine Anspannung und ihre nackte Brust keuchte vor Müdigkeit. Wunderbar ist das! Auferstandene Arbeit! Blut, das nicht mehr erkalten kann!

In der Nacht wartete er nicht mehr auf Dascha, wie früher. Er schloß nicht die Türen und legte sich früh schlafen und wußte nicht, wann Dascha nach Hause kam. Und wenn er für kurze Augenblicke durch ihre Anwesenheit erwachte, sah er: Dascha saß vor dem Tisch, hatte den Kopf aufgestützt, bewegte unhörbar ihre Lippen, sie las. In der Frühe, wenn er zur Arbeit ging, lächelte sie ihn mit blühender Freude an.

Und in den Nächten (und manchmal auch am Tage) näherte sich ihm — Polja, und berührte ihn hinter Dascha, über Dascha hinweg, mit ihren Locken. Sie kam langsam, liebesbereit, mit großen lockenden Augen ...

III

Alarm

Man mußte sich selber davon überzeugen, was das Industriebureau eigentlich ist — dieses unüberwindbare Bollwerk des Volkswirtschaftsrates und der Fabriksleitung. Dieser mächtige Felsen stand ihm immer im Wege, und seine Fragen prallten an seinen schweren Kanten ab, ohne eine Antwort zu erhalten. Er beschloß: hinfahren und an Ort und Stelle alles nachprüfen. Wenn es ihm gelänge, dort verschiedenes aufzudecken — dann wird er, ohne zurückzukehren, seine Schritte nach Moskau lenken, zu Lenin, in den Obersten Volkswirtschaftsrat, in den Rat für Arbeit und Landesverteidigung. Dort wird er alles berichten, alles aufdecken, die Schädel einhauen, Lärm schlagen, alle auf die Beine bringen und sein Ziel erreichen. Das Werk muß in Betrieb gesetzt werden — unbedingt.

In der Fabriksleitung herrschte vollständige Mißwirtschaft, Untätigkeit, Sabotage. Im Volkswirtschaftsrat — Sabotage, Bureaukratismus, und es ging dort irgend eine innere, unsichtbare Arbeit vor sich. Und alle laufen sie dort geschäftig mit bauchigen Aktentaschen herum, nach Kommunistenart glatt rasiert. Das dreistöckige Haus zittert jeden Tag unter den geschäftig-wimmelnden Menschenmassen, die von Tür zu Tür huschen und jeden Tag von zehn bis vier sind die Trottoirs vor den Mauern des Gebäudes mit Reigen ungewöhnlich geschwätziger Menschen besudelt, die sich früher in Kaffeehäusern und auf der Börse herumgetrieben hatten. Und diese Massen sind nur vor dem Volkswirtschaftsrat. Vor der Abteilung für soziale Fürsorge, vor der Volksbildungsabteilung, vor der Abteilung für Volkshygiene gibt es keinen solchen Menschenandrang. Uebrigens sieht man auch viele Menschen vor der Agrarsektion, vor der Kommunalwirtschaftsabteilung und vor der Außenhandelsabteilung.

Gljeb ging vor seiner Abreise in das Exekutivkomitee, in den Volkswirtschaftsrat, in das Parteikomitee — sammelte Material, Berechnungen, Pläne und Verordnungen. Er nahm einen Brief von Badjin an dessen guten Freund und Genossen, Mitglied des Gebietsbureaus des ZK. der RKP., und einen Brief von Schidkij an dessen Freund und Genossen, Mitglied der Gebietskontrollkommission.

Er ging über die Straße, beeilte sich, um nach Hause zu kommen. Vom Werk bis nach Hause waren es vier Werst. Er ging und es schien ihm, als ob er diese Straßen zum ersten Male sah. Das waren nicht dieselben Straßen, wie sie noch vor einem Monat waren, damals waren die Geschäfte mit den Spiegelfenstern leer oder als Magazine für alle möglichen Abteilungen verwendet. Und die Fenster waren staubig und mit Schmutz bespritzt. Und jetzt ... jetzt waren auch Magazine, aber zwischen ihnen —

„Hier wird in allernächster Zeit ... ein Delikatessengeschäft ... Kaffeehaus mit ständigem Streichorchester ... Private Handelsgesellschaft ... Genossen, stärkt das Bündnis der Stadt mit dem Dorfe ... In allernächster Zeit ... Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen ...

In dieser letzten Losung, die mit ellenlangen Buchstaben an die Wand des Stadthauses geschrieben war — hatte eine spöttische Hand das erste nicht mit Schmutz ausgestrichen, und alle Vorübergehenden konnten sich an diese neue Kombination der Worte nicht gewöhnen und lachten laut.

Wer arbeitet, soll auch nicht essen ...

Arbeiterrationen ... Feuerzeuge und Hamsterwesen ... Handelsgesellschaft ... Sawtschuk, barfuß und zerlumpt ... hungrige Kinder im Kinderheim ... Verwüstung und Verwilderung ... Kaffeehaus und Streichorchester ... In den Spiegelfenstern der Geschäfte blühen die ersten Blumen der Auslegen ... Gljeb blieb unruhig und voller Sorge stehen, und wußte nicht, wie diese große Frage formulieren, die wie ein Nebel in seinem Hirn wirbelte: Neue ökonomische Politik ... Regulierung und Kontrolle. Märkte. Naturalsteuer. Genossenschaften.

So, Kaffeehaus und Streichorchester ... Und ein halbes Pfund Rationsbrot? Und der Gutschein der Gewerkschaften für ein Arschin Stoff, eine Schnurrbartbinde und Domenstrumpfbänder? ... Warum füllen sich die Auslagen so rasch, und warum ist es so schwer und qualvoll ums Herz? ...

Auf der anderen Seite der Straße, vor dem Fenster des Kaffeehauses, bemerkte er Polja. Sie stand mit dem Rücken zu ihm gewendet, sah durch das Fenster hinein und konnte sich nicht losreißen. Ein Mann in einer neuen Joppe, mit einer Aktentasche unter dem Arm (wer trägt jetzt keine Aktentasche?), lief eilig an ihr vorbei, stieß sie und riß sie durch seine Bewegung vom Fenster. Sie bemerkte es nicht — kehrte auf ihren früheren Platz zurück.

Gljeb überquerte die Straße, stellte sich neben Polja: sie wird seine Nähe schon fühlen und wird aufwachen. Aber Polja bemerkte auch ihn nicht — sie stand mit Augen, die in dem Dunkel der Fenster sich aufzulösen schienen. Dort in der dunstigen, dämmrigen Tiefe saßen an Tischchen, paarweise, einzeln und in Gruppen, Menschen, die aus der Vergangenheit auferstanden waren ... Kaffeehaus ... In allernächster Zeit ... Heiße Pastetchen mit verschiedener Füllung ... Und aus der undurchsichtigen Dämmerung tönten aus dem Fenster gespenstisch-ferne Geigen.

Hinter ihrem Rücken, auf dem Trottoir — näselnde, rasch sprechende Stimmen:

— ... feste Valuta, nur für feste Valuta ... die Reise nach Suchum ... Die Ware ist frisch aus dem Auslande geliefert ... franko ... Feluken ... Prozente ... Reingewinn ...

(Fortsetzung folgt!)

Versammlungen der KPD.

Halle. Oeffentliche Frauenversammlung Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Thema: Gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock, internationale Frauenwoche. Referentin: Gen. Maria Wiedmeyer, Berlin.

Agitprop-Leiter von Halle! „Bolschewikischen Kurs“ vom Bureau, Lerchenfeldstraße 14, abholen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Oeffentliche Frauenversammlung Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen“. Thema: Gegen imperialistische Kriegsgefahr und Bürgerblock. Referentin: Gen. Irmgard Kolch, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. März, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Sitzung der UBL. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“. Alle geladenen Genossen müssen erscheinen.

Kelbra a. Kyffh. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle“. Bericht vom Reichsparteitag. Ref.: Gen. Lessig, Eisleben.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Versammlung der Zeitungsträgerinnen und Parteiarbeiter Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“. Thema: Pressewerbung und Zeitungsfrage.

Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“. Thema: Gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock. Referent: Genosse Wilhelm Koenen, Berlin.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Oeffentl. Frauenversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Gegen imperialistischen Krieg und Bürgerblock; internationale Frauenwoche. Ref.: Gen. J. Voigt.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Sitzung der UBL. Dienstag, 8. März, abds. 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Roßleben. Mitgliederversamml. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, Gasthof Berger.

Weißenfels. Oeffentliche Frauenversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Tivoli“. Thema: Gegen imperialistischen Krieg und Bürgerblock; internationale Frauenwoche. Ref.: Gen. Maria Wiedemeyer.

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ große Funktionärsitzung.

Halle, Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, den 10. März, abends 7.30 Uhr, Antreten zum Ueben, auch Reserve-Spielleute (Paradeplatz).

Halle. Reserve-Hornisten Mittwoch, 9. März, abends 7½ Uhr, bei Wetzel, Unterberg. Ueben.

Ammendorf. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, nimmt die gesamte Ortsgruppe an der Demonstrationsversammlung im „Burgschlößchen“ teil.

Ammendorf. Rote Jungfront. Dienstag, 8. März, abends 8 Uhr, in der „Burg“ Pflichtversammlung. Alle Kameraden unter 24 Jahren müssen unbedingt erscheinen.

Löbejün. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“ Mitgliederversammlung.

Jungfront

Halle. Alle Kameraden, welche mit nach Merseburg fahren, müssen sich bis Mittwoch, 9. März, bei ihrem Abteilungsführer melden. Letzter Termin der Geldablieferung (1.50 Mk.) Freitag, den 11. März.

Untergau Merseburg

Dürrenberg. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, bei Mennicke Funktionärsitzung, an welcher auch alle Spieler teilzunehmen haben.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, Uebungsstunde der Spielleute in der „Weißen Taube“.

Untergau Wittenberg

Wittenberg-Piesteritz, Abteilung Wittenberg. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Gruppenführer- und Vorstandssitzung, wozu sämtliche Gruppenführer verpflichtet werden.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, in der „Rose“ Mitgliederversamml.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 9. März, abends ½8 Uhr, Antreten am Kolonnenweg zum Abmarsch zur Vollversammlung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

An alle Ortsgruppen! Die Bundeszeitung für den Monat März ist eingetroffen und kommt morgen zum Versand.

Halle. Die Werbebezirksführerinnen haben heute im Bureau die Bundeszeitung für den Monat März abzuholen.

Halle. Große öffentliche Versammlung, verbunden mit Lichtbildervortrag „Mutter und Kind“, am Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Referentin: Genossin Maria Wiedmeyer, Berlin. Diese Versammlung ist eine gemeinsame aller proletarischen Organisationen, und zwar der KPD., RFMB., IAH., JB. und KJVD. Erscheinen aller Genossinnen ist Pflicht.

Eilenburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, in der „Rose“. Wichtige Tagesordnung.

Querfurt. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“. Wichtige Tagesordnung.

Zoologischer Garten
Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr
Volkstümliches Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz
Abonnenten frei

Stadt-Theater
Heute
Dienstag 8 Uhr
N. v. Gneisenau
Mittwoch, 8 Uhr
N. v. Gneisenau

fertige Ihnen **für 29 Mk.** inkl. Zutaten und Anprobe modernen Anzug oder Mantel nach gen. **Maß** aus mitgebrachten Stoffen 83
Guter Sitz wird garantiert
M. Ehrlich, Gr. Ulrichstr. 18
1 Treppe

Ledersohlen Gummiabsätze
billig bei 86
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

G. erh. d. Kinderwagen z. vk. Torstraße 25, I l

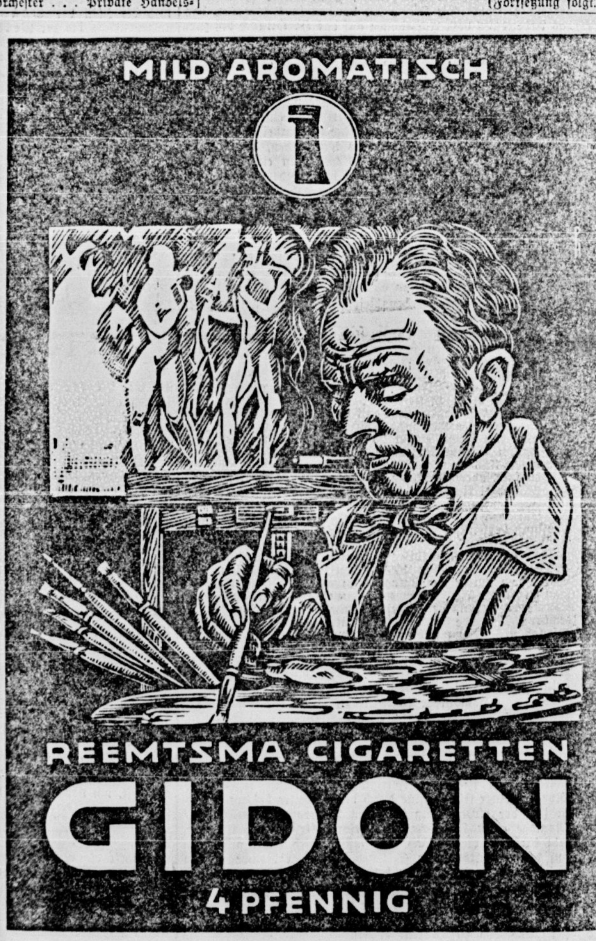
Aeltere kinderl. Frau ges. Z. erfr. Rappsilber Alter Markt 28, II

Mittwoch Schlachtefest
Ab 8 Uhr früh:
Wellfleisch
Frisches Gehacktes
Bratwürste
Stck. 35 Pf., bei
H. Schlüter
Weißenfels
Langendorfer Str. 27

Alle Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Lerchenfeldstr. 14
Herz 42/44

Lumpen
Neutuch, Wolle, Papier, Zeitungen, Eisen, Metalle **Felle**
kauft nach wie vor 120
Alfred Rein
Tel. 242 12 **Königsberg 5** Tel. 242 12

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Judenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen



Kammerlichtspiele Merseburg
Wegen des Riesenerfolges verlängern wir das große russische
Monumentalwerk:
Die Rache der Entehrten
oder: **Dein ist die Rache**
Die wunderbaren Aufnahmen aus den kaukasischen Bergen und die Massenszenen des unterdrückten Volkes stempeln den Film zu einem Ereignis aller osteuropäischen Filme! 630
Dazu: **Douglas Fairbanks** in
Der Dieb von Bagdad
Ein Film von wunderbarer Schönheit u. Darstellungskunst. Ihr, die ihr dieses Spiel hier schaut: Laßt hinter euch des Alltags Müh und Sorgen und folgt des Dichters Märchenphantasien, die tausend Wunder einer längst versunkenen Welt vor euren Augen vorüberziehen lassen. Lacht mit den Fröhlichen, weint mit den Bedrängten. Fragt nicht, was Wirklichkeit, was Schein; gebt euch hin dem bunten Spiel der Lichter
Insgesamt 15 Akte
[De]r Länge des Programms wegen Beginn der ersten Vorstellung ½7 Uhr und der letzten Vorstellung 8 Uhr

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch, 8 Uhr, in der „Reichskrone“ Musikübungsstunde.

Halle. Donnerstag abend 8 Uhr Metallarbeiter in der Produktiv wichtige Sitzung.

Halle, Gruppe Westen. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Freundlich (Locks Hof), Merseburger Straße, nicht Jugendherberge. Jugendverbands- und Gewerkschaftsbuch zur Kontrolle vorlegen.

Halle, Gruppe Zentrum. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Gesellenheim (Klosterstr.) Gruppenabend. Thema: Märzkämpfe und Proletariat. Gen. Walter.

Halle, Gruppe Nord. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Gruppenabend. Thema: Kriegsgefahr gegen Sowjet-Rußland.

Halt Dich dazu, Genosse, Ostern steht vor der Tür. Dein Fahrgeld mußt Du sofort sichern durch Kaufen von Sparmarken.

Schkeuditz. Mittwoch, 9. März, Vorlesung über Märzkämpfe.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Bericht von der Bezirkskonferenz (Hedwig).

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, den 10. März, finden Stadtgruppenveranstaltungen statt. Stadtgruppe 1 im Jugendheim, abends 8 Uhr. Stadtgruppe 2 und 3 im Gewerkschaftshaus, abends 8 Uhr.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung: Halle-Merseburg, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Werbt neue Mitglieder als Ersatz für die uns Ostern verlassenden Genossen.

Halle. Alle Genossen beteiligen sich am Sonntag an der März-Demonstration zur Ehrung der gefallenen Märzkämpfer. Fordert Eure Klassengenossen zur Teilnahme an der Demonstration auf. Besonders gilt dies für die weltlichen Schulen. Treffpunkt ½10 Uhr auf dem Hallmarkt.

Halle. Donnerstag abend 6 Uhr in der Produktiv Gruppenabend der Bezirke 1 u. 2. Thema: Die Märzkämpfe in Mitteldeutschland.

Halle. Freitag abend 6 Uhr in der Produktiv Unterhaltungsabend.

Halle. Sonnabend nachmittag 5 Uhr in der Produktiv Funktionärsitzung.

Halle. Alle Genossen, welche ein Instrument im Besitz haben, müssen es sofort abgeben.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Alle Ortsgruppen müssen sofort Monatsabrechnungen für Februar einschicken. Diese sowie alle Zuschriften sind an das Bureau Halle, Große Steinstraße 16 (nicht an den Kassierer) zu schicken.

Dienstag Mittwoch Donnerstag **3 Fleisch-Tage** Rindfleisch frisch geschlachtet Brust und Bauch 1 Pfd. 65 ₰ Rindertalg 30 ₰ Gehacktes gem. 80 ₰ **A. Knäusel,** Markt 6, Kl. Ulrichstr. 24b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Bauarbeiter machen Akkordarbeit?

(Arbeiterkorrespondenz)

In dem **Querfurter Kalkwerk, Aktien-Gesellschaft,** herrscht eine ungeheure Antreiberei, besonders durch den Betriebsführer Wolf, von der Belegschaft auch „Pfefferkarl" genannt. Ueberall hat er die Uhr bei der Hand, denn keiner kann ihm genug schuften. Sprechen ein paar Arbeiter zusammen, saust er hin und fährt sie an. Er hat sogar schon versucht, handgreiflich zu werden, was ihm indes sehr schlecht bekommen ist.

Lassen die Aufträge nach, so wirft er die Hälfte der Belegschaft auf die Straße oder sie müssen kurz arbeiten. Er fragt nicht danach, ob die Arbeiter dabei zugrunde gehen, denn sein Gehalt geht weiter! Er hat es scheinbar vergessen, wie armselig er nach Querfurt gekommen ist. Jetzt sieht es natürlich anders aus. Akkord muß geschuftet werden. Organisierte Arbeiter kommen überhaupt nicht an. Am liebsten nimmt er die vom Lande, da er weiß, daß die meisten keiner Gewerkschaft angehören.

Obwohl man jeden Tag gewärtig sein kann, daß Kurzarbeit gemacht wird, werden Ueberstunden verlangt. Es ist tief bedauerlich, daß es Arbeiter fertigbringen und sich so weit erniedrigen, selbst Akkord zu machen und Ueberstunden zu schuften.

Urlaub bekommt nur, wer dauernd im Betrieb ist. Alles dieses ist nur möglich, weil bei einer Belegschaft von 50 bis 60 Mann nur drei bis vier Mann organisiert sind.

Arbeiter, geht endlich in Euch! Organisiert Euch, wählt einen Betriebsrat, der gewillt ist, Euch zu vertreten.

Kaliwerk Krügershall

(Arbeiterkorrespondenz)

Wer kennt nicht die Profitquetsche auf dem Bahnhof Teutschenthal! Ein Musterschacht nach Ansicht der Herren Aktionäre! — Ja, es ist ein Musterschacht, weil er den Herren einen guten Profit einbringt. **Wie sieht es aber mit den Löhnen der Arbeiter aus?** Der Bergkumpel geht dort noch mit **23 Mark** wöchentlich nach Hause. Habt Ihr schon einmal nachgedacht, wieviel Ihr in Wirklichkeit dort unter Tage verdient, wenn Ihr acht Stunden im Loche sitzt?

Auch im Gedinge verdient Ihr nur 28 bis 32 Mk. und laßt dafür Eure Gesundheit. Wo man früher mit 13 Wagen sein Geld verdiente, müßt Ihr heute 26 Wagen füllen.

Sorgt dafür, daß jeder Kumpel gewerkschaftlich organisiert ist, und dann gekämpft für bessere Löhne! Ihr müßt den Herren endlich mal zeigen, daß Ihr auch anständig leben **wollt. Doch** wenn Ihr so weiter schlaft wie bisher, dann werdet Ihr **nie etwas erreichen,** sondern Steiger S. wird Euch immer wieder zeigen, wie man einen Wagen füllt: Erst klares Salz, dann große Stücke und wieder klares Salz. Für jeden nicht vollständig gefüllten Wagen gibt es ein Zettelchen, Kostenpunkt: 1,50 Mk.! Denn im **Strafzettel**-Schreiben ist „Krügershall" groß. Da hat ein Schreiber bald seinen Verdienst. Räumt auf mit dieser Lotterwirtschaft, organisiert Euch restlos, kämpft für bessere Löhne und Siebenstundenschicht!

Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens

(Mansfeld-Korrespondenz)

Die „Silberhütte" ist ein Betrieb der Mansfeld A.-G., der für sich in Anspruch nehmen kann, daß er die rückständigsten Arbeiter beschäftigt. Trotzdem die Zahl der Arbeitslosen immer mehr gestiegen ist, werden auf diesem Betriebe von verschiedenen Arbeitern bis zu 35 Schichten im Monat verfahren. Die Arbeiter Michael Vogel (Stahlhelmer), Karl Heidenreich (Stahlhelmer), Karl Hassenberg (Stahlhelmer), Hieronymus Remus (Stahlhelmer) und Otto Kreier können sich im Ueberstundenmachen nicht genug leisten. Sie haben so nur jeden dritten Sonntag Ruhe. Aber das genügt nicht, sie müssen auch den freien Sonntag noch arbeiten, und wenn möglich zwei Schichten. Auch damit geben sie sich nicht zufrieden, es müssen in der Woche noch an manchem Tage zwei Schichten verfahren werden.

Wir glauben schon, daß die Familien mit dem geringen Lohn, welchen die Mansfeld A.-G. trotz der gewaltigen Ueberschüsse zahlt, nicht auskommen können. Wir müssen aber feststellen, daß gerade die Leute vom oben erwähnten Schlage an den schlechten Löhnen Schuld sind. Indem sie auf Kosten ihrer Kameraden durch Ueberschichten ihr Geld verdienen, wird **der Lohn immer wieder gekürzt** und sie nehmen, obwohl sie indirekt mehr Geld als ihre Kameraden verdienen, ihren Frauen und Kindern das Brot vom Tische. Wenn Ihr frühzeitig abgearbeitet seid, wirft Euch der Arbeitgeber auf die Straße.

Daß solche Zustände herrschen, ist kein Wunder, da nicht einmal ein Betriebsrat besteht. Wir rufen Euch zu: Kehrt um, ehe es zu spät ist! Wählt Euch revolutionäre Betriebsräte! Fordert höhere Löhne, damit Ihr bei normalen Schichten Eure Familien ernähren könnt, und kürzere Arbeitszeit! Werdet Mitglied der KPD. und der Gewerkschaften!

Immer schärferer Kurs in den J.-G.-Betrieben

Farbenfabrik Wolfen

In den Bitterfelder J.-G.-Betrieben wird ein immer schärferer Kurs gegen die Arbeiter eingeschlagen. Die üblen Folgen der Rationalisierung werden immer deutlicher der Arbeiterschaft bewußt und zeitigen hier und da Widerstände, die den Chemiegewaltigen natürlich durchaus nicht in den Kram passen. Aus diesem Grund setzt man den Druck schärfer denn je an, und alle Instanzen, Meister, Vorarbeiter, Betriebsleiter usw., vor allem auch die Werkspolizei, sind angewiesen, mit aller Schärfe gegen die Arbeiter vorzugehen.

Alle Sondervergünstigungen sollen mit einem Schlage genommen werden. Badezeiten und Pausen werden streng kontrolliert, damit kein Prolet nur gar nicht eine Minute zu früh seinen Dreck los wird, den er sich für das Kapital auf den Hals geladen hat. Macht er etwas früher oder länger Pause, um wenigstens Zeit zu haben, sein Essen durchzukauen und nicht zu verschlingen, so wird auch das sofort gemeldet. Von den Blauen (Werkspolizisten) sind einige ganz besonders eifrig bestrebt, ihre Unentbehrlichkeit zu zeigen. Vielen Arbeitern haben sie schon **Geldstrafen** aufgehalst und sie zur Entlassung gebracht. Jetzt haben durch das Eingreifen des Betriebsrats wenigstens die Geldstrafen nachgelassen. Aber immer noch sieht man die Füchse im Bau herumschleichen, um ja bald eine Meldung zu bekommen. Solche erbärmliche Kreaturen verdienen nur die Verachtung aller Arbeiter. Ihre Kriecherei nach oben und ihr provokatorisches Benehmen gegen die Arbeiter ist geradezu ekelhaft. Sie fühlen sich, als wären sie Zuchthausaufseher.

Kollegen! Hier hilft nur ein geschlossenes Auftreten. Wenn alle ihren Mann stehen, die Gewerkschaft ausbauen und sich gegen jede Willkür zur Wehr setzen, so kommen wir auch vorwärts! Wir stehen jetzt vor der Betriebsratswahl! Kollegen! Erfüllt Eure Pflicht, wählt Vertreter, die voll und ganz sich einsetzen für die Vertretung Eurer Interessen. Das kommende Jahr wird ein Kampfjahr werden, wir stehen vor großen Lohn- und Arbeitszeitkämpfen! Dazu brauchen wir Betriebsräte, die den Kampf mit durchführen wollen. Nicht in Arbeitsgemeinschaft und in Harmonie mit den Unternehmern kann der Kampf durchgeführt werden.

Neue Gießerei Werk I

Trotz wiederholter Hinweise auf die schlechten Verhältnisse besonders in Abteilung 10 war es bisher nicht möglich, bei der Betriebsleitung etwas zu erreichen. Das Organisationsverhältnis ist gut, aber die Kollegen haben keinen Schneid und lassen sich einschüchtern. Das ist kein Beweis gegen die gewerkschaftliche Organisation, aber dafür, daß wir aktive Gewerkschaftler sein müssen und daß durch die Verbände die Arbeiter der verschiedenen Betriebe fest miteinander verbunden werden müssen.

Die Trockenöfen in Werk I sind schon wiederholt explodiert, aber es ist nichts dagegen getan worden, und die Gußputzer müssen trotzdem vor den Oefen arbeiten. Die Flaschenzüge sind unpraktisch in der Gießerei und sind noch nie geprüft worden. An den Formkasten fehlen ebenfalls Schutzvorrichtungen. Im ganzen Betrieb ist keine Ventilation, und beim Gießen ist es vor Schwefeldampf und Gas nicht auszuhalten. Das Sandstrahlgebläse ist nicht vorschriftsmäßig, der Staub zieht in die Gießerei. Der Betriebsleiter Ingenieur Menking hat vom Gießereifach scheinbar keine Ahnung. Es ist z. B. ein Former beim Kastenaufstampfen, Menking kommt heran, gestriegelt und gebügelt, voll Pomade und Parfüm, daß man es sogar durch den Schwefel riecht und fragt: „Haben Sie die Kerne schon drin?". Wenn ihn jemand nicht grüßt, setzt es einen Verweis. Bei Fehlguß, auch unverschuldet, wird die Prämie abgezogen oder mit Entlassung und Aussetzen gedroht. Die Frauen müssen auch neun Stunden arbeiten. Ueberstunden werden nicht in der Liste geführt, sondern als Prämie verrechnet, damit Dr. Burbach nichts erfährt.

Unser Dobermann

(Leuna-Korrespondenz)

Im Bau 77 (Klempnerei) ist ein Werkmeister beschäftigt, der sich durch besonders „schneidiges" Vorgehen gegen die Arbeiterschaft auszeichnet. Er ist allerdings Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der AfA. und des Rössener Arbeiter-Sängerbundes. Die Werkzeugschlosser werden von ihm wie Nasenpopels behandelt. Ueberall knurrt er herum und führt neue Methoden ein, die sich direkt schädlich für die Kollegen auswirken.

An den Schmirgelscheiben wird bekanntlich nur mit Schutzbrille gearbeitet. Man muß, um eine solche zu erhalten, erst zum Dobermann gehen, dort eine Marke holen, dann zur Werkzeugausgabe, um gegen die Marke die Brille zu empfangen usw. **Der Weg, der dabei verlaufen wird, geht an der Akkordarbeit verloren.** Auf dem Rückwege, bei der Abgabe der Brille, ist es dasselbe. Warum kann man nicht, wie es in anderen Bauten üblich ist, eine Schutzbrille gleich gegen Marke in der Ausgabe empfangen? Doch nur aus purem Unverstand unserer Betriebsleitung!

Wo die Herren Vorgesetzten aber wirklich Gelegenheit hätten, Anordnungen zu treffen, die im Interesse der Kollegen liegen, da versagen sie. Bis heute haben sie es nicht fertig gebracht, eine anständige Entlüftung in dem stinkigen, von Säuredünsten geschwängerten Betrieb einzubauen. Sie haben ferner nicht fertig gebracht, eine der Belegschaftszahl entsprechende Waschanlage zu schaffen. Fast hundert Mann sollen in der kurzen Mittagspause an vier Hähnen sich die Hände waschen. Die meisten Kollegen sind dadurch gezwungen, mit den von Blei- und Zinkschmutz starrenden Händen zu essen. **Hier ist ein Betätigungsfeld für unseren Dobermann, hier kann er Verbesserungen treffen!**

Kollegen! Steht zusammen, denn die Akkorde werden immer schlechter. Erkämpft Euch bessere Verhältnisse.

Was sagen die Betriebsratsmitglieder zu diesen Zuständen?

Betriebsmord!

Aus 11 Meter Höhe abgestürzt

Wittenberg, 8. März.

In das Paul-Gerhardt-Stift wurde der 19 Jahre alte Schlosser Kober aus Berlin eingeliefert. K. war aus einer Höhe von zirka 11 Metern von einem Neubau in den Stickstoffwerken abgestürzt und wurde bewußtlos vom Platze getragen. Ein Sanitätsauto der Stickstoffwerke sorgte sofort für die Ueberführung des Verunglückten.

Unhaltbare Zustände auf dem Rittergut Glesien

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Rittergut Glesien, ein Schwestergut von dem Gut des Herrn v. Wuthenau in Hohnthurm, ist dem Direktor Hapich unterstellt. Dort sind Zustände eingetreten, die endlich einmal an die Oeffentlichkeit kommen müssen. Die Behandlung der Landarbeiter ist derart, daß es jeder Beschreibung spottet und bisher in Glesien von den Landarbeitern auch noch nicht erlebt worden ist. Der edle Teutone Hapich wird diese Methoden aus Hohenthurm mitgebracht haben, und er wird dabei besonders unterstützt von dem Verwalter Hildebrand.

Dieser Held bringt es fertig, den Frauen beim Dungladen das Sprechen zu verbieten. Auch will er gleich früh oder mittags beim Anspannen den Ochsenanspanner „in die Fresse hauen". Wenn er zu bestimmen hätte, würde er alle Arbeiter, die älter sind als 35 Jahre, entlassen. So hätte er auf seinen früheren Gütern immer verfahren. **Was aber mit den alten Leuten werden soll,** hat er freilich nicht gesagt. Sie sollen dann sicherlich, wie Prof. Grube sagt, auswandern nach dem Friedhof!

Genau so ein Held ist der Tintenfritze Christian. Er zahlt den Frauen **den ihnen zustehenden Urlaub nicht aus** und erklärt, **im Delitzscher Kreise wäre das so üblich.** Den Männern geht es nicht anders. Sobald einer ein paar Tage krank ist, wird es ihm als Urlaub angerechnet.

Der Kreisleiter des Landarbeiterverbandes Theuerkorn läßt sich auch nicht sehen. Die organisierte Landarbeiterschaft muß hier für Aenderung sorgen und die anderen sich dem Landarbeiterverband anschließen, um durch die Organisation die erste Bedingung für aussichtsreichen Kampf zu schaffen.

Landarbeiter! Werft die bürgerliche Presse hinaus, die die Interessen derjenigen vertritt, die Euch unterdrücken! Lest den „Klassenkampf", das Organ aller Schaffenden, das Euch stets zur Seite steht!

Wählt einen Betriebsrat!

(Arbeiterkorrespondenz)

Ein Musterbetrieb ist die **Gelbgießerei der Firma Herd & Moschütz in Torgau.** Täglich kann man bei Arbeitsschluß beobachten, wie die dort beschäftigten Arbeiter, schwarz wie die Neger, den Betrieb verlassen. Auf Befragen einer dieser „Nigger", ob keine Wasch- und Badegelegenheit vorhanden ist, erhielt man folgende schlagende Antwort: **„O ja, drei ganze Wassereimer sind vorhanden, in denen sich über zwanzig Mann waschen."** Die Frage, ob ein Betriebsrat besteht, wurde verneint und auch das Vorhandensein einer Arbeiterorganisation.

Dem Gewerberat möchten wir anempfehlen, sich um diesen Betrieb zu kümmern, und daß auf die Gesundheit der Arbeiter mehr Rücksicht genommen wird. Der Belegschaft aber empfehlen wir, sich freigewerkschaftlich zu organisieren. Da es sich meistens um junge Arbeiter handelt, die aus der Landwirtschaft stammen und nun versuchen, in den Fabriken Beschäftigung zu finden, um kurze Zeit später aus dem alltäglichen Morast der Betriebe wieder verschwinden, muß die Gelegenheit benutzt werden, um eine **engere Verbindung zwischen Stadt- und Landarbeitern** anzubahnen.

Zum Schandschiedsspruch in der Papierindustrie Sachsen-Thüringen-Anhalt

(Arbeiterkorrespondenz)

Zum 31. Januar war vom Fabrikarbeiterverband die Lohntafel gekündigt worden und zum 31. März der Bezirkslohnvertrag. Mit großem Tamtam rückten die Tolski und Gittel vor. Bei den verschiedenen Versammlungen wurden große Reden geschwungen, Tolski betonte ausdrücklich, daß der Verband einen Streik finanzieren könne. Desto kläglicher war nachher ihr Verhalten beim Fällen des Schiedsspruches.

Am 17. Februar waren Lohnverhandlungen, die scheiterten. Am selben Tage wurde ein Schiedsausschuß eingesetzt, der einen Spruch fällte, nach dem der Hofarbeiterlohn von 56 auf 60 Pf. ab 7. März (bis 5. September) und vom 5. September an auf 62 Pf. erhöht wurde. Erstmalig kündbar ist dieser Vertrag am 26. März 1928! Die übrigen Löhne errechnen sich prozentual.

Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien sofort angenommen. Hier sieht man so richtig, wie die Tolski und Schneider es machen. Anstatt die Kollegen erst in Versammlungen darüber zu befragen, nehmen sie einfach den Elendsschiedsspruch an.

Betrachtet man den Ecklohn bei den heutigen Lebensverhältnissen, so wäre es tatsächlich angebracht, daß man Armenunterstützung beantragte. **Die Erregung unter den Kollegen ist sehr groß über diese Führer,** die, wenn es ernst wird, stets einen Rückzieher machen.

Ihr Proleten in den Betrieben! Nicht nach den Worten dürfen wir diese Führer beurteilen, sondern nach ihren Taten. Sie können und wollen die Arbeiterklasse nicht mehr ernstlich vertreten und führen. Hinweg mit diesen korrupten, von der kapitalistischen Gesellschaft angesteckten Führer! Helft alle mit, diese Voraussetzung einer gesunden Gewerkschaftsbewegung und die Einheitsfront der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampf zu schaffen!

Bis zu 92 Prozent nutzen die Papierkapitalisten heute die Leistungsfähigkeit ihrer Maschinen aus. Dies sieht jeder Kollege im Betriebe. Die Zeit wäre durchaus günstig für einen Kampf.

Kollegen, wir lassen den Herren Tolski, Schneider und Konsorten zu viel Willen! Wir müssen alle aktiver auftreten bei den Generalversammlungen, Verbandstagen usw. Darum, heran! Ein jeder, der noch abseits steht, muß nun erst recht hinein in den FAV., um dort den Reformismus mit Stumpf und Stiel auszurotten!

Arbeiterinnen!

Heraus zur Internationalen Frauenwoche!

Handbuch für Betriebsräte

Mit dem Erscheinen des „Handbuches für Betriebsräte" ist ein dringendes Bedürfnis aller Betriebsräte, die ihre Tätigkeit in den Dienst des revolutionären Klassenkampfes stellen wollen, erfüllt. Die meisten Kommentare des Betriebsrätegesetzes sind veraltet, da sich die Auslegung vieler Paragraphen durch die Spruchpraxis der Arbeitsgerichte geändert hat. Das „Handbuch für Betriebsräte" kommentiert die wichtigsten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes unter Berücksichtigung der neueren Entscheidungen der Gerichte. Aber nicht nur das. Es kommentiert das Betriebsrätegesetz vom Standpunkt des klassenbewußten Betriebsrates, der keinen Wert auf „gutes Einvernehmen" mit dem Unternehmer legt, sondern versucht, das größtmöglichste im Dienste des proletarischen Klassenkampfes zu leisten. Für jeden klassenbewußten Betriebsrat wird das Handbuch eine gute Waffe, ein Hilfsmittel zur Orientierung sein. Es bringt außerdem einen Aufsatz über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, eine kurze Geschichte der Betriebsrätebewegung usw.

Am Schluß ist ein übersichtliches Sachregister vorhanden, so daß es ein handliches Nachschlagebuch für die tägliche Praxis ist.

Jeder Betriebsrat, der in den Besitz des „Handbuches für Betriebsräte" kommen will, bestelle es sofort beim Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, Planufer 17. Der Preis beträgt 1,20 Mark.

Berichtigung

In der gestrigen Nummer (Gewerkschaftsteil) ist als Referent der Parallelversammlung des ADGB. am Sonntag im Restaurationssaal irrtümlich Wenscheck-Merseburg genannt. Es hat dort der Bergarbeiterverbands-Vertreter Janscheck referiert, der später im großen Saale als dritter Redner sprach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0005

Achtstundentag und Lohnerhöhung für städtische Arbeiter

Druck auf den Arbeitgeberverband bei den Tarifverhandlungen für die Staats- und Gemeindearbeiter — Wie der preußische Staat seine Kliniken vernachlässigt — Durchsetzung eines kommunistischen Antrags auf Entschädigung des niedrigst bezahlten Theaterpersonals — Die Großmarkthalle muß gebaut werden — Ordnungsblockmitglied und Zimmermeister Schulze als Provisionsempfänger bei städtischen Geschäften enthüllt

Eine Stadtverordnetensitzung mit Ueberraschungen — werden die Bürgerlichen sagen, weil gestern entgegen den auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen einige Projekte und Anträge angenommen wurden, die der werktätigen Bevölkerung und der Entwicklung der Kommune zugute kommen. Wir aber wissen, daß dies **keine Ueberraschungen** sind, sondern daß sie das Resultat der zähen **kommunalpolitischen** Arbeit der kommunistischen Fraktion bilden, die natürlich nur **wirksam** werden kann, wenn die **werktätige** Bevölkerung die praktische Durchführung durch den Magistrat **aufs schärfste kontrolliert** und in Gang hält. So wurde u. a. beschlossen, eine Großmarkthalle zu bauen, ferner bei den Tarifverhandlungen der Staats- und Gemeindearbeiter eine mindestens 15prozentige Lohnerhöhung und den Achtstundentag durchzusetzen. Dabei war es wichtig, die Rolle der SPD. zu beobachten. In den wesentlichsten Fragen war deren Fraktion gespalten, so daß Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten stimmten. Ein besonderes Denkmal arbeitsgemeinschaftlicher Politik hat sich in diesem Rahmen gestern übrigens Herr Flücht gesetzt, der zwar gezwungenermaßen dem kommunistischen Antrag auf Lohnerhöhung und Achtstundentag für die städtischen Arbeiter seine Zustimmung gab, sich aber in der Diskussion dagegen erklärte, indem er ausrief: **„Wir lehnen es ab, Lohnverhandlungen im Parlament zu führen."** Davon, daß die Unterstützung der durch die Gewerkschaften betriebenen Lohnverhandlungen überall, in diesem Falle also auch im Stadtparlament, notwendig ist, schien Herr Flücht nichts zu wissen. Er weiß es aber doch, nur paßt es ihm nicht in den Kram, daß die Kommunisten ihm und seiner Fraktion zuvorgekommen sind und daß auch auf ihn bei seinen Verhandlungen nun seitens der Arbeiterschaft ein Druck ausgeübt wird. Man muddelt bei den Tarifverträgen viel lieber mit dem Unternehmer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit herum, unter Wegfall jeder Kontrolle und jedes Druckes der „Straße". Jetzt ist aber die hallische Arbeiterschaft aufmerksam geworden, und die städtischen Arbeiter müssen sich ihr Recht erkämpfen und ihre Gewerkschaftsvertreter zwingen, ihre Forderungen durchzusetzen.

*

Unter Eingängen, die vor Eintritt in die Tagesordnung verlesen wurden, befindet sich eine Anfrage der kommunistischen Fraktion, ob dem Magistrat bekannt sei,

daß der ehemalige Stadtverordnete Finkelmeier bereits seit 1. 6. 26 aus Halle nach Jena abgemeldet ist

und was er zu tun gedenke, um sofort das Mandat dem rechtmäßig nachrückenden Listennachfolger zu übertragen. Die SPD. hat es lange genug verstanden, das gestohlene Mandat des Renegaten Finkelmeier stillschweigend für sich zu benutzen.

Der erste Punkt der Tagesordnung sieht die **Aenderung der Bedingungen für die Entnahme von Gas aus Münzgasmessern vor.** Unsere Genossen hatten hierzu beantragt, einen bestimmten Passus zu streichen, welcher gegen die Kleinverbraucher von Gas eine Härte darstellt. Der Haushaltsausschuß wollte statt dieses Antrages geringfügige Aenderungen, und der Dezernent Stadtrat Dölz, Sozialdemokrat, verwahrte sich gar gegen den kommunistischen Antrag mit der Begründung, man müßte in diesem Falle die Meßapparate so oft umstellen. Daß ihm die Apparate mehr am Herzen liegen, als die Gas verbrauchenden Proleten, sieht Herrn Dölz vollkommen ähnlich. Schließlich wird die Vorlage mit den Abänderungen des Haushaltsausschusses gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

Der zweite Punkt beschäftigte sich mit der **Befestigung der Straßen für die Siedlung südlich der Artilleriekaserne.** Genosse Günther begrüßte, daß hier endlich etwas für die Straßenbefestigung geschieht. Er fordert jedoch gleichzeitig, daß auch bei den anderen Siedlungen in dieser Richtung Hilfe geschaffen werde. Die Annahme der Vorlage erfolgt einstimmig.

40 000 Mark Zuschuß soll die Stadt an die staatlichen Universitätskliniken zahlen, damit diese Erweiterungsbauten und Verbesserungen vornehmen können. Während sonst immer die Zustände in den Kliniken von bürgerlicher Seite als lobenswert bezeichnet werden, muß die Magistratsvorlage diesmal zugeben, daß ganz unhaltbare Zustände, besonders bei den Polikliniken, vorliegen. Man kann wohl behaupten, daß diese Politik, einerseits Verschleierung, andererseits die Bezuschussung der Stadt und des Bürgertums geradezu heuchlerisch ist. Das wurde in der Diskussion auch von unseren Genossen gekennzeichnet. Genosse Kilian wies darauf hin,

daß der Staat und nicht die Gemeinden die Pflicht habe, für seine Universitätskliniken zu sorgen.

Eine Feststellung des Berichterstatters Steinbrück bestätigt das, in der dieser ausgeführt hatte: „Der Staat hat an den Polikliniken kein Interesse" Es ist in der Tat so, daß der Staat seine Pflicht nicht gewissenhaft auffaßt. Die hygienischen und medizinischen Verhältnisse in den Kliniken sind unzulänglich, die Verpflegung und Behandlung der Patienten ist skandalös. In den letzten Monaten ist bei uns eine Fülle von Klagen eingelaufen. Wir wissen aber, warum der Staat solche Kliniken unterhält:

Die jungen Aerzte brauchen Material für ihr Studium. Und dazu müssen die Armen herhalten.

Diejenigen, die nicht versichert sind, die Sozialrentner, die Kriegshinterbliebenen usw. Die kommunistische Fraktion lehnt die Vorlage deshalb ab. Vor allem aber auch, weil die Befürchtung besteht, daß alle diese Mittel für die Errichtung unseres eigenen Krankenhausprojektes verloren gehen. Gerade diese Vorlage bestätigt alle unsere Argumente für die Notwendigkeit eines städtischen Krankenhauses. Und dieses Krankenhaus muß so schnell wie möglich errichtet werden.

Wenn die Stadt Mittel für die Verbesserung der Gesundheitspflege hat, so sind diese für die Errichtung des städtischen Krankenhauses zu verwenden. Es wird daher der Antrag gestellt, die Vorlage abzulehnen und den Staat energisch an seine Pflicht zu erinnern, seine Kliniken in menschenwürdigem Zustande zu halten.

Die 40 000 Mark sind dem Fonds zur Errichtung des Stadtkrankenhauses zuzuweisen.

Stadtrat May ist der Ansicht, daß Genosse Kilian schwarz in schwarz gemalt habe (die Vorlage hat es ja auch getan) und er ladet die Stadtverordneten ein, nach vorheriger Anmeldung die Kliniken zu besichtigen. Was bei solchen Besichtigungen nach vorheriger Anmeldung herauskommt, weiß man ja. Das sprach auch der Stadtverordnete Flücht aus, der feststellte, daß zwar theoretisch in der Vorlage Verbesserungen für das Pflegepersonal vorgesehen sind, daß diese aber nirgends konkret ausgedrückt sind. Er drückte sein Einverständnis mit den Ausführungen des kommunistischen Redners aus. Dann zieht er mächtig gegen die Krankenhauszustände des Staates vom Leder, was ihm den sehr richtigen Zuruf unserer Genossen einbringt: **Das ist ja Eure Republik!** Die Debatte wird noch weiter fortgeführt, ohne daß wesentliche Gesichtspunkte zutage treten.

Die Ablehnung der Vorlage und damit die Vergrößerung des Fonds für das städtische Krankenhaus wäre beinahe zustande gekommen, wenn nicht die SPD. gespalten gewesen wäre. Denn gegen die Vorlage stimmten außer der kommunistischen Fraktion auch die Völkischen. Aber die Sozialdemokraten stimmten teils für den kommunistischen Vorschlag, teils für die Steinbrück-Interessen, so daß schließlich doch eine Annahme der Vorlage auf Kosten der wieder einmal so „konsequenten" SPD. zustande kam. Wir werden dieses Verhalten in bezug auf die gestrige Sitzung noch öfter feststellen können.

Punkt 6, **Nachbewilligung von 38 000 Mark für den Etat des Stadttheaters,** entfesselt eine längere Debatte. Der Mehraufwand für das Theater hat sich nach der Vorlage für Orchester, Chor, Statisterie usw., infolge Aufführung von Werken erforderlich gemacht, die zahlreiches Personal auf der Bühne erfordern. Der Mehraufwand an Aufführungsgebühren wurde durch die größere Anzahl tantiemepflichtiger Stücke erforderlich. Von dem Mehraufwand für verschiedene überflüssige Gastspiele sagt die Vorlage allerdings nichts.

Genosse Günther erklärte namens der kommunistischen Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage, hob dabei aber hervor, daß trotz aller Versprechungen die Bühnenarbeiter noch immer nicht den Achtstundentag haben, sondern

11 bis 16 Stunden arbeiten müssen

und daß man den niedrigst Bezahlten, den Garderobenfrauen, bis heute noch nicht die Notstandsbeihilfe zu Weihnachten ausgezahlt hätte, obgleich das ausdrücklich versprochen worden war. Genosse Günther stellt den Antrag,

die 38 000 Mark um 2000 Mark zu erhöhen und diesen Betrag für die niedrigst Bezahlten am Theater auszusetzen.

Der Kulturspießer Thier, im Zivilberuf Hausbesitzer, kann es sich nicht verkneifen, sich wieder lächerlich zu machen, indem er — diesmal nicht gegen die Aufführung von Razzia", sondern die eines zwar schlechten aber harmlosen Stückes wie „Ueber Nacht" loswettert. Genosse Kilian antwortet ihm gebührend darauf und bezeichnet Herrn Thier unter allgemeiner Heiterkeit (in die sich nur die Verlegenheit des Dezernenten mischte) als den Leiter der hallischen Külz-Filiale.

Stadtrat Fischer will die lange Arbeitszeit der Bühnenarbeiter aus den vielen Proben herleiten. Er will dahin wirken, daß die Proben eingeschränkt werden. Es sei aber nicht richtig, so fügt er hinzu, daß ein Beschluß gefaßt worden wäre, die Garderobenfrauen irgendwie zu entschädigen, es sei nur beschlossen worden, daß die Sache geprüft werden solle. (!!)

Stadtverordneter Müller (SPD.) widerlegt hier den Dezernenten. Es ist beschlossen worden, so gibt er an, daß die Frage geprüft werden solle, ob die Garderobenfrauen eine Entschädigung erhalten haben oder nicht. Wenn nicht, dann muß dies unverzüglich nachgeholt werden.

Der kommunistische Antrag, 40 000 Mark zu bewilligen und den Mehrbetrag von 2000 Mark an die Garderobenfrauen und niederen Angestellten auszuzahlen, wird angenommen. Die Bürgerlichen bleiben dabei sitzen. Sie, die Nutznießer des Theaters sind, haben für die niederen Angestellten nicht einmal 2000 Mark übrig.

Aufmarschplan zur Märzgefallenen-Feier am 13. März 1927

A) Marsch der Abteilungen zum Hauptsammelplatz (Roßplatz)

Abteilung Osten: Antreten ½10 Uhr vormittags auf dem Roßplatz. Auf Büschdorf und Diemitz warten.

Abteilung Süden: Antreten ½10 Uhr auf dem Johannisplatz. Durch Posadowskystraße, Merseburger Straße, Riebeckplatz, Magdeburger Straße, Dessauer Straße, Roßplatz.

Abteilung Westen: Antreten ½10 Uhr auf dem Weingärtenplatz. Durch Glauchaer Straße, Moritzzwinger, Neue Promenade, Poststraße, Hagenstraße, Magdeburger Straße, Dessauer Straße, Roßplatz.

Abteilung Norden: Antreten ½10 Uhr auf dem Wettiner Platz. Durch Richard-Wagner-Straße, Ludwig-Wucherer-Straße, Lessingstraße, Roßplatz.

Abteilung Zentrum: Antreten ½10 Uhr auf dem Paradeplatz. Durch Scharrenstraße, Wilhelmstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Lessingstraße, Roßplatz.

Arbeiter-Sportkartell: Antreten 10 Uhr Roßplatz.

Jugend: Antreten ½10 Uhr Hallmarkt.

Abmarsch ab Roßplatz erfolgt pünktlich 10 Uhr nach dem Gertraudenfriedhof.

*

B) Rückmarsch der Abteilungen ab Gertraudenfriedhof geschlossen bis Hallmarkt:

Abteilung Osten: Oleariusstraße, Alter Markt, Rannische Straße, Neue Promenade, Marienstraße, Augustastraße, Dorotheenstraße, Parkplatz. Dort Auflösung.

Abteilung Westen: [illegible]straße, Glauchaer Straße, Weingärten. Dort Auflösung.

Abteilung Norden: Dreyhauptstraße, Robert-Franz-Straße, Neuwerk, Burgstraße, Seebener Straße, Trothaer Straße bis zum Trothaer Friedhof. Dort Kranzniederlegung.

Abteilung Süden: Oleariusstraße, Meteritzstraße, Alter Markt, Rannische Straße, Steinweg, Liebenauer Straße zum Südfriedhof. Dort Kranzniederlegung.

Abteilung Zentrum: Auflösung Hallmarkt.

*

Bis zum Hallmarkt geschlossen durch folgende Straßen:

Dessauer Straße, Hardenbergstraße, Schillerstraße, Goethestraße, Herderstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Karlstraße, Harz, über Geiststraße, Kleine Ulrichstraße, Oleariusstraße, Hallmarkt.

*

Soweit eigene Märzfeiern in den umliegenden Orten nicht in Frage kommen, haben sich die Ortsgruppen daran zu beteiligen. Die An- und Abmarschstraßen wie folgt:

Ammendorf: mit dem Süden. Böllberg: mit Westen. Gutenberg, Seeben, Sennewitz, Lettin: mit Norden. Dölau: zum Zentrum. An- und Abmarsch durch Mansfelder Straße. Büschdorf und Diemitz: mit Osten.

Die vielumstrittene

Markthalle

wird nun zur Besprechung gestellt. Stadtverordneter Schaumburg als Berichterstatter wendet sich gegen die Interessentenverbände. Er tritt für die Errichtung einer Kleinmarkthalle ein und gibt den Beschluß des Verkehrsausschusses bekannt, daß die Markthalle errichtet werden und die Stadt alleiniger Bauherr sein soll.

Genosse Härtel erklärt, daß die kommunistische Fraktion ebenfalls für die Ausschaltung der Interessentenverbände ist. Daß die Markthalle notwendig ist, darüber besteht Klarheit, Unklarheit jedoch darüber, ob es eine Groß- oder Kleinmarkthalle werden soll.

Wir müssen uns für eine Großmarkthalle entscheiden, die durch großzügige Anlage, durch Bahnanschluß usw. die Preisverbilligung ermöglicht.

Denn die Preisverbilligung ist die Grundbedingung für den Markthallenbau, nicht allein die unhaltbaren hygienischen Zustände auf dem „idyllischen" Wochenmarkte.

Mit der Großmarkthalle müssen die so notwendigen Kühlhallen verbunden sein. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß die Stadt den Bau selbst zu übernehmen hat.

Ordnungsblockmitglied Michel setzt sich für die Interessentenverbände ein, aber Stadrat Fischer stellt fest, daß diese bisher noch keinerlei praktische Arbeit geleistet hätten. Er ist gegen das Markthallenprojekt überhaupt. Schaumburg wendet sich nochmals gegen die Großmarkthalle.

Nachdem Genosse Kilian die Aufgaben einer Markthalle noch einmal fest umrissen hat und dabei besonders den in Halle bestehenden privatkapitalistischen Monopolstellen für Lebensmittelbeschaffung und Preisbildung den Kampf angesagt hat, stellt Genosse Härtel den Antrag,

daß die Stadtverordnetenversammlung den Bau einer Großmarkthalle mit Bahnanschluß beschließen möge und daß die Stadt selbst Bauherr sein soll.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme des Verkehrsausschußantrages.

Danach wird auch der kommunistische Antrag angenommen.

Bei dieser Abstimmung ist die SPD. wiederum gespalten. An die Projektierung der Großmarkthalle muß nunmehr unverzüglich herangegangen werden.

Darauf gibt Genosse Kilian den

Bericht vom Halberstädter Städtetag.

Als er das System Beims ausführlich zu kennzeichnen beginnt und als er schildert, wie die Städtetagsdelegierten — statt kommunalpolitische Arbeit zu leisten — mit Kind und Kegel diese Tage zu Freß- und Saufveranstaltungen gemacht haben, verschwinden sowohl Bürgerliche als auch Sozialdemokraten aus dem Sitzungssaal. Auch Herr Kasparek, der ja auf diesem Städtetag mit privatisiert hat und trotzdem offiziell auf der Teilnehmerliste der Würstchenvertilger eingetragen ist, entzieht sich den unangenehmen Erinnerungen durch Verlassen des Saales. Genosse Kilian stellt indes fest, daß der Halberstädter Städtetag gerade jetzt wieder aktuell geworden ist, wo die Maulkorbgeschäftsordnung des Herrn Beims Allgemein„gut" für ganz Mitteldeutschland, auch für Halle, werden soll. Er kennzeichnet die Gummiknüppel- und Polizeimethoden des sozialdemokratischen Städtetagsvorsitzenden, die Abwürgung jeder ernsthaften Aussprache, die Widersprüche in den Referaten, die in Halberstadt gehalten wurden. Zum Schluß verlas er die kommunistische Protesterklärung gegen diese Methoden und forderte, daß in Zukunft darauf gedrungen werden müsse, diese Tagungen zu wirklichen Arbeitskongressen zu machen oder ihnen überhaupt fernzubleiben, wenn das nicht gelänge. Von den Bürgerlichen oder Sozialdemokraten äußerte sich niemand zu dem Bericht. Sie konnten die Richtigkeit des Gesagten ja aus dem Protokoll selbst ersehen und hatten infolgedessen keinen Anhaltspunkt, an der Art des Berichtes und seinen Ursachen zu zweifeln.

Aber sie billigen alle die Beimsschen Methoden und werden sie, sobald sie können, selbst einführen.

Als Genosse Kilian zum Schluß hervorhob, daß Beims Sozialdemokrat ist, schmunzelte der Scharfmacher Koennecke und rief seinen Freunden zu: „Ja, ja, das ist ein Sozialdemokrat." Die Bourgeoisie ist also mit den sozialdemokratischen Polizeimethoden restlos zufrieden. (Die sozialdemokratischen Arbeiter dürften es weniger sein.)

Zum Schluß kam der **kommunistische Dringlichkeitsantrag für die Staats- und Gemeindearbeiter** zur Verhandlung. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Lohntarif der städtischen Arbeiter im Staats- und Gemeindearbeiterverband ist gekündigt und läuft am 31. März ab. Bei der allgemeinen Teuerung müssen die Löhne der städtischen Arbeiter, die sich für Facharbeiter in der Spitze mit 0,75 Mk. und für ungelernte Arbeiter mit 0,56 Mk. pro Stunde bewegen, als vollkommen ungenügend betrachtet werden.

Die Forderungen der städtischen Arbeiter gehen dahin, den Achtstundentag einzuführen und eine Lohnerhöhung von 25 Prozent auf den bisher gezahlten Lohn zu zahlen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Bei den kommenden Tarifverhandlungen sind die Vertreter der Stadt Halle verpflichtet, sich einzusetzen für die Forderungen der städtischen Arbeiter, d. h. Einführung des Achtstundentages und Erhöhung der bisherigen Löhne um mindestens 25 Prozent.

Sollte sich der kommunale Arbeitgeberverband gegen diese berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter sträuben, so ist der Austritt aus dieser Körperschaft zu vollziehen.

Halle, den 7. März 1927.

Stadtverordnetenfraktion der KPD.

Genosse Lüttich begründete den Antrag und hob dabei hervor, daß 25 Prozent Lohnerhöhung noch viel zu niedrig seien. Wenn ein Facharbeiter 75 Pfennig Stundenlohn erhält, so geht er mit 37,50 Mark wöchentlich nach Hause; ein ungelernter Arbeiter erhält jedoch noch unter 27 Mark. Dazu kommen die sozialen Abzüge.

Wenn die Forderungen der städtischen Arbeiter nicht bewilligt werden, so werden die Gewerkschaften alles tun, um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Achtstundentag und die Lohnerhöhungen zu erkämpfen.

Nun holt sich Herr Flücht, dem man die Wut über den kommunistischen Antrag deutlich anmerkt, seine Blamage. Er ruft aus, der Antrag käme zu spät. (Zuruf: Ist denn der Tarif schon abgeschlossen worden?) Wir lehnen es grundsätzlich ab, im Stadtparlament Lohnverhandlungen zu führen. Aus grundsätzlichen Erwägungen stimmen wir jedoch dem Antrage zu. (!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0006
DFG

Genosse Höcker weist nun nach, daß oft genug gerade in der Frage des Achtstundentages im Stadtparlament der Versuch gemacht wurde, auf die Verhandlungen einen Druck auszuüben. Und auch Genosse Härtel weist Flücht in seine Schranken zurück.

Er habe mit seiner Redensart den Gewerkschaften den allerschlechtesten Dienst erwiesen. Die Forderung der Kommunisten geht nicht dahin, Lohnverhandlungen im Stadtparlament zu führen, sondern eine Willenskundgebung zu sein,

ein Druck auf den Arbeitgeberverband,

der sich bisher immer als Fessel für die Arbeitnehmer erwiesen habe. **Er ändert den Antrag auf 25 Prozent Lohnerhöhung ab.** Ein hiernach angestellter Verteidigungsversuch von Flücht scheitert nach diesen Ausführungen vollkommen.

Der Antrag wird mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen

*

Damit ist die öffentliche Tagesordnung erledigt. Genosse Günther verlangt jedoch in der Geschäftsordnung, daß auch **die Ueberlassung von Baugelände und Bereitstellung von Mietswohnungen** in öffentlicher Sitzung verhandelt werde, da sich aus einer Notiz im „Klassenkampf" ergibt, daß hier ein bürgerlicher Stadtverordneter sein Mandat benutzt habe, um **Profite** zu erlangen.

Herr Busse weigerte sich, die Oeffentlichkeit herzustellen, da **der Haushaltausschuß die Geheimhaltung beschlossen habe.** Für die Geheimhaltung waren

sämtliche Bürgerliche einschließlich der SPD.

Nach Ansicht des Berichterstatters hat die Verlegung der Provinzialverwaltung nach Halle große Vorteile für die Stadt. Sie verschaffe auch Arbeit für die hallischen Erwerbslosen.

Genosse Illgenstein stellte fest, daß in den letzten Jahren dem Konkurrenzkampf der Städte ungeheure Summen geopfert worden sind, insbesondere im Flugwesen. **Die Verlegung der Provinzialverwaltung wird 10 Millionen Mark kosten.** Das kann im Interesse der Steuerzahler, insbesondere der Gewerbesteuerzahler nicht gutgeheißen werden.

Genosse Kutzschbauch:

An dem Geländeankauf für die Provinzialverwaltung hat Herr Stadtverordneter Schulze das Vermittlergeschäft gemacht, wie der Zeitung zu entnehmen ist. Derselbe hat kein Recht, hier als Stadtverordneter anwesend zu sein.

Stadtv. Schulze (Ordn.-Block) bezeichnet die Notiz im „Klassenkampf" als eine Dreistigkeit. Er habe als Sachverständiger das Gelände dem Magistrat zum Kauf angeboten. Seine Auslagen und Bemühungen lasse er sich als „freier Geschäftsmann" bezahlen. Er bekomme seine Provision vom Besitzer und nicht von der Stadt. Dann schloß er: „Wie kommen Sie überhaupt zu dieser Frechheit?"

Stadtrat Fischer stellt fest, daß die Verhandlungen außerordentlich schwierig waren. Herr Vermessungsdirektor Appel habe sich in seinem Einverständnis mit dem Stadtverordneten Schulze in Verbindung gesetzt. Was den Provisionsanspruch anbelangt, so drohten die Verhandlungen zu scheitern. (!) Nach Bemühungen gelang es, den Provisionsanspruch von der Stadt abzuwälzen.

Genosse Illgenstein weist nunmehr nach, daß die Interessen des Herrn Schulze mit denen der Gemeinde kollidieren. Der Vorsteher hat deshalb die Pflicht, Herrn Schulze zum Verlassen der Sitzung aufzufordern. Herr Busse ersucht, „um Weiterungen zu vermeiden", Herrn Schulze, den Saal zu verlassen.

Schulze verläßt wutschnaubend den Saal.

Genosse Kilian: Wir wollen scharf zum Ausdruck bringen, daß die Politik nicht mit dem persönlichen Geschäft verquickt werden darf. Sie wissen aus der Vergangenheit, daß die Interessen der Besitzer immer eine üble Rolle gespielt haben.

Herr Schulze hat auch bei Verpachtung des Gutes Gimritz eine solche Rolle gespielt, indem er seinen Schwager Winter das beste Land in die Hände spielte.

Mit dem Winterschen Grundstück in Cröllwitz ist es dasselbe. Schulze hat sich unmöglich gemacht. Er müßte sein Mandat niederlegen oder es müßte ihm abgenommen werden.

So ist es endlich einmal gelungen, die Mißbräuche von Stadtverordnetenmandaten zugunsten persönlicher Interessen aufzudecken. Dabei trifft es sich gut, daß gerade der wütendste Gegner jeglicher städtischer Regie erwischt wurde.

Briefkasten

„Heimlicher Leser." Wir erbitten Ihre Namensangabe, da wir Ihr Eingesandt sonst nicht veröffentlichen können. Strengste Diskretion sichern wir selbstverständlich zu.

Sprechchorprobe zur Märzgedenkfeier findet am Donnerstagabend pünktlich 8 Uhr im Vorraum zum großen „Volkspark"-Saal statt. Trotz entsprechender Anweisung hatten die Abteilungen 1, 2, 4 und 5 des RFB. entweder keine oder nur einige Kameraden zur letzten Probe entsandt. Diese machen wir darauf aufmerksam, daß sie unbedingt zur Probe am Donnerstag mindestens soviel Kameraden entsenden müssen, wie von ihnen verlangt worden sind. Die Kommunistische Jugend und Partei müssen sich auch viel reger daran beteiligen.

Volkspark. Die für heute abend im „Volkspark" angesetzte Funktionärversammlung findet Umstände halber erst nächsten Dienstag statt.

Geflügeldiebstahl. In der Nacht zum 5. März sind in Cröllwitz durch Einbruch 30 Hühner und 2 Hähne gestohlen. Die Täter haben den Tieren am Tatorte die Köpfe abgeschnitten. Wahrscheinlich wollten die Täter nach dem „geflügelten" Worte Heinrich IV. handeln, daß jedermann sein Huhn im Topfe haben soll.

Schwerer Einbruch. Als die Angestellten der Firma S. Weiß (Herrenkleidung) am Montagmorgen das Geschäft betraten, machten sie die unangenehme Wahrnehmung, daß nachts Einbrecher über die Dächer in das Geschäftshaus eingedrungen waren und für ungefähr 1000 Mark Ware, meist Mäntel und Anzüge, gestohlen hatten.

Der Arbeiter-Radio-Klub macht seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Apparate zur Ausstellung am Freitag, dem 11. März, im „Volkspark" oder in der Geschäftsstelle abgeliefert werden. Es muß sich jedes Mitglied zur Pflicht machen, an der Ausstellung beteiligt zu sein.

Werktätige Frauen, Arbeiterinnen, Angestellte und Hausfrauen!

„Kriegsgefahr, Bürgerblock, kapitalistische Ausbeutung. Was müssen die werktätigen Frauen davon wissen?"

Große öffentliche Versammlung

am Mittwoch, dem 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal)

verbunden mit Lichtbilder-Vortrag: **„Mutter und Kind".**

Referentin: **Genossin Marie Wiedmeyer, Berlin.**

Werktätige Frauen, Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

KPD. RFMB. JAH. Intern. Bund. KJVD.

7. Sinfonie-Konzert im Stadttheater

Das 7. Konzert des Stadttheater-Orchesters brachte ausschließlich Stücke von Waltershausen. Der Komponist dirigierte selber. Das erste Stück des Programms — Krippenmusik, für Kammerorchester und obligates Cembalo gesetzt — konnte ich nicht hören. Aber die übrigen Darbietungen gestatten durchaus ein Urteil. Waltershausen, der in München als Professor an der Musikakademie wirkt, gehört zur Schule der sog. Neo-Romantiker. Sie behalten die klassische Form bei, suchen aber nach neuen Ausdrucksmitteln für den Inhalt, der eine Mischung von Naivität, frommem Kinderglauben und Zufriedenheit mit dem Gegebenen bleibt. Wenn man einen Vergleich mit der Malerei ziehen will, fällt der Ausgangspunkt der Neo-Romantik mit dem Impressionismus zusammen. Typisch ist das Vorherrschen zarter Tonfärbung, fast ausschließliche Verwendung von Streichern und Holz, dazu kommt sehr oft Harfe- und Glockenspiel. Den Charakter der Tondichtungen von Waltershausen kennzeichnen gut die drei „weltgeistlichen" Lieder, die Margarete Henne-Franke (Dresden) mit Betonung des Weltlichen in scharfem Zufassen und kräftiger Tongebung sang. Interessant waren aus der zweiten Folge die moderner gefaßten Lieder nach Ricarda Huch und Hebbel. Jenes „Aus dem 30jährigen Krieg" sehr bildhaft durch Rhythmus und Orchesterhintergrund dieses — „Geigende Zigeuner" — voll rassiger Leidenschaft. Es mußte wiederholt werden. Den Beschluß des Programms bildete die Sinfonie „Hero und Leander", ein weitausschweifendes Gemälde, das Natur- und Seelenstimmung wiedergeben will. Hier kommt der Komponist mit den zarten Farben seiner Palette nicht mehr aus; gegen zarte Sologeigen setzt er starke Bläserstellen, womit auch die eintönig wirkende Breite tonaler Gleichmäßigkeit in Zwischentönen und Disharmonien erfreulich durchbrochen wird. In diesem Stück, wo W. den Versuch einer Ausweitung seines meist rückwärtsgewendeten Wegs macht, lehnt ihn das Publikum ab. Denn der Beifall war am Schlusse der Sinfonie, die vom Orchester ganz hervorragend virtuos gespielt wurde, nur schwach.

—n.

Weitverbreitet ist der Neid,

nur ganz selten trifft man auf einen Menschen, der ganz neidlos ist und dem das Glück des Nächsten nicht gleich die Galle aufwühlt. Aber jeder ist aufs eifrigste bemüht, diese häßliche Untugend zu verstecken und sie sich nicht anmerken zu lassen. Das fortwährend notwendige Unterdrücken des Neides aber macht krank, unglücklich und hemmt die Blutzirkulation. Gegen dieses immer mehr um sich greifende Laster des Neides gibt es kein besseres Heilmittel als den Genuß von

Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 ₰

Warum ist das so? Neid ist eigentlich Ausdruck eines Minderwertigkeitsgefühls. Greiling-Schwarz-Weiß aber mit ihrem üppigen Aroma und ihrer lieblichen Milde beseitigt dieses und macht den Raucher selbstbewußt und selbstsicher. Diese beglückende Marke mildert die Abneigung gegen den scheinbar Weitergekommenen und fördert das Taktgefühl. Jeder Raucher von Greiling-Schwarz-Weiß findet sich, ob er Neidgefühle hat oder nicht, schon nach kurzer Zeit des Genusses in einen zufriedenen Menschen umgewandelt.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Hirsch-Dunckerscher „Gewerkschaftsführer" als Denunziant!

Nachklänge zum Kampf in der Weißenfelser Schuhindustrie

Aus Weißenfels wird uns geschrieben: In Nr. 1 und 3 des „Lederarbeiter", der Gewerkschaftszeitung Hirsch-Dunckerscher Couleur, läßt der Vorsitzende Sturm, Berlin, einige von Lügen und gemeinen Beschimpfungen gegen die Leitung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Weißenfels, oder einige Mitglieder derselben, strotzende Artikel los. Der erste wurde von der hiesigen bürgerlichen Presse mit wahrem Wohlbehagen abgedruckt und glossiert. Wir hatten es aus Reinlichkeitsgründen bisher unterlassen, uns dazu zu äußern. Da diese Schmierereien, eine offensichtliche Denunziation an die Adresse der Firma Mendelsohn, Weißenfels, jetzt jedoch die Entlassung unseres Beiratsmitgliedes bewirkten, soll hier an Hand von unwiderlegbaren Tatsachen die traurige Rolle dieses gelben Sturm der Weißenfelser Schuharbeiterschaft vor Augen geführt werden.

Am 28. Oktober reichten die Arbeiter durch den Zentralverband Lohnforderungen ein. Am 16. November wurden diese von den Arbeitgeberverbänden ohne Verhandlung abgelehnt. Darauf fand am 22. November eine Beiratssitzung der am Tarifvertrage beteiligten Arbeitnehmerverbände, Zentralverband, Christliche Lederarbeiter und Hirsch-Dunckersche Lederarbeiter, statt. In dieser Sitzung wurde einmütig, also auch mit der Stimme Sturms beschlossen, das Vorgehen der Unternehmer nicht stillschweigend hinzunehmen. Es wurde ferner mit Sturms Stimme beschlossen, das RAM. nicht anzurufen und die Arbeitgeber durch Kampf zu Verhandlungen oder Bewilligungen von Lohnerhöhungen zu zwingen.

In Nr. 3 des „Lederarbeiter" behauptet Sturm, die Leitung des Gewerkvereins sei vom Zentralverband oder nach Sturmschem Jargon von den „jugendlichen Brandstiftern" vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Wie war es in Wirklichkeit? Nach der Beiratssitzung vom 22. November wurde zum 25. November eine Funktionärsitzung einberufen. Zu dieser Versammlung wurde auch offiziell der Gewerkverein eingeladen, der auch erschien. Es war eine ganze Anzahl von bekannten Funktionären des Gewerkvereins anwesend, und wir können jederzeit mit den Namen derselben dienen, wenn Sturm nochmals den Versuch der Auftischung seiner Lügen machen sollte. Alle hörten den Bericht von der Beiratssitzung mit an, ohne zu erklären, daß er falsch sei. Nach dem Bericht wurden die zu treffenden Maßnahmen gemeinsam beraten und ausdrücklich die HD.-Funktionäre um ihre Meinung ersucht, worauf von diesen das volle Einverständnis erklärt wurde.

Wie war es mit den Betriebsversammlungen, wo in geheimer Abstimmung der Streik beschlossen wurde? Bis auf eine waren die Vertreter des Gewerkvereins in jeder Versammlung anwesend, und Beilicke sowohl wie Koch und andere echoten den Belegschaften stets vor: „Ich schließe mich vollinhaltlich den Ausführungen des Vertreters vom Zentralverband an." Beilicke, der heute den Mund nicht weit genug aufreißen kann über den politischen Charakter des Kampfes, konnte in den Versammlungen den Gewerkverein nicht laut genug als Kampforganisation anpreisen. Auch in den Betrieben, die ausgesperrt wurden, fanden Informationsversammlungen statt, und stets waren die Töne der anwesenden Gewerkvereinsvertreter dieselben. Nicht in einer einzigen dieser Versammlungen ist einer aufgestanden und hat erklärt: Sturm hat uns anders berichtet, der Kampf ist politische Mache. Auch in den öffentlichen Versammlungen, in denen stets 1500 bis 2000 Personen anwesend waren, wo die Herrschaften also die Möglichkeit hatten, vor der breitesten Oeffentlichkeit zu erklären, daß das den Arbeitern von den Vertretern des Zentralverbandes Vorgetragene Lüge sei, waren stolz darauf mit am Vorstandstische glänzen zu können. In der Zentralstreikleitung war der Gewerkverein mit drei Mitgliedern vertreten, und alle Maßnahmen wurden dort gemeinsam beraten und einmütig durchgeführt.

Anders sollte es erst werden, als Sturm am 27. Dezember, wie ein Dieb in der Nacht, nach Weißenfels geschlichen kam und mit einer Handvoll seiner Getreuen hinter verschlossenen Türen einen Plan zur Zerschlagung der einheitlichen Kampffront durchzuführen versuchte. Erst auf den energischen Protest ehrlicher Gewerkvereinsarbeiter fühlte man sich bewogen, eine Versammlung nach Schumanns Garten einzuberufen, die erst knapp eine Stunde vor Stattfinden bekannt wurde und deshalb an Besuch und die Zusammensetzung nicht den Verhältnissen entsprach. Nachdem Sturm eine zeitlang darüber gefaselt hatte, daß im Beirat beschlossen worden sei „spartenweise", und nicht, wie in Weißenfels, „betriebsweise" anzugreifen, brachte er eine Entschließung ein, in welcher es hieß:

„Weil nicht auf der ganzen Linie zu gleicher Zeit angegriffen wurde, ist der Kampf aussichtslos, und die Verantwortung für die Teilaktionen wie in Weißenfels, fällt auf die Veranlasser zurück."

Obwohl von den etwa 200 Besuchern drei Viertel Gewerkvereinler waren, wurde die Entschließung gegen etwa zehn Stimmen der getreuen Sturmschen Schildknappen am Vorstandstische abgelehnt. Das war eine schallende Ohrfeige für Sturm. Seine Mitglieder erkannten, welche Verräterrolle dieser Held spielte.

Diese Rolle ist in jedem Kampfe in der Weißenfelser Schuhindustrie in Erscheinung getreten, und stets zu dem Zeitpunkt, wo die Kampfsituation für die Arbeiter am günstigsten stand. Ein klassisches Beispiel dafür bietet der große Kampf der Weißenfelser Schuhmacher im Jahre 1905. Auch dieser Kampf wurde gemeinschaftlich zwischen den beiden Organisationen eingeleitet und eine Reihe von Wochen gemeinsam geführt, bis zu dem Augenblick, wo die größte Aussicht bestand, das Ziel des damaligen Kampfes, einen Tarifvertrag, zu erreichen. Da setzte von Sturms Kompagnon, Winter, der Verrat ein. Wir könnten aus der Denkschrift des Kollegen Weise den ganzen damaligen Verrat aufzeigen, wollen aber heute nur darauf verweisen, daß Winter um den Kampf im günstigsten Moment zum Erliegen zu bringen, einfach das Geld zur Streikunterstützung verweigerte, mit dem Hinweis, die Arbeiter sollten Ziegel vom Dache des HD.-Verwaltungsgebäudes fressen.

Diese wenigen Hinweise, die jederzeit beliebig ergänzt werden können, mögen den Weißenfelser Schuharbeitern zeigen, daß die Rolle, die Sturm im letzten Kampfe hierorts, und durch seine Schmierereien nach dem Kampfe gespielt hat, bei diesen Leuten Tradition ist. Sturm und Kumpaner werden jeden Kampf der Weißenfelser Schuharbeiter verraten.

Nun noch einige Worte zu den persönlichen und politischen Beschimpfungen Sturms. Er schreibt, daß er schon gewerkschaftliche Kämpfe geführt habe, als die „jugendlichen Kommunisten" noch in in den Windeln lagen. Damit sagt er nur, daß er schon fast vierzig Jahre die Arbeiter verraten und verkauft hat, wie das mit Dutzenden von Beispielen bewiesen werden kann.

Bei früheren Kämpfen graulten Sturm und seine Kumpäner den Spießer mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokraten die Treiber und die Hetzer zu diesen Kämpfen seien. Da heute der Hinweis auf die Sozialdemokraten den Spießer nicht mehr schreckt, müssen die Kommunisten herhalten. Doch auch dies dürfte sich allmählich als ein Trugschluß erweisen, denn gerade durch Sturms Hetze ist das Vertrauen zu den „jugendlichen Brandstiftern" gewaltig gewachsen.

Es soll dafür Sorge getragen werden, daß sich das wachsende Vertrauen mehr und mehr organisatorisch auswirkt. Ueberall, wo sich Gelegenheit bietet, werden wir den HD.-Schuharbeitern die Rolle ihres Häuptlings so aufzeichnen, wie sie ist. Auch von dieser Stelle rufen wir den HD.-Arbeitern zu: **Lest und überdenkt das Gegebene in Verbindund dessen, was sich während des Kampfes abspielte.** Denkt daran, daß Sturm seine Artikel nur deshalb schrieb, um einen Kollegen, welcher sich uneigennützig in den Dienst der Gesamtkollegenschaft gestellt hat, aus dem Betriebe hinauszudenunzieren. Ihr kennt doch alle das bekannte Sprichwort über einen Denunzianten! Zieht aus alledem die einzig richtige Lehre: **Hinein in den Zentralverband der Schuhmacher!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0007

B. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

Ammendorf

Gustav Godehardt
Hüte / Mützen
Herrenartikel / Berufskleidung
33754

Schuhwaren
in größter Auswahl, zu billigsten Preisen
Wilhelm Wünscher, Schuhmachermstr.
33752

Arbeiter, kauft bei Probsthayn
dort kauft man billig und gut
33762

Rind- u. Schweineschlächterei
ff. Wurst- u. Fleischwaren
Franz Vogel
Regensburger Str. 27
33750

Kurt Heclau
Berliner Str. 29
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33757

Otto Rau
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Stand auf dem Wochenmarkte
in Halle a. S.
33763

Julius Engel
Berliner Straße
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
33756

A. Steinbach, Haus- u. Küchengeräte
33758

Alfred Herrmann
Uhren, Gold- u. Silberwaren
33747

Bäckerei Konditorei
Alfred Krause
33753

Zentral-Molkerei
Milch, Butter
Käse
33749

Bäckerei
tägl. frisches Landbrot u. Weißgebäck
Paul Henze
Berliner Str. 55
33751

Emil Krause
Friedenstr. 2
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
33748

Adolf Knappe
Regensburger Str. 22
Kolonialwaren und Spirituosen
33754

Zigarren — Zigaretten — Tabake
Albert Rothe, Regensburger Str. 32
33753

Rind- u. Schweineschlächterei Wilh. Bauermann
Hallische Str. 74 :: **Prima Wurstwaren**
33735

Merseburg

Nach 20 Jahren bekommst Du
5000 für 3 Mk. oder 1750 für 1 Mk.
wöchentliche Spareinlage, **darum spare auch Du bei der**
Kreissparkasse Merseburg
33722

Werbt
für den
Klassenkampf

Albert Köhler, Drillmaschinenfabrik Gotthardtstr. 33
Drillmaschinen, alle Art, eisern, Holzräder, Heizplatten, Kochplatten, Ersatzmaschinenteile, Eimer, Aluminium, Blech- u. Drahtwaren, usw. Bade- u. Eisenbadewannen.
33728

Bäckerei William Jacobsen, Neumarkt 21
33788

Hüte — Mützen
Herrenartikel
:: Bademützen ::
Karl Mittenzwei
Hauptstraße 7
33761

Gottschalk
Neumarkt bei Merseburg
Kolonialwaren u. Haushaltungsartikel
33781

Fahrräder, Schreibe
Schmale Straße 21
Telephon 298
Nähmaschinen jeder Art
33749

Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten
Tabake
M. Schelle
Windberg 6
33748

Bäckerei Ernst Preußer, Neumarkt 47
33730

Delitzsch

Restaurant „Lindenhof" Besitzer: Paul Lucholla
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Saal für Versammlungen u. Veranstaltungen
33704

Rind- und Schweineschlächterei
Willy Heinig, Breite Str. 16
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33703

Georg Zacharias Markt 15
Kolonialwaren, Konserven, Rauch-, Filmwaren,
:: Kakao, Tee, Gewürze, Kartoffelhandlung ::
33705

Curt Vogel Hallesche Str. 24
Neue Bezugsquelle für Schuhwaren
Reparaturen schnell und preiswert
33701

Schuhwarenhaus
Friedrich Beyer, Hallesche Str. 18
— Alleinverkauf der Mercedes-Schuhe —
Große Auswahl — Billige Preise
33702

Naumburg

Herm. Thurm, Kleine Wenzelgasse 5, Telephon 580
Ia. Fleisch- u. Wurstwaren. Schlachtpferde werden jederzeit gekauft
33744

Schuhhaus Hermsdorf
Billigste Bezugsquelle
Reparaturwerkstatt
Engelgasse 17 — Engelgasse 17
33746

Eldomo Sprechmaschinen-Werk
Breusmann & Just, Salzstr. 7
Eigene Fabrikation von Musikapparaten
Riesenlager in Schallplatten
— Bequeme Teilzahlung —
33750

Luise Albrecht
Gr. Wenzelstraße 3
Manufaktur-, Kurz- u. Wollwaren
33763

Weingarten-Drogerie
Rudolf Heyne
Weingartenstr. 28
33744

Nähmaschinen ∴ Fahrräder
Sprechapparate
Reparaturwerkstatt
Hugo Sieber Große Salzstr. 32
33745

Goldener Hahn, Roonplatz 1
Verkehrslokal
der organisierten Arbeiterschaft
33761

Max Gollenberg, Herrenstr. 1
Herren- u. Knaben-Garderobe
33760

G. Wersemann Uhren, Topfmarkt 5
33762

Trinkt nur Hennenbiere
33745

Bitterfeld

Paul Birkner, Nordstr. 1, Tel. 2659
Holz- und Spielwaren
Handwagen
Reparaturen
und
Ersatzräder
33660

Wäscherei Edelweiß
A. Hagemann
Annahmestellen: Hallesche Str. 9
∴ Fabrik: Wolfener Str. 4 ∴
33658

Roßschlächterei Gustav Pülchel
täglich frische Fleisch- u. Wurstwaren
33692

Günstiges
Kauf-Angebot
Stoff-Nähmaschinen — Sprechmaschinen
Puppenwagen — Kinderschlitten — Schaukelpferde — Dampfmaschinen — Modelle
Motore u. Dynamos — Stabilbaukasten
Elektrische Kronen • Weinger • Radio • Teile
Zweirad-Fahrrad-Industrie
Max Schneider
Hallesche Str. 27 — Tel. 2381
33679

Otto Lieder, Roßschlächterei
prima Fleisch- und alle Sorten
Wurstwaren, sowie tägl. Warme
33690

Spart bei der
Konsum- u. Spar-Genossenschaft
Bitterfeld
33677

Otto Schönfeld
Wiesenstr. 7
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
33689

Brot- und Feinbäckerei
Hans Wiedemann
Röhrenstr. 31
33690

C. Stessens
Weinbergstr. 5
jede Woche zweimal frische Wurst
33691

Kauft nur **Lippinghäuser-** Margarine
Fabriklager: Bitterfeld, Bismarckstr. 17
33681

Marth
Neumann
Dessauer Str. 49
Kolonialwaren
ff. hausschlacht. Wurstwaren
33675

Jeden Mittwoch:
Schlachtefest
ff. Wurstwaren
in bekannter Güte
G. Stäubert
Dessauer Str. 30
33671

Kurt Steche, Wittenberg
Jüdenstraße 13
Dampfbäckerei und Konditorei
33673

Reinhold Kresse
Baustraße 1
Fleisch- und Wurstwaren
33686

Hohenmölsen

Albert Simon
empfiehlt
Polstermöbel u.
Lederwaren
33803

A. Lehmann
Lederwaren, Haus- u. Küchengeräte
Glas und Porzellan
33794

Schuhhaus F. Michaelis Sonnabends geschlossen
33795

Paul Glöckner
Hüte, Mützen
und
Herren-Artikel
33808

Liköre, Spirituosen und Kolonialwaren
billigst bei
G. Boost & R. Albrecht, Begauer Straße 19
33807

Max Müller
Herren- u. Damen-Friseur
33792

Rupsch Restaurant
Angenehmer Aufenthalt
33786

Kleine Markthalle Inh.: Paul Schäffner
Billigste Bezugsquelle f. Lebensmittel
33787

Bei
Walter Groß
kaufen Sie
Kognak, Zigarren
u. sämtl.
Lebensmittel
am billigsten
33798

Kaufhaus Hirschberg
Billigste Bezugsquelle
für
Schnittwaren und Konfektion
33795

Konditorei Billhardt
täglich frisches Gebäck und Kuchen
33758

Emil Loth
Installation
Beleuchtung
Motore : Fahrräder
33784

Tischlermeister Otto Kemnitz & Söhne
Möbel aller Art Hohenmölsen Billige Preise
∴ Angenehme Zahlungsbedingungen ∴
33801

Albert Franz
Lindenstr. 25
Schweineschlächterei
33809

Nähmaschinen- u. Fahrradhandlung
Paul Donner, Badergasse 14
Reparaturwerkstatt — Schleiferei
33796

Otto Fuhrmann
Eisenwaren
Haushaltungswaren
33802

Gebrüder Günther
Rind- und Schweineschlächterei
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33789

Karl Lorenz
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33790

Albin Krosse
Billigste
Bezugsquelle
für
Lebensmittel
33785

Restaurant zur frischen Quelle
Verkehrslokal der organ. Arbeiter
Lützener Str. 32 ∴ **Reinhold Lubert**
33791

Max Schnurr
Uhren
Goldwaren
und Optik
Reparaturwerkstatt
33792

Zigarren — Zigaretten — Tabake
empfiehlt billigst
Gablers Zigarrenhaus
33781

Theod. Kahnt, Zetzsch b. Hohenmölsen
:: Lebensmittel, Textil-, Weiß- u. Kurzwaren ::
33797

Merseburg

Bernhard Reiche, Merseburg
Erstklassiges Spezialgeschäft für
Seiden-, Kleider- u. Herrenstoffe, Gardinen
Wäsche, Leinen- u. Baumwollwaren, Bettfedern
33726

Wollwaren, Herren- u. Damenwäsche, Strümpfe
aller Art **Linda Peters**, Unterstraße 4
33742

Konsum- und Spargenossenschaft
für Merseburg und Umgegend
Zentrallager ∴ Fleischerei
Bäckerei
22 Verteilungsstellen
33718

Kredithaus
W. Ferg G. m. b. H. **Adolf Apelt**
Herren- u. Damen-Konfektion
Wäsche usw.
Weißenfelser Str. 11
33719

Lichtspielpalast Sonne
:: Erstes Theater am Platze ::
Zur Aufführung gelangen die
neuesten Groß-Filme
Union-Theater
Theater der Sensations- und modernen Spielfilme
Programmwechsel Dienstags u. Freitags
33727

Schuhwaren kaufen Sie preiswert und gut im
Schuhhaus Moritz Gebhardt, Roßmarkt 5
33721

Lebensmittel, Rauchwaren, Spirituosen
O. Fraxdorf Neumarkt 6 Fernruf 1048
33756

Möbeltransport, Lagerung, Zuweisen
Hallore-Briketts in jedem Quantum
frei Gelaß, sofort lieferbar
Paul Naumann, Hirtenstraße 11
33725

Rudolf Hesse
Sand 3
Kolonial- und Wurstwaren
33720

Bäckerei
Oskar Bohardt
Lauchstädter 1
33739

Carl Baum
Kl. Ritterstraße 14
Solinger Stahlwaren
Reinschleiferei für Messer u. Scheren
33734

Robert Müller
Neumarkt 23
33729

Zigarren
Zigaretten
Tabake
Otto Kirchner
Neumarktstor 2
33740

Metallbetten
Kinder- u. Puppenwag.
Seifenkisten usw.
Küchengeräte und
Eisenwaren
Emil Puracho
Neumarkt 14
33737

Teuchern

Otto Hinniger Rind- u. Schweineschlächterei Schützenstr. 4
33770

Bernhard Ackermann
Brot u. Weißwaren
33768

Franz Fischer Zigarren Zigaretten
33771

Schuhhaus Eduard Zesche Zeitzer Straße 9
33767

Nähmaschinen
Fahrräder :: Reparaturen
Bequeme Teilzahlung
Felix Junghans
33775

Kurt Frohn Bahnstr. 17
:: ff. Fleisch- und Wurstwaren ::
33777

Arbeiter!
Besucht den „Grünen Baum"
33769

Reserviert

Paul Richter
Bäckerei
Materialwaren
Zeitzer Str. 33
33768

Reinhold Klee Schützenstr. 13
:: Bäckerei und Materialwaren ::
33776

Adler-Drogerie
Otto Zimmermann
∴ Oberstr. 5 ∴
33773

Richard Schiele
Bahnstr. 9
Delikatessen
und
Lebensmittel
33778

L. Just, Oberstr. 6
Billigste Bezugsquelle
in Manufaktur-, Weiß-, Kurz- u. Wollwaren
33774

Otto Köhler Oberstr. 1
Polster- und Lederwaren
sowie sämtliche Möbel
33772

Hohenmölsen

Arbeiter! Besucht das
Lichtspielhaus am Schützenplatz
33800

M. Peundorf, Zeitzer Straße 7
Lebensmittel, ff. hausschlachtene Wurst
33810

Karl Ritzer
Galanterie, Weiß-, Woll- und
Spielwaren
33806

Oswald Brösdorf
billigste Bezugsquelle für
Arbeiter-Berufskleidung
33808

Etablissement „Preußischer Hof"
Angenehmer Aufenthalt
Gute Bewirtschaftung ::
Jeden Freitag Kino
33702

Wilhelm Beyer
Klempnerei u. Haushaltungswaren
33793

Hermann Böttger, Hohenmölsen
Arbeiter-Bekleidungshaus
33790

Hausschlachtene
Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Röhrborn & Co. ff. Aufschnitt und Warme
33804

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Der Arbeiterverkehr nach den Leunawerken

Fast 30 000 Proleten in den Leunawerken

Die Reichsbahndirektion Halle der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Die im Herbst 1926 begonnenen umfangreichen Erweiterungsbauten auf den Leunawerken erforderten eine dauernde Verstärkung der Belegschaft, ganz besonders aber eine außerordentliche Vermehrung der vorübergehend bei den Werken und den Baufirmen beschäftigten Bauarbeiter.

Vor dem Beginn der Erweiterungsbauten waren 2500 Angestellte, 9700 Betriebsarbeiter und 1800 Bauarbeiter, zusammen also 14 000 Personen auf den Leunawerken tätig. Da nur etwa 1000 Werkswohnungen vorhanden waren, mußten die Arbeitskräfte zum größten Teil aus den entfernteren Orten mit Zügen der Reichsbahn herbeigeschafft werden. Allein auf der Strecke Halle—Naumburg waren täglich 28 Züge erforderlich, um etwa 10 000 Personen zu vier Arbeitsschichten hin und zurück zu befördern.

Die Belegschaft der Leunawerke hat jetzt den Höhepunkt erreicht und beträgt 2700 Angestellte, 14 000 Betriebsarbeiter und 12 500 Bauarbeiter, zusammen 29 200 Personen.

Die Arbeiter sind im laufenden Betriebe und zum Teil auch bei den Bauarbeiten in drei achtstündigen Wechselschichten (volle Arbeitsstunden, ohne Wege, Fahrten, Pausen! D. R.), die sich um 6 Uhr früh, 2 Uhr mittags und 10 Uhr abends ablösen, beschäftigt. Die Haupttageschicht der Werke, welche am stärksten besetzt ist, dauert einschl. einer Mittagspause von 45 Minuten von 7.45 Uhr vormittags bis 5.30 Uhr nachmittags. Von den 14 000 Betriebsarbeitern arbeiten je 2650 in der Früh- und Spätschicht, 1400 in der Nachtschicht und 7300 in der Haupttagesschicht. Die Bauarbeiter sind zu 80 v. H. in der Haupttagesschicht beschäftigt, während die übrigen 20 v. H. sich auf die Wechselschichten verteilen.

Die Zahl der von der Reichsbahn nach den Werken beförderten Personen ist von 11 000 im September auf 13 000 im Oktober, 16 000 im November 1926 und jetzt auf über 20 000 gestiegen. Aus Richtung Halle kommen mit je zwei Zügen zur Früh- und Spätschicht 1800 und zur Nachtschicht 1200, mit sechs Zügen zur Haupttagesschicht einschließlich der Angestellten 6400, insgesamt 12 Zügen 11 200 Personen in Leuna an. Die Richtung Weißenfels—Leuna ist mit je einem Zuge bei der Früh- und Spätschicht mit 900, bei der Nachtschicht mit 700 und bei der Haupttagesschicht mit fünf Zügen und 6300 Personen, zusammen mit acht Zügen, die 8000 Personen befördern, beteiligt. Zu der Haupttagesschicht werden die Arbeiter von den Anschlußstrecken an die Hauptstrecke Halle-Weißenfels herangebracht und von dort abgeholt, und zwar aus Richtung Eisleben, Könnern, Köthen, Delitzsch und Schkeuditz nach Halle, Schafstädt nach Merseburg, Lützen und Hohenmölsen nach Corbetha, Zeitz nach Weißenfels, Teuchern und Laucha nach Naumburg. Auf den Strecken Leipzig—Corbetha, Eisleben—Halle, Könnern—Halle und Zeitz—Weißenfels verkehren aber außerdem noch weitere Anschlußzüge, welche es den Arbeitern ermöglichen, auch in allen drei Wechselschichten zu arbeiten.

Für die Beförderung werden, soweit verfügbar, Einheitswagen 4. Klasse mit 66 Sitzplätzen verwendet. Bei einer mit Rücksicht auf die Bahnsteige höchst zulässigen Zugstärke von 20 Personenwagen können mit einem solchen Zuge 1320 Personen sitzend befördert werden. Wenn sich die Arbeiter auf alle Züge gleichmäßig verteilen, ist allen genügend Platz geboten (das glaubt der Bahn niemand! D. R.). Bei Aufeinanderfolge von fünf Zügen fährt aber der letzte Zug etwa eine halbe Stunde später als der erste Zug. Es ist daher erklärlich, daß die Arbeiter, um an Zeit zu sparen, möglichst die günstig gelegenen Züge benutzen und diese dann überfüllen, während in den übrigen Zügen Sitzplätze freibleiben.

Die Regelung des Arbeiterverkehrs durch Verschiebung der Arbeitszeiten ist mit dem Betriebe der Werke und der Baufirmen nicht gut vereinbar, scheitert auch daran, daß die Arbeiter, die auf die Anschlußstrecken übergehen müssen, auf den Anschlußbahnhöfen bis zur Abfahrt der Anschlußzüge längere Zeit warten müssen. Die Reichsbahn versucht zwar dadurch, daß sie die Züge nicht auf allen Stationen halten läßt, den Verkehr auf die Züge zu verteilen, sie muß aber in ihren Bemühungen, den Verkehr ordnungsmäßig zu bedienen, von den Arbeitern unterstützt werden.

Die Leunawerke haben ferner durch die Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen A.-G. Autolinien einrichten lassen, und zwar auf fünf Strecken, die von den Eisenbahnen nicht berührt werden oder die zwar Bahnverbindung haben, auf denen aber der Verkehr zu den Wechselschichten so gering sein würde, daß die Einlegung eines Dampfzuges an Stelle eines höchstens 60 Plätze fassenden Kraftwagens unwirtschaftlich wäre. Mit den Kraftwagen werden täglich etwa 500 Personen nach den Werken befördert.

*

Hierzu weisen wir nur auf die schon oft von uns in langen Artikeln geschilderten Tatsachen hin, auf die wir zur gegebenen Zeit wieder ausführlich zurückkommen.

Parlamentarierbesuch in Mitteldeutschland

Die überaus schnelle Entwicklung des mitteldeutschen Industriebezirkes hat hier auf dem Wohnungsmarkt derart ungesunde Verhältnisse hervorgerufen, wie sie in keiner anderen Gegend Deutschlands vorhanden sind. Dem Besuch des preußischen Innenministers Grzesinski wird Ende dieses Monates eine Studienreise des Wohnungsausschusses des Preußischen Landtages folgen. Unter Leitung des Regierungspräsidenten Grützner und des Regierungs- und Baurates Fisch, in deren Händen bekanntlich die Durchführung der Landesplanung für den mitteldeutschen Industriebezirk liegt, werden die Abgeordneten zunächst das Bitterfelder und anschließend das engere Merseburger Gebiet besichtigen. Am ersten Abend findet im Regierungspräsidium in Merseburg die offizielle Begrüßung statt, am zweiten in Halle ein Bierabend, der den Abgeordneten, den Vertretern der Behörden, der Wirtschaft und der Presse Gelegenheit zu zwanglosem Meinungsaustausch geben soll.

*

Wer sich von diesem „Besuch“ eine Besserung der hiesigen Wohnverhältnisse verspricht, hat immer noch nicht begriffen, daß es dem bürgerlichen Parlamentarismus nicht auf die sogenannten Volksinteressen, sondern nur auf die Interessen ihrer kapitalistischen Arbeitgeber ankommt.

Offizielle Begrüßung, Bierabend mit Behörden, Vertretern der Wirtschaft und den unvermeidlichen Meinungsfabrikanten der bürgerlichen Presse sind die typische Krönung des Besuches. Davon kann man nichts erwarten.

Wir werden ausführlicher darauf zurückkommen.

Solidarität und Reichsbanner

Ein Reichsbannermitglied schreibt uns:

Ich kam am 4. März stellungsuchend nach Merseburg zu einem Kameraden vom „Reichsbanner“, der das Amt des Schriftführers ausübt. Nach der Begrüßung lud er mich ein, am nächsten Abend die Reichsbannerversammlung zu besuchen, wobei er für mich eine Sammlung veranstalten wollte, um mein schweres Los zu erleichtern. Ich folgte seinem Rat. Als ich am nächsten Abend die Versammlung betrat, wurden schon große Reden hinter schwarzrotgoldenen Tischfahnen geschwungen, man lobte sich selbst über den grünen Klee. Nur dem „Reichsbanner“ hätte ein Stresemann seinen Nobelpreis zu verdanken, und noch anderes sinnloses Geschwätz wurde verzapft bis ¾10 Uhr. Einer nach dem anderen ging heim, zuletzt mein Gastgeber und ich mit noch fünf Kameraden.

Im Dunkeln angekommen, erklärte mein Kollege mir, er hätte mich ganz vergessen. Da ich natürlich mittel- und obdachlos war, gab er mir den Rat, auf dem Bahnhof zu schlafen bis 2 Uhr, dann würde dort geschlossen bis 4 Uhr. **Zwei Stunden könnte man mal draußen stehen!** Mit „Frei Heil!“ waren alle verschwunden.

Ich schlug den Weg nach Weißenfels ein, wo ich durch Zufall in eine Truppe „Roter Frontkämpfer“ geriet, die sich nach meinem Los erkundigten und mich mit Speise, Trank und Reisegeld reichlich versahen, **trotzdem es erwerbslose Kollegen waren!** Jetzt rufe ich allen zielbewußten Arbeitern, welche noch im „Reichsbanner“ sind, zu: „Heraus aus dem Reichsbanner, hinein in den Roten Frontkämpferbund. Nur diese Organisation ist eine proletarische, denn sie kennt die praktische Solidarität.“ Meinen Helfern in der Not rufe ich dankbar ein dreifaches „Rot Front“ zu, ich werde mich durch die Tat stets als Kamerad und Mitkämpfer zeigen. W.

Vertreterwahlen im Konsumverein Merseburg

Wie durch Aushang in den einzelnen Verkaufsstellen bekannt ist, findet am Sonnabend, dem 2., und am Sonntag, dem 3. April, im hiesigen Konsumverein die Vertreterwahl statt. Aus der Bekanntmachung geht hervor, daß die ganze Genossenschaft nur einen Wahlbezirk bildet, der sich in Stimmbezirke gliedert. Jeder Stimmbezirk umfaßt eine Verkaufsstelle. Gewählt werden 56 Vertreter.

In den zwei letzten Generalversammlungen, die hier kurz hintereinander stattfanden, insbesondere in der letzten, glaubten die Leute von der SPD. mit einem Viertel der Stimmen die Generalversammlung majorisieren und die Statutenänderung im Sinne der übergroßen Mehrheit verhindern zu können, weil ein paar Stimmen an der erforderlichen Dreiviertelmehrheit fehlten. In der kurz darauf folgenden letzten Generalversammlung haben sie sich eine solche Abfuhr geholt, daß selbst ihre Anhänger nicht wagten, gegen die Aenderung der Statuten zu stimmen.

Die Genossenschaftler haben durch ihre Abstimmung in der letzten Generalversammlung gezeigt, was sie von dieser Sorte Genossenschaftler, die die andere Genossenschaftsliste „Genossenschaftlicher Aufbau“ zu nennen belieben, halten. Wie dieser genossenschaftliche „Aufbau“ praktisch aussieht, das zeigen die einzelnen Umsätze. Wie die Einen sagen, hat das Dienstmädchen Antipathie gegen die Genossenschaften. Da kann man doch von ihnen nicht verlangen, daß man das Dienstmädchen zwingt, in der Genossenschaft einzukaufen oder von der Frau verlangen, daß sie lieber einkaufen geht. Das wäre doch nicht standesgemäß. Der andere behauptet, die Genossenschaft führe nicht die Waren, die jeder zu seiner Lebensweise braucht usw. Solche Leute glauben berufen zu sein, unsere Genossenschaft zu führen!

Genossen, gebt ihnen am 3. April die richtige Antwort.

Mobilmachung zum Krieg

verhindert nur die planmäßige Verbreitung der kommunistischen Presse, die gleichzeitig bedeutet eine

Mobilmachung gegen den Krieg.

Mit Speck fängt man Mäuse

Vor einigen Tagen war in Möckerling Anmeldetag für die schulpflichtigen Kinder. Um die Kinderchen nun zu locken und ihnen vorzutäuschen, als ob die Schule des kapitalistischen Staates nur ihr Bestes wolle, gab man ihnen Pfannkuchen und Milch. Selbstverständlich fordern wir auch, daß den Kindern möglichst gute und ausreichende Nahrung von der Schule gegeben wird. Wenn das alles aber den Anstrich einer vom Frauenverein oder Luischenbund organisierten „Liebeshandlung“ hat, dann müssen wir uns dafür bedanken. In den anderen Klassen bekommen die Kinder jeden zweiten Tag eine Tasse Milch, aber nicht etwa umsonst, sondern sie müssen pro Woche 30 Pfennig dafür bezahlen. Da ein Liter Milch 30 Pfennig kostet, aber drei Tassen kein Liter ausmachen, wird die Milch zu teuer bezahlt. Sie müßte eigentlich billiger sein oder den Kindern ganz umsonst gegeben werden.

Man ist ja allgemein der Meinung, daß die Speisung der neu angemeldeten Kinder nur veranstaltet worden ist aus diesen Ueberschüssen, die man durch den zu teuren Verkauf der Milch gewonnen hat. Unser Pastor ist der Macher des Ganzen. Darum sind bei ihm auch die roten Frontkämpfer nicht gut angeschrieben — wonach sie wirklich kein Verlangen tragen. Es wäre besser, wenn statt des Pfaffen noch ein tüchtiger Lehrer von unserer Gemeinde gehalten würde. Dann könnten die Kinder eine gediegenere Schulbildung erhalten und würden etwas weniger von den religiösen Dingen gelehrt bekommen. Es muß Aufgabe der hiesigen Einwohnerschaft sein, für die Abmeldung der Kinder aus dem Religionsunterricht Sorge zu tragen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft ist verpflichtet, voranzugehen.

Kompolkonferenzen im Unterbezirk Merseburg

Demnächst finden im Unterbezirk Merseburg arbeitsgebietsweise Kompol-Konferenzen statt. Die erste soll Sonnabend, den 12. März, für das Geiseltal und Sonntag, den 13. März, vormittags für die Arbeitsgebiete Lützen, Altranstädt und Dürrenberg abgehalten werden. Zeit und Lokal werden noch bekanntgegeben. Die in Betracht kommenden Kommunalfraktionen wollen sich für diese Konferenzen unbedingt freihalten.

BL. Halle-Merseburg, Kompol-Abteilung.

Merseburg. Achtung! Alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen werden hiermit besonders aufgefordert, in der am Dienstag, dem 8. März, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“ stattfindenden wichtigen Parteiversammlung pünktlich zu erscheinen.

Merseburg. Die Vermessungsarbeiten zur Kanalisierung der Saale von Creypau bis Halle nehmen ihren Fortgang. Das Kanalbauamt in Merseburg ist zurzeit damit beschäftigt, die Lage der kanalisierten Saale, die im Stadtgebiet zur Vermeidung großer Krümmungen das natürliche Bett verlassen wird, festzulegen. Schon kann man sich nach den eingegrabenen Meßstangen ein deutliches Bild von der neuen Linienführung machen. Für die Vermessungsbeamten ist von Trebnitz aus eine besondere Brücke in das Gebiet des der Stadt gehörenden Gutes Werder geschaffen. Hier wird später der Hafen von Merseburg angelegt werden.

Bad Dürrenberg. Neue Solquelle? Vor einigen Wochen stieß das Ammoniakwerk Merseburg bei Bohrversuchen in Spergauer Flur auf eine Soleader, die 26prozentig sein soll.

Teuditz-Tollwitz. Richtigstellung. Vor einiger Zeit erschien ein Artikel wegen dem Kinobesitzer W. Bothin. Nach genaueren Erkundigungen haben wir festgestellt, daß die in der Umgebung zirkulierenden Gerüchte dadurch entstanden sind, daß Herr Bothin gesellschaftlich in Lindenthal geschossen hat beim Kleinkaliberschießverein. Irgendwelche Betätigung beim Stahlhelm kommt daher nicht in Frage. Hoffentlich ist dadurch den umlaufenden falschen Gerüchten der Boden entzogen.

Zöschen. Schlechte Wegverhältnisse herrschen hier. Trotzdem bereits schon vor vielen Jahren gepflastert worden ist, hat sich auf dem Pflaster eine Erdkruste gebildet. Das kommt daher, weil die Straßen nie abgespült worden sind. So kommt es häufig vor, daß die durchfahrenden Radfahrer leicht ausrutschen mit ihren Rädern. Besonders schlecht bestellt ist es mit der Gasse zwischen dem Rittergut und dem Schmidtschen Grundstück. Es ist doch sehr einfach, wenn die Pflastersteine mit Hilfe eines Spritzenschlauches abgespült werden. Abhilfe tut not.

Pachtzinsstundung für Hochwassergeschädigte. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Preußischen Innenministers auf eine Kleine Anfrage der demokratischen Landtagsfraktion entnimmt, ist die Staatsregierung bereit, den durch das Sommerhochwasser 1926 geschädigten Landwirten den von ihnen an die Staatskasse zu entrichtenden Pachtzins nicht nur bis zur endgültigen Durchführung der Hilfsaktion, sondern, soweit dies erforderlich erscheint, auch über diesen Zeitpunkt hinaus, zu stunden. — Das ist natürlich nur eine der Liebesgaben, mit denen die Agrarier dauernd von der Regierung beehrt werden. Für die Werktätigen unter den Hochwassergeschädigten hat man nichts übrig.

Aus dem Saalkreis

Bücherstiftung für den Saalkreis

Vom Kreiswohlfahrtsamt wird uns geschrieben:

Eine Unterstützung von 50 000 Bänden stellt die Gesellschaft für Volksbildung, Berlin NW 40, Lüneburger Straße 21, aus der von ihr verwalteten Rickert-Stiftung unbemittelten Volksbüchereien, die Mitglieder der Gesellschaft sind, unentgeltlich zur Verfügung. Von den gebundenen Büchern ist der Einband zu entschädigen. Die Stiftung besteht seit 1903 und hat bisher 7783 Büchereien mit sehr erheblichen Büchermengen unterstützt. Im Jahre 1926 wurden Bücher im Werte von 31 854,91 Mk. an 642 Büchereien abgegeben. Für wenig bemittelte kleinere Büchereien wird auf diese Weise wirksame Hilfe geschaffen.

Orthopädische Versorgungsstellen

Einer behördlichen Denkschrift entnehmen wir über diese Einrichtungen folgendes:

Unter orthopädischer Versorgung Beschädigter verstehen wir ihre Ausstattung mit Kunstgliedern, Zug- und Stützapparaten, orthopädischem Schuhwerk und anderen Hilfsmitteln, die geeignet sind, ihnen die Folgen der Beschädigung erträglicher zu machen.

Bis zum letzten großen Kriege lag die orthopädische Versorgung der Kriegs- und Friedensinvaliden in der Hand der Bezirkskommandos, die nach Feststellung der Notwendigkeit der Neubeschaffung oder Instandsetzung durch ihre Aerzte und nach Genehmigung durch die Generalkommandos (Sanitätsämter) die Bestellungen ergehen ließen. Das Verfahren war umständlich und langwierig und erforderte oft einen ausgedehnten Schriftwechsel.

Nach Beendigung des Krieges machte sich die Notwendigkeit eines weniger umständlichen und zeitraubenden Verfahrens geltend und am 15. September 1921 traten die orthopädischen Beschaffungsstellen ins Leben, die später in „Orthopädische Versorgungsstellen“ umbenannt wurden. Sie sind als selbständige Dienststellen durch Anlage eigener Akten und eigener Karteiblätter in der Lage, Vorbearbeitung des Antrages, Untersuchung, Genehmigung und Bestellung sofort vorzunehmen, so daß der Beschädigte, der bei der Dienststelle einen berechtigten Antrag stellt, meist gleich mit Bestellschein weggeht.

Im Bereiche des Hauptversorgungsamts Magdeburg bestehen drei orthopädische Versorgungsstellen — Magdeburg, Halle und Erfurt —, deren Bezirke aber zum Teil erheblich über den Bezirk des Hauptversorgungsamtes Magdeburg hinausreichen.

Die orthopädische Versorgungsstelle Halle umfaßt den Bezirk der Versorgungsämter Halle (ohne Kreis Eckartsberga) und Gera und den Kreis Sangerhausen und den Mansfelder Gebirgskreis mit zurzeit 5840 Beschädigten.

Die Diensträume der orthopädischen Versorgungsstelle Halle befinden sich Dessauer Straße 68, in der ehemaligen Maschinengewehr-Kaserne. Sprechstunden sind Montag und Donnerstag.

Passendorf. Die letzte Gemeindevertretersitzung bestand aus 9 Tagesordnungspunkten. Eingangs teilte der Gemeindevorsteher mit, daß für Anschaffung von Spritzenschlauch von der Feuersozietät 75 Mk. eingegangen sind. Für den Genossen Kupfernagel wurde der Genosse Willy Herrmann als Gemeindevertreter eingeführt. In die Rechnungsprüfungskommission wurde der Genosse Albert Hartleb, in die Bau- und Wegekommission der Genosse Otto Herrmann, in die Sportplatzkommission Genosse Bobenhausen und in die Wiesenkommission der Genosse Albin Stäuber von unserer Fraktion gewählt. Es wurde beschlossen, den Steigerturm der Feuerwehr vom Mangoldschen Lokal nach der alten Schule zu verlegen. Auf Antrag der Feuerwehr sollen zwei Handfeuerlöschgeräte angeschafft und je einer an der alten und neuen Schule angebracht werden. Hierbei wurde von unsern Genossen bemängelt, daß der Teich unter der Plantage vom Rittergute immer mehr zugefüllt wird und für die Bergbewohner bei Feuer katastrophale Folgen entstehen können. Der Vorsteher versprach, hier Abhilfe zu schaffen. Ferner wurde beschlossen, dem Gärtnereibesitzer Rockrohr zu verpflichten, für sein Grundstück die Straßenausbaukosten zu übernehmen. Bei der Besprechung zum Ausbau des Straßennetzes durch die Ueberlandzentrale wurde bekanntgegeben, daß in unserm Orte 28 Lampen als Straßenbeleuchtung angebracht werden. Der Genosse Gneist stellte den Antrag, daß der neue Steigertum und das Spritzenhaus auch beleuchtet werden sollten, was dann auch beschlossen wurde. Um die Sportplatzfrage aus der Welt zu schaffen, wurde beschlossen, vom Vaterländischen Arbeiterverein Halle den Sportplatz vom Fußballklub 1910 mit allem Inventar zu kaufen. Die Kosten betragen ungefähr 5000 Mk. Der Arbeiter-Turnverein stellte den Antrag, ihm auf Grund seiner finanziellen Schwierigkeiten die Vergnügungssteuer zu erlassen; diesem wurde nicht stattgegeben, dafür wurde aber beschlossen, den in Frage kommenden Vereinen die Versicherungsprämien für dieses Jahr zu ersetzen. Genosse Hartleb stellte den Antrag, der Ueberlandzentrale anheimzustellen, die Mastenanker zu verlegen, da diese für das Publikum eine große Gefahr bedeuten. Hierbei kam zur Sprache, daß die ausführende Firma das Umbauen des Leitungsnetzes unter Strom bewerkstelligen läßt, wobei leicht ein Unglück hätte passieren können, denn durch einen herabfallenden Draht wurde ein Zughund vom Strom getötet. In unmittelbarer Nähe spielten Kinder. Diese Sache ist zur Anzeige gebracht. Die Firma heißt Brown Boveri & Co. in Leipzig. Auf Antrag unserer Genossen wurde beschlossen, das Amtsblatt des Kreises Merseburg in je einem Exemplar für jede Fraktion zu beschaffen. Zum Schluß stellten unsere Genossen den Antrag, die Schlippe zwischen dem Rittergute und dem Grundstück von Zwanziger dem Verkehr zu übergeben. Die Sitzung war von Zuhörern sehr gut besucht, aber leider fehlten die Arbeiter. Arbeiter von Passendorf, warum bringt Ihr den Sitzungen nicht mehr Verständnis entgegen, ist denn bei uns alles so rosig? Kommt mehr in diese Sitzungen; denn hier ist der Ort, wo Anschauungsunterricht gegeben wird von dem, wie unsere Gegner „fortschrittlich denken“.

Teicha. Lichtbildervortrag des Allgemeinen Konsumvereins. Am Sonnabend, dem 12. März, findet im Lokal von Stichler in Groitsch ein Lichtbildervortrag des Allgemeinen Konsumvereins statt, zu dem alle proletarischen Einwohner von Teicha und Umgegend eingeladen sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0009
DFG

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zur Krankenkassen-Vertreterwahl

in Naumburg

Landbund, Stahlhelm, Luisenbund, Militär- und Kriegervereine, Deutsche Turnvereine, Feuerwehr, Sanitätskolonne, Deutschnationale Volkspartei, die Hitler-Garde, Deutsche Volkspartei und was es sonst noch an nationalen Klubs und sonstigen Gebilden gibt, haben sich zum gemeinsamen Kampf zusammengeschlossen, um die Verwaltung der Ortskrankenkasse der klassenbewußten Arbeiterschaft zu entreißen. Frohlockend verkündet in der letzten Naumburger Stahlhelmzeitung der Rechtsanwalt Löwe seinen getreuen Schäflein die Kunde von dem Zustandekommen der **gemeinsamen nationalen Liste.**

Für die Arbeiterschaft hat es nur Interesse, zu erfahren, welche Helden sich dazu hergegeben haben, um sich gegen die Selbstverwaltung der Kasse mißbrauchen zu lassen, damit sie sich diesen Herrschaften gegenüber einstellen kann. Als Listenführer fungiert der bekannte **Gesundheitsmonteur Emil Kühne,** Nordstraße,“ während die zweite Stelle der **Tischler Max Große,** Breithaupststraße, einnimmt. Große ist der Arbeiterschaft von seiner früheren politischen Betätigung noch in Erinnerung. Er versuchte, sich als SPD.-Genosse zu betätigen, sprang aber, als man ihm auf die Finger klopfte, sofort zum Stahlhelm über, wo er sich schon oft großspurig aufgeführt hat. Daß neben diesem Ehrenmann der **Steuersyndikus Großhoff** vom Landbund als „Macher von der Zunzen“ nicht fehlen darf, ist selbstverständlich. Daß aber der **Friseurmeister Kräske,** Engelgasse, der einen ganz erheblichen Teil Arbeiter zu seiner Kundschaft zählt, es unternimmt, gegen die Arbeiterschaft zu kandidieren, ist eine Tatsache, die von seiten der Arbeiterschaft ernstlich beachtet werden muß. Der alte Papa **Trauzettel,** früher „Königlich preußischer Landratskutscher“ und jetzt wohlbestallter Landbundhausmann, hat sicher soviel selbständige Denkfähigkeit, daß er würdig an die Seite von **Weneits Anna** gestellt werden kann, die ebenfalls die Liste ziert. Als leidhaftiger Arbeiter ziert der Zinngießer **Artur Böttner,** Große Wenzelstraße 7, aus der Gerlachschen Hakenkreuzbude, wo sämtliche achtzig Arbeiter und Arbeiterinnen „Flüchtlinge der Gewerkschaften“ sind, dafür aber fast ohne Ausnahme treue Hakenkreuz- und Stahlhelm-Schäflein vorstellen, die für einen Stundenlohn für männliche Arbeiter von 45 bis 65 Pf. dafür Sorge tragen, daß ihr Herr und Chef das bittere Los eines Unternehmers sorgenlos ertragen kann. Als achten im Bunde hat man den Kellner **Walter Heinemann,** Mühlgasse, gefunden, der im Café „Furchi“ beschäftigt ist, wo die alten Tanten von dem Luisenbund ihren Mokka schlürfen und die „Großen“ vom Stahlhelm im Geiste der alten Germanen hausen. Mit Hilfe und unter dem **Druck** der Trinkgelder soll diese Kandidatur zustande gekommen sein, denn die Kellner haben ein an sie gerichtetes Ansuchen, sich an der Mischmaschliste zu beteiligen, abgelehnt. Die kleinen Handwerker sind dann noch durch den „Tischlermeister“ Friedrich **Benrich,** Weingarten, und die „Gelben“ durch die Bezirkssekretärin Hedwig **Loebell** vertreten. Der früher freigewerkschaftlich organisierte Zimmermann Rudolf **Heinrich,** Jägerstraße 38, im Zimmergeschäft Menzel tätig, vereinbart, es auch mit seiner Ehre, als Handlanger der Reaktion zu dienen, während als „Leuchte“ vom Ganzen der Laternenanzünder Otto **Böller,** Windmühlenstr. 9, den vaterländischen Wunschzettel beschließt.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird durch ein geschlossenes Eintreten für die freigewerkschaftliche Einheitsliste den nationalen Mischmasch zurückschlagen. Dazu gehört, daß jeder Arbeiter auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen und jeder Indifferente zur Teilnahme an der Wahl gewonnen wird. Aus diesem Grunde muß bis zum 12. März, dem Tage der Wahl, unermüdlich gearbeitet werden.

Mobilisiert alles für die freigewerkschaftliche Einheitsliste, die mit dem Namen Wilhelm Müller beginnt.

Du! nennt Dich Genosse und wirbst nicht für den „Klassenkampf“?

Bellt nur . . .

(Arbeiterkorrespondenz)

Es ist eine alte Tatsache, daß, wenn der „Volksbote“ in allen Tonarten auf die KPD. schimpft, es ihr sehr gut geht und sie im Vorwärtsschreiten sich befindet. In der Freitag-Nummer des „Volksboten“ versucht z. B. der Kommunistentöter Bergholz einen Grabgesang für die KPD. anzustimmen. Wir können nicht aufzählen, wieviemal er der KPD. schon den Tod prophezeit hat, aber das stört uns nicht und seine paar Leser schütteln darüber nur den Kopf.

In seinem Geschreibsel feiert er zum soundsovielsten Male das alte Lied von Studerkampf herunter. Wir brauchen nur an unsere letzte Stadtverordnetensitzung zu erinnern. Da haben diese Brüder ihr tatsächliches Gesicht entblößt! Dann schreit er über den Regierungssturz in Mecklenburg, wo endlich die schönen Futterkrippen der SPD. zum Teufel sind, nachdem sie eine Unmenge Schaden und Verwirrung in der Arbeiterschaft angerichtet haben. Dann mimt er zur Abwechslung wieder den „Linken“. Er scheint eine heillose Angst vor der Zersetzung in seinen eigenen Reihen zu haben. Und tatsächlich, auch hier in Zeitz bröckelt und knistert es gewaltig im Gebälk dieses morschen und faulen Gebäudes. Die KPD. hat es nicht notwendig, wegen der Bergholz und Konsorten radikale Phrasen zu machen; sie braucht nur die arbeiterschädigende Politik der SPD. rücksichtslos vor der breiten Masse zu enthüllen, dann werden die Massen in Scharen von dieser Partei sich entfernen.

Das und nichts anderes wird der Parteitag der KPD. in Essen beschließen. **In diesem Sinne werden wir auch hier in Zeitz arbeiten.** Mit dem Erfolg können wir zufrieden sein, gelang es uns doch, während des Grabgesanges des Holzbergers in drei Tagen 45 neue Leser für unsere Zeitung zu gewinnen. Mögen die Leute in der Domslusstraße geifern und bellen, wir werden desto zäher und erfolgreicher arbeiten.

Ein neuer SPD.-Laden

Eins muß man der SPD. lassen: sie findet immer wieder neue Methoden, Mittel und Wege, um dumme für sich einzufangen, oder die sie verlassenden Schäflein zu halten. Auf jedem Gebiete hat man nun schon versucht, etwas anzufangen. Aber es dauerte nie lange, dann brach der Schwindel wieder zusammen.

Der große „Sozialisierungstheoretiker“ Hilferding wollte den Grubenbaronen die Bergwerke abkaufen, Suchlow wollte mit Hilfe der Baubütten die Sozialisierung langsam aber sicher durchsetzen usw. Auch hier in Zeitz spielte die Baubütte einmal eine große Rolle, leider waren die Proleten nur die Dummen, ihre sauer verdienten Groschen, die sie in Anteilen angelegt hatten, sind futsch. Heute ist die Baubütte eine Gesellschaft. Niemand aus der Arbeiterschaft — außer einigen SPD.-Angestellten, die zum Schein noch im Aufsichtsrat geduldet werden und dafür ihre schönen Tantiemen beziehen — hat etwas darin zu sagen. Die Illusion ist verflogen, eine neue Illusion ist dieser Tage wieder aufgetaucht. —

Wohnungsfürsorge-Genossenschaft Zeitz nennt sich dieses Gebilde, was hier geschaffen worden ist. Schon hört man den Schrei, jetzt ist die Wohnungsnot vorbei! Jeder, der beitritt, muß erst einmal 2 Mk. Eintrittsgeld auspacken. Aber das ganze Manöver bedeutet weiter nichts, **als daß damit der Bankrott der Zeitzer SPD.-Wohnungspolitik voll bestätigt wird.** Trotzdem hier in Zeitz eine Arbeitermehrheit vorhanden ist, hat man in der Frage der Wohnungsfürsorge nichts getan. Alle Anträge der Kommunisten, die verlangten, Wohnungen in eigener Regie zu bauen, wurden von der SPD. und den Bürgerlichen abgelehnt. Jetzt will man nun durch einen sogenannten **zweiten Bauverein der Wohnungsnot auf den Leib rücken. Aber auch hier wird es sich zeigen,** daß durch derartige Manöver für die Arbeiterschaft nichts herauskommt. Es werden lediglich nur einige Pöstchen für die SPD. geschaffen. Also vorläufig ist die größte Vorsicht geboten, denn es wird schließlich so werden wie überall, daß auch hier die Arbeiter die hohen Mieten nicht zahlen können.

Im Gegensatz hierzu verlangen wir von der „roten“ Kommune endlich eine großzügige erfolgreiche Wohnungspolitik.

Gegen Dummheit gibt es kein Mittel

Eine ganz besondere Marke scheint der „Moskauer Mitarbeiter“ der Zeitzer Eselswiese zu sein, der — nebenbei bemerkt — in Zeitz in der Brüderstraße sitzt und den stolzen Namen Friedrici trägt. Was er alles über Rußland schwindelt, ist ganz enorm. Er überbietet sogar den „Zeitzer Volksboten“ noch, das will schon etwas heißen.

Bald bringt er eine Meldung über die Niederlage der Kommunisten bei den letzten Sowjetwahlen, dann schwindelt er wieder in einem ellenlangen Geseire über den zunehmenden Terror, der gegen fibirische Eisenindustrielle und Pfaffen angewendet wird. Dabei weiß heute in Deutschland jedes kleine Kind, daß die Eisenindustriellen schon längst in Rußland erledigt sind und daß man es nicht mehr nötig hat, die Pfaffen zu verbannen; deren Lehren sterben schon von selbst ab. Bald schreibt dieser Lügenfabrikant von Meutereien in der roten Armee, dann berichtet er wieder, daß die Disziplin eine ausgezeichnete ist und daß der Einfluß der Kommunisten immer gewaltiger wird. Am Donnerstag schrieb er, daß gegen die Aerzte, die Stalin behandeln, ein Verfahren eingeleitet sei, weil sie ihn langsam dahinsterben ließen und am Freitag berichtet er über eine Rede, die Stalin in Moskau gehalten hat.

Es ist doch wirklich allerhand, was diese Sorte Berichterstatter seinen Lesern zu bieten wagt. Auf welch gewaltigem Tiefstande müssen sich bloß die Leser befinden, daß sie nicht merken, was in diesem Blättchen für Unsinn verzapft wird. Hoffentlich ziehen die Arbeiter die Lehren daraus und befördern dies Blättel an die frische Luft und bestellen dafür den „Klassenkampf“.

Weißenfels. Kleinigkeiten. Damit die am Freitag stattgefundene 3jährige Gründungsfeier des Stahlhelms nicht vor leeren Stühlen vor sich gehen sollte, waren an die umliegenden Ortsgruppen Einladungen ergangen. Diesem Hilferufe folgte auch Unternessa mit dem neuesten Transportbeförderungsmittel für Stahlhelmer, nämlich mit einem Transportwagen für Rindviecher — des neuesten Typs. Der biedere Fleischermeister Köhler, der Führer dieses Wagens ist wahrscheinlich der Meinung, daß auf einem Rindviehwagen nichts anderes transportiert werden kann als Rindvieh. — Freitag war in dem Grundstück Jüdenstraße 29 Feuer ausgebrochen. Die herbeigerufene Feuerwehr war in kurzer Zeit Herr des Feuers. — Auf der Straße nach Zorbau kam eine Radlerin vor einem Auto zu Fall. Mit Verletzungen wurde sie zum Arzt gebracht. — Abgeschleppt mußte auf der Naumburger Chaussee ein Auto werden, das in den Straßengraben gefahren war.

Groß-Corbetha. Endlich eine neue Schule. Um über das Projekt des Schulhausneubaues Beschluß zu fassen, wurde eine Versammlung abgehalten, an der die Vertreter der Regierung und der übrigen Behörden teilnahmen. Nach den vorausgegangenen allgemeinen Besprechungen wurde einstimmig beschlossen, eine sechsklassige Schule mit Rektorzimmer, Konferenz- und Lehrmittelraum nebst Hausmannswohnung und vier Lehrerwohnungen zu bauen. Die Kosten des Baues wurden mit 180 000 Mark veranschlagt.

Cölleda. Fleischvergiftung. Nach dem Genusse von Fleisch erkrankte die Ehefrau Bianks und deren drei Kinder. Insbesondere stellten sich bei den Kindern nach etwa zwei Tagen ernstere Krankheitserscheinungen ein. Dem Arzt gelang es noch zur rechten Zeit, den Kindern ein wirksames Brechmittel zu geben. Der Zustand der Kranken hat sich inzwischen gebessert. Eine gründliche Untersuchung des Falles ist angebracht.

Gladitz. Gemeindevorsteherwahl. Durch die Uebersiedelung des bisherigen Gemeindevorstehers und Gastwirts Ernst Theil am 1. April nach Luckenau machte sich die Neubesetzung dieses Amtes notwendig. Die Gemeindevertretersitzung am 6. März ergab diese Angelegenheit mit folgendem Ergebnis: Es erhielten der G.-S. Nusse (Komm.) 6 Stimmen, G.-S. Kröber (Soz.) 5 Stimmen. **Mithin ist Genosse Nusse gewählt.** Bis zur Bestätigung führt der Gemeindevorsteher Theil die Geschäfte der Gemeinde weiter. Wir kommen noch ausführlicher auf diese Sache zurück.

Droyßig. Eingemeindung. Das Staatsministerium hat die Eingemeindung des Gutsbezirks in die politische Gemeinde unterm 15. Februar genehmigt.

Naumburg. Prozeß gegen die Magdeburger Landgerichtsräte. Heute vormittag begann vor dem Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts Naumburg die Verhandlung gegen den Landgerichtsrat Kölling und den Landgerichtsrat Hoffmann. Die Verhandlung fand im großen Sitzungssaal des Oberlandesgerichts statt.

Zeitz. Eine Namensverwechslung ist uns gestern in dem Artikel „Ein mysteriöser Unglücksfall“ unterlaufen. Der Stadtrat, der unter so eigenartigen Umständen das Bein brach, heißt nicht Giger, sondern Jäger.

Zeitz. Polizeiwochenbericht. Am 2. d. M. wurde am Rechen der Obermühle eine männliche Leiche aus dem Mühlgraben geborgen. Näheres konnte bisher der vorgeschrittenen Verwesung wegen nicht festgestellt werden; Angehörige haben sich bisher nicht gemeldet. — Folgende Anzeigen wurden erstattet: Diebstahl 5, Einbruchsdiebstahl 3, Betrug 4, Unterschlagung 1, Urkundenfälschung 1, Widerstand 1, Körperverletzung 1, Nötigung 2, Bedrohung 2, Sachbeschädigung 2, Kuppelei 1, Minderbrechen 1, Beamtenbeleidigung 1, Verstoß gegen das Republikschutzgesetz 1, Tierquälerei 1, Hetzen eines Hundes auf Menschen 1, unterlassene Straßenreinigung 2, Uebertretungen der Meldevorschriften 6, übermäßig starke Rauchentwicklung durch Kraftfahrzeuge 4, Linksfahren 2, sonstige Uebertretungen von Verkehrsvorschriften 16, Ruhestörung und grober Unfug 9. — Det Jeschäft blüht!

Zeitz. Noch einmal der liebe Gott und der „Volksbote“. Der „Zeitzer Volksbote“ leidet nur noch von der Leichtgläubigkeit seiner Leser. **Erfreulicherweise ist an der dauernden Steigerung unserer Zeitung festzustellen, daß die Leichtgläubigen immer weniger werden.** Was er seinen Lesern alles zu bieten wagt, das geht bald auf keine Kuhhaut mehr. Kein Tag vergeht, an dem er nicht irgend etwas berichten muß. Am Mittwoch brachte er einen Artikel, in dem er versucht, seinen Lesern zu beweisen, wie gut es der liebe Gott mit seinen unerforschlichen Ratschlüssen meint. Die Gottesfürchtigen Leute hatten über einen Meteorfall in Reichardswerben berichtet und dabei sich auf diesen „unerforschlichen Ratschluß des Höchsten“ berufen. Wir hatten dies im „Klassenkampf“ angeprangert. Nun versucht sich das gute Volksbötchen dadurch herauszuschwindeln, daß es im Gassenjungenton auf den bösen „Klassenkampf“ schimpft. Er schreibt, daß zum Lesen des „Volksboten“ eine gewisse Intelligenz gehört und wer die nicht besäße, den könnten sie nur bedauern. Wir wissen nur nicht, welche Intelligenz er damit meint. Wahrscheinlich die, die den Glauben noch hat, an die reine unbefleckte Jungfrau Maria und dergleichen religiöse Märchen. Wenn sich der arme „Volksbote“ noch mit seinen vielen Gotteslästerungsprosesen rühmt, so wird es allzu schlimm nicht sein. Denn sogar der frühere Geschäftsführer, der „alte Papa“, konnte es sich nicht verkneifen, seine Tochter „standesgemäß“ in der Kirche trauen zu lassen und — schon ein alter sozialistischer Dichter sagt, das Renomieren verdirbt das Renomé. Also der „Volksbote“ sollte lieber schweigen, dann wären seine Pharisäer und Schriftgelehrten nicht so dumm entlarvt worden.

Zeitz. Eine Baugenossenschaft. Unter Leitung von Paul Müller (SPD.) fand eine Aussprache über die Gründung einer Baugenossenschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage statt. Als Redner war erschienen ein Vertreter von der Baugenossenschaft Berlin. Diese hat sich zur Aufgabe gestellt, vorwiegend Arbeiterwohnungen zu bauen. Der Referent schilderte, wie groß die Wohnungsnot ist und er glaubt, daß sich dieses Uebel abstellen lasse. Er lehnte den Wohnungsbau in städtischer Regie ab. Auch den hiesigen Bauverein lehnte er ab, weil beides Einrichtungen wären, die nur Geld verdienen wollten. Bei seiner Baugenossenschaft wäre das nicht der Fall. Er straft sich selbst Lügen damit, indem er erklärte, daß der Quadratmeter Wohnfläche bei seiner Genossenschaft 6,90 Mk. koste, während der hiesige Bauverein nur 6 Mk. ausrechnet. Bei der Stadt kostet ein Quadratmeter allerdings 7,50 Mk. da käme eine Wohnung auf 350 Mk. Jahresmiete. Für einen Arbeiter ist das bestimmt zu viel. Nun, die Gründung ist erfolgt, und zwar kostet die Aufnahme 2 Mk., ein Anteil 300 Mk. Ratenzahlung wurde auf 3 Mk. monatlich festgelegt. Anteile zu nehmen haben sich bereit erklärt: Der „Volksbote“, der Konsumverein und auch die Gewerkschaften. Es soll so bald als möglich mit dem Bauen begonnen werden. Natürlich rechnen sie mit billigem Land von der Stadt und billigen ersten Hypotheken. Das Wohnungsamt soll bei der Genossenschaft nichts zu sagen haben, sie wollen in die Wohnungen Leute setzen wie es ihnen beliebt. Also Geld und Land möglichst billig von der Stadt, aber zu sagen hat die Stadt nichts. Beim Bauverein hat die Stadt 60 Prozent mit Wohnungsuchenden aus der Vordringlichkeit zu besetzen und hier nichts. Das ist der **soziale Fortschritt dieser Genossenschaft.** Wir glauben, daß hierüber das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Nach unserer Auffassung muß doch das Bauen in eigene Regie verlangt werden. Es scheint wieder so ein SPD.-Laden zu sein, wie damals mit der halbtoten Baubütte, die ja auch einmal Arbeiterwohnungen bauen wollte! In den Aufsichtsrat wurden nun lauter strramme SPD.-Männer gewählt, so zum Beispiel Geschäftsführer Krause (Konsum), Jäger, Müller, Dörfler und noch verschiedene andere. wir werden noch einmal darauf zurückkommen.

Mansfeld-Sangerhausen

Die Nächstenliebe des Seelenhirten

Wir hatten schon einmal vor kurzem über den Pfaffen von Leimbach berichtet und daran gezeigt, wes Geistes Kind die Pfaffen sind. Vor kurzem erlaubte sich der Pfaffe von Leimbach wieder einen Ausdruck, der ebenfalls verdient, an die Oeffentlichkeit zu gelangen.

Ein junges Paar meldet die Trauung an. Am selben Tage war die Mutter des jungen Mannes gestorben, deshalb wurde die Todesanzeige gleich mit angegeben. Da nun die alte Mutter durch die Inflation verarmt war und sie als Kleinrentnerin ihr Dasein tristen mußte und sie so leben mußte, wie es die meisten durch die Inflation betrogenen Opfer tun müssen, erlaubte sich der Pfaffe zu sagen: „Na, nun ist das alte Mütterchen wohl verhotzelt.“ Wir fragen den Pfaffen, hat er vielleicht auf der höheren Schule die Ausdrücke gelernt, die er hier braucht? Ein Arbeiter, der die Volksschule besucht hat, kennt solche Ausdrücke nicht, der weiß aber, daß der Kapitalismus das meiste dazu beiträgt, daß viele Menschen schon so früh ins Grab sinken. Wahrscheinlich werden in der christlichen Kirche solche Ausdrücke gelehrt. Wir können nicht genug darauf hinweisen, solchen Verdummungsanstalten den Rücken zu kehren.

Wimmelburg. Zwei Lehrer mit lockerer Hand sind die zur Genüge bekannten Rektor Wöhlbier und Lehrer Schärf. Am 22. Februar hielt ein Käsehändler vor dem Grundstück des Einwohners Krökel. Mehrere Kinder tummelten sich auf der Straße. Beim Abfahren des Käsehändlers erlaubte sich ein älteres Mädchen, das zu Ostern die Schule verläßt, sich hinten an den Wagen zu hängen. Auf einmal entdeckt der Käsehändler, daß ihm zwanzig Käse fehlen (?) Anstatt nun zu dem in der nächsten Ähre wohnenden Landjäger zu gehen und die Sache untersuchen zu lassen, geht er zu dem bekannten Rektor Wöhlbier. Dieser Mann waltet natürlich, auf die Angaben des Käsehändlers hin, seines Amtes und traktierte das an sich kränkliche Mädchen derart, daß dasselbe fluchtartig die Schule verließ. Als seine Erziehungslust noch nicht befriedigt war, stellt er am anderen Tage sofort wieder ein Verhör an, natürlich ohne Erfolg. Das Mädchen sollte absolut einen Käsediebstahl zugeben! Wöhlbier züchtigte das Mädchen abermals schwer. Ein anderer Fall verdient auch der Oeffentlichkeit preisgegeben zu werden. Der Lehrer Schärf hält seinen Unterricht mit den älteren Mädchen in sehr liebenswürdiger Weise ab. Das Benehmen des Schärf gab zu allerhand Plaudereien Anlaß. Die Folge war, daß der Schulrat von der Sache benachrichtigt wurde und die Sache untersuchen mußte. Die Oeffentlichkeit ist auf das Resultat sehr gespannt. Es wird auch höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft in Wimmelburg mit solchen Leuten Fraktur redet.

Creisfeld. Faschistische Rowdys. Am Sonntag, dem 28. Februar, hatten sich Hakenkreuzler von Eisleben und Umgebung in Creisfeld im Café „Güth“ zu einer Monatsversammlung eingefunden. Etwa ein Dutzend Leutchen. Getreu ihrem Ehrhardt-Programm mußte wieder einmal alles niedergeschlagen werden, was roi ist. Als ein Genosse aus dem Arbeiterturnverein irrtümlicherweise in das Zimmer kam, in dem die Versammlung stattfand, zeigte sich das sehr deutlich. Der Genosse hatte das Turnerabzeichen angesteckt. Das war für die Helden Grund genug, dem Genossen das Gesicht blutig zu schlagen. Wenn nun abendrein behauptet wird, daß sie nur mit der Faust geschlagen haben, so zeugen die Wunden des Genossen davon, daß man sich scharfer Gegenstände bedient hat. Als für die Helden die Luft dick wurde, machten sie sich auf die Strümpfe. In der Nähe der „Erholung“ ekelten sie wieder Arbeiter an, vor allem Jugendliche. Man wollte diesen Jugendlichen wahrscheinlich auf diese Weise die völkische Idee beibringen. Als nun ältere Arbeiter hinzukamen und ihnen sagten, daß sie sich verziehen sollten, warfen sie Bierflaschen auf die Arbeiter und liefen schnell davon. Ein Arbeiter hatte eine Flasche dermaßen an den Kopf bekommen, daß er bewußtlos zusammenbrach und sich nachher in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Führer dieser Sekte ist Krumhar aus Creisfeld. Für die Zukunft möchten wir diesem aber raten, sich für seine Horden ein anderes Gebiet auszusuchen zu seinen rowdymäßigen Kreuzzügen. Denn die Arbeiterschaft von Creisfeld will mit diesem lichtscheuen Gesindel nichts zu tun haben und sie wird sich gegen derartige Ueberfälle zu wehren wissen.

Allen Kollegen rufen wir zu: Aufgepaßt, was gespielt wird. Nur durch die Organisation können wir derartige Fememordmethoden ausrotten. Stärkt die proletarischen Organisationen. Hinein in die Kommunistische Partei, hinein in den Bergarbeiterverband. Nur mit vereinten Kräften können wir dieses Gesindel besiegen!

Unterteutschenthal. Fahrrad-Unfall. Hier stürzte ein Bädermeister aus Wansleben so unglücklich vom Fahrrade, daß er sich den Oberarm auskugelte und sofort nach Halle geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß ein Huhn dicht vor dem Radfahrer über die Straße lief, und der Fahrer seinen Schäferhund an der Leine hatte, so daß er sein Rad nicht in der Gewalt hatte und ausbiegen konnte.

Klostermansfeld. Aus der Gemeindevertretung. Ein neuer Lichtvertrag mit der Elektr. Kleinbahngesellschaft wurde als unannehmbar bezeichnet. Die Gesellschaft macht nämlich die Wiederinbetriebnahme der Kleinbahn von der Annahme des Vertrages abhängig. Eine Kommission soll sich mit der Frage weiter beschäftigen. — Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß die Vorarbeiten für den neuen Flutgraben erledigt sind. Das Projekt ist mit 42 000 Mark errechnet und dürfte bald die Genehmigung der Behörden finden. Ein Staubecken kommt nicht mehr in Frage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Werktätige von Bitterfeld!

Heraus zur Versammlung!

leichstagsabgeordneter Wilhelm **Koenen-Berlin** spricht **Donnerstag, dem 10. März, abends 8 Uhr**, im „Gesell-ftshaus" über

„Kriegsgefahr und der Sowjetgranatenschwindel der Sozialdemokratie."

rbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen!

ie SPD. und die „Freie Presse" sind schriftlich freien Aussprache eingeladen. Sozialdemokratische eiter, hört die Wahrheit!

KPD. Bitterfeld.

Märzaufmarsch der roten Klassenfront in Bitterfeld

z versuchter Polizeischikane — 350 uniformierte Frontkämpfer rauer Märzenmorgen. Früh 6 Uhr durchzieht die Kapelle des B. die Straßen. Es ist Gedenktag für die Märzgefallenen. Der Mahnruf erschallt. Nach 8 Uhr treffen die ersten Abordgen aus der Umgegend ein. Einundeinehalbe Stunde später ein stattlicher Zug durch die Straßen zum alten Friedhof. Grabe Kurt Herzaus wird ein Kranz niedergelegt. Fritz de! gedenkt des im Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft kapitalistischen Joch Gefallenen. Nicht trauern wollen wir, ern kämpfen.

ie roten Fahnen senken sich und seine Worte klingen aus in Gelöbnis: **Wir wollen die rote Front noch fester schmieden, das Werk, für das die Toten gefallen sind, bald zu vollenden.** Nun marschiert der Zug, dem sich unterwegs immer mehr Ar-er anschließen, zum neuen Friedhof ans Grab des von einer el eines Reichswehrsoldaten getroffenen Genossen Pönicke. hier wird ein Kranz niedergelegt, und Erich Behnke spricht: ztage waren immer Kampftage, waren Sturmtage, erforderten Proletariat Opfer. Doch kommen wird der Tag der Befrei- Sie konnten wohl die Körper unserer Brüder vernichten, doch den Geist. **Aus dem Geist der Gefallenen werden die Rächer hen.**

Platzmusik der RFB.-Kapelle

hon vor 11 Uhr haben sich Arbeiter und sonstige Werktätige der Binnengärtenwiese angesammelt. Hatte doch die Polizei die Nichtfreigabe des Marktplatzes und des einen Tag später ehobenen Verbots der öffentlichen Bekanntgabe an den An-gssäulen für eine gute Propaganda gesorgt. Den stärksten druck hinterließ wohl der russische Trauermarsch. Ergriffenheit selbst auf den Gesichtern der Kleinbürger, und die anwesenden schen Jünglinge wagten nicht, eine einzige hämische Bemerkung nachen.

Die Demonstration.

ünktlich um 1 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. 17 Fahnen erten im Winde. 350 uniformierte Frontkämpfer marschierten Eröffnet wurde der Zug durch eine „Abordnung" der Schutz-zei. Ueberall wo der Zug in straffster Disziplin durchzog, öff-n sich Fenster und Türen. Zu beiden Seiten steht die Bevölke-. Eine große Menge demonstriert mit durch die Straßen. n sieht, die Arbeiterschaft Bitterfelds steht nach wie vor zur Klassenfront.

us den in voller Tätigkeit stehenden Werken winken Arbeiterhände dem Zuge zu.

sie wären dabei, müßten sie nicht auch Sonntags in der Fron Kapitalisten stehen. Auch sie gedenken ihrer Brüder, die in den ztagen gefallen sind. Im Zuge mitgeführt werden vier große nsparente mit den Inschriften: Hände weg von China! Her-aus dem Marx-Banner, hinein in den RFB.! — Einheitsfront r der roten Fahne! — Krieg dem Kriege!

evor der Zug zur Binnengärtenwiese kommt, passiert er das nkenhaus und wird auch hier durch Winken und Zurufe üßt.

Die Kundgebung auf der Binnengärtenwiese.

ine nach Hunderten zählende Menge wartet bereits. Kurz vor hr trifft der Demonstrationszug ein. Der Genosse Behnke, Vertreter der Kommunistischen Partei, führt etwa folgendes : Werktätige von Bitterfeld, die Kommunistische Partei und der e Frontkämpfer-Bund Bitterfeld haben Euch aufgerufen, Euch zu meln zum Kampf. Immer mehr greift die Verelendung der ten Schichten der Bevölkerung um sich. Die Arbeitenden ten sich für ihren Lohn kaum das notwendigste zum Leben und iden kaufen. Die Arbeitslosen sind mit ihren Angehörigen Elend preisgegeben. Wie lange noch soll dieser Zustand ern? Nur wir allein können es ändern. Denken wir an die te von Karl Marx: **„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."** Die Märztage des res 1927 müssen der Auftakt werden zu neuen Kämpfen. ließen wir uns zusammen unter dem Banner der Kommunisti-n Partei. **Es lebe die Einheitsfront des kämpfenden Proletats!**

Begeistert stimmten die Demonstranten ein in diesen Ruf. Nach sprach als Vertreter der Gauführung des Roten Frontkämpfer-ndes der Genosse Hugo Müller. Er sagte: Ein Alarmruf t durch das internationale Proletariat. Englische Kanonen en vor Schanghai. Verhindert die Niederschlagung des chine-en Freiheitskampfes durch die imperialistischen Mächte. Fällt

---

Ohne Sympathie der breiten Massen für einen Krieg kann die Bourgeoisie diesen nicht durchführen.

bürgerliche Zeitungen kann die Bourgeoisie die Sympathie der Massen für einen Krieg nicht gewinnen.

---

anghai durch die englischen Kanonen, so wird das der Auftakt n zu einem Angriff auf Sowjet-Rußland, der Auftakt einem neuen Weltkriege, in dem wieder nur das oletariat die Opfer zu bringen hat. Nicht noch einmal darf den Imperialisten gelingen, die Proletariermassen auseinander hetzen. Sozialdemokratische Arbeiter, macht Euch frei von den schen Parolen der SPD.- und Reichsbannerführer. Schafft mit s die Einheitsfront unter dem Zeichen der roten Fahnen. Stellt n Bürgerblock entgegen den roten Klassenblock. Er schloß: **wjet-Rußland, dem hinter Kerkermauern Schmachtenden, unsern npfenden chinesischen Brüdern, dem kommenden Sowjet-Deutsch-d — ein dreifaches Rot Front!**

Wir sind neugierig, was der Beobachter vom Burgtor zu melden t. Höchstwahrscheinlich konnte er über den Häuserblock, der ihn t der Binnengärtenwiese trennt, nicht hinwegsehen. Aber die volutionären Lieder, die er so „gern" hört, werden doch wohl ch zu ihm geklungen sein. Warum soll auch ausgerechnet der obachter nicht gehört haben, wo doch die ganze Bitterfelder Be-lkerung in Bewegung war. Oder sollte er zur Messe nach Leipzig fahren sein, um an Stelle des altertümlichen Fernrohrs ein nes, zu seiner „Würde" als Hoflieferant besser passendes, einzu-fen. Sorgen wir dafür, daß er dann mit dem neuen Glas wird stellen müssen, daß aus einer Arbeiterwohnung nach der andern bürgerliche Presse herausfliegt! Hinein kommt das Blatt des ssenbewußten Arbeiters Mitteldeutschlands: der „Klassenkampf", Rufer und Berater der Unterdrückten im Kampf um ihre Be-iung.

Achtung, Kreis-Erwerbslosen-Ausschuß Wittenberg!

Am Donnerstag, dem 10. März, nachmittags 2½ Uhr, findet in Wittenberg, Collegienstraße 62, Friedericianum-Kaserne, eine wichtige Kreis-Erwerbslosen-Ausschuß-Sitzung statt. Erscheinen aller Delegierten erforderlich, da Bericht von der Bezirkskonferenz in Halle gegeben wird.

Spargelkulturen statt Weinbau!

Die „Frankfurter Zeitung" meldet, daß die Winzer der Gemarkung Budesheim bei Bingen beschlossen haben, statt des unrentablen Weinbaues, besonders im Hinblick auf die schlechten Ernten der letzten Jahre und die gesamte trostlose Wirtschaftslage im Weinbau, die Weinberge in Spargelkulturanlagen umzuwandeln, da ihnen dieses begehrte Frühgemüse die beste Gewähr für reichlichen und gewinnbringenden Absatz verspricht.

Bitterfeld. Aus Sängerkreisen wird uns geschrieben: Es heißt in dem Artikel „Aus Sängerkreisen": „Der Vorsitzende, der den Dirigenten zum Geburtstag gratulierte, brachte zum Ausdruck, daß das Vergnügen dazu angetan sei, sich näher kennenzulernen." Es mußte vielmehr heißen: **Alle, die den Dirigenten gratulierten, brachten zum Ausdruck, daß zum erstenmal fast die ganze Gruppe Bitterfeld unter der Leitung eines Dirigenten steht.**

Schmiedeberg. Endlich Bahnhofsumbau. Das Eisenbahnstationsgebäude wird hier, dem erhöhten Reiseverkehr entsprechend, erweitert werden. So richtet man zum Beispiel bequeme Wartesäle ein. Als erste Station der Deutschen Reichsbahn Dawes & Co. ist das Hauptportal des Empfangsgebaudes mit einer mehrfach patentierten Schiebetür versehen worden. Hoffentlich klemmen sich unsere wohlgenährten Fabrikanten den Bauch nicht damit.

Pratau. Ein sonderbarer Vertrauensarzt. Zu dem in Nr. 50 erschienenen Artikel: „Ein Wittenberger Vertrauensarzt" möchte ich noch hinzufügen: Was steht doch gleich in den Warteräumen der Aerzte? „Rauchen verboten!" Für den Wittenberger Vertrauensarzt scheint dies jedoch nicht in Frage zu kommen, wenigstens er selbst erlaubt es sich. Ob das den von der Kasse dorthin beorderten kranken Personen — sehr häufig Lungenkranke — auch angenehm ist? Wenn sie selbst rauchten, würden sie bestimmt statt einmal zweimal gesund geschrieben werden. Hat man im Wartezimmer ein bis zwei Personen vor sich, so kann man bestimmt eineinhalb bis zwei Stunden warten, bevor man das Sprechzimmer betreten darf. Hast Du schließlich das Glück, hinein zu kommen, dann ziehen Dir dicke Rauchwolken entgegen. Der Herr Vertrauensarzt hat es schwer, „von morgens 8 Uhr bis abends spät die schwere Sitzung" seufzt er. Ob das den Kassenvorstandsmitgliedern bekannt ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich nehme es allerdings nicht an, sonst würden sie doch dem Herrn Vertrauensarzt mal etwas mehr auf die Finger sehen.

Zahna. Schadenfeuer. Feueralarm erscholl am 2. März, nachmittags gegen 5½ Uhr mitten in der Umzugsmusik der Gesangvereine hinein. Wie ein Blitz stoben die Umzugsteilnehmer auseinander. Einige Musiker griffen zum Feuerhorn und brachten die Feuerwehr auf die Beine. Einige Mannschaften erschienen auch bald mit den nötigen Löschgeräten, aber ohne Wasser, das mußte die Firma Friedrich (Papierfabrik) liefern. Man sah nach und nach mehr Feuerwehrleute nach der Brandstätte eilen. Einige hatten sogar nicht vergessen, ihre **für langjährige Dienste** oder sonstige Umstände verliehenen Orden anzulegen! Aus der Zuschauermenge hörte man sogar sagen, daß einer von den Feuerwehrleuten mit

---

Mit Fleiß und Eifer wirbt jeder Genosse um das Gehirn des letzten Arbeiters gegen den drohenden Krieg.

Lust und Liebe wirbt er darum für den „Klassenkampf", für das einzige Kampforgan gegen den Krieg.

---

dem EK. 1. und 2. Klasse herumgelaufen sei. Unmöglich wäre das nicht, denn die Dinger müssen doch mal an die Luft, sonst kriegen sie die Motten. Auch die Polizei regelte den Verkehr. Fünf Mann hoch, drei Landjäger, ein städtischer und ein Schupomann, kamen angerückt. In der Vorkriegszeit spazierte nur einer herum. Es brannte das Wohnhaus des früheren Landwirts und jetzigen Arbeiters Wegener bis zur ersten Etage nieder. Drei Familien sind dadurch wohnungslos geworden und haben nun wenig Aussicht, wieder eine Wohnung zu bekommen. Einigen Landwirten wurde vor etwa vier bis fünf Jahren je ein Zwangsmieter zugewiesen. Da ließen die Leute nicht früher nach, bis sie ihre Mieter wieder los waren. Die famose Wohnungsgesetzgebung gab ihnen die Handhabe dazu. Werden sie sich jetzt bereitfinden, wo noch Wohnungen leerstehen, die Obdachlosen aufzunehmen? Wann endlich werden Wohnungen geschaffen? Wenn wir die Etats der Kirche, der Polizei und des Heeres ansehen und die Ausgaben für Wohnungszwecke gegenüberstellen, dann erkennt man die Politik der Hindenburg-Republik. Hier gilt es besonders energisch einzutreten für den Wohnungsbau in der Gemeinde, damit sich nicht die Betroffenen die Füße wund zu laufen brauchen nach einer Wohnung. Es sind in unserem Etat für 1926 20 000 Mark für den Bau eines Achtfamilienhauses bereitgestellt. Noch weitere Projekte müssen zur Ausführung kommen. Die Finanzierung ist durch die Gelder, welche die kommunistische Kreistagsfraktion beantragt hat und die bewilligt wurden, sehr erleichtert. Heran ans Werk, schafft Wohnungen!

Neues aus aller Welt

Ein nobler Brandstifter im Auto

Einen guten Fang hat man anscheinend in der Nacht zum Sonntag in der Gemeinde Ermendorf gemacht. Die Großenhainer Amtshauptmannschaft war durch Brandstiftungen längere Zeit beunruhigt worden. **Am 5. März gegen 7 Uhr abends brannten in Flur Gävernitz ein Strohfeim und ½10 Uhr in Flur Ermendorf drei Strohfeimen nieder, die sämtlich nicht versichert waren. In Ermendorf gelang es durch die Entschlossenheit von zwei Einwohnern, den Brandstifter auf frischer Tat zu ertappen, so daß er durch die zuständigen Polizeiorgane festgenommen und noch in derselben Nacht dem Amtsgericht in Radeburg zugeführt werden konnte. Der Täter war geständig, die vier Feimen vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Der Täter ist ein Kaufmann und Fuhrwerksbesitzer aus Dresden, der mit seinem eigenen Personenkraftwagen über Meißen in die Großenhainer Gegend gefahren war. In Gävernitz ist er mit seinem Kraftwagen bis an die Feimen herangefahren und hat diese angezündet. Er konnte aber auf dem schlechten Wege, auf dem sein Kraftwagen einsank, so daß er ihn weder vor- noch rückwärts zu fahren vermochte, nicht weiter. Er mußte den Kraftwagen stehen lassen und ist querfeldein nach dem Gasthof Bahlitz gelaufen und hat auf dem Wege dorthin die weiteren drei Feimen in Brand gesteckt. Der verlassene Personenkraftwagen ist von der Polizei mit Beschlag belegt worden. Es besteht die Annahme, daß es mit der Festnahme dieses Täters gelungen ist, jenen Brandstifter unschädlich zu machen, der in vielen Gemeinden Sachsens, namentlich unter den Landwirten, große Beunruhigung hervorgerufen hat, was auch dazu führte, daß z. B. in der Großenhainer Amtshauptmannschaft nächtliche Streifen der Landespolizei eingeführt werden mußten.**

Es fragt sich nur, aus welchen Motiven der noble Brandstifter gehandelt hat. Vielleicht aus Zeitvertreib? Wir sind gespannt, wie das Gericht diesen Herrn aburteilt.

Wieder ein Erdbeben in Japan

Das westliche Japan ist von einem heftigen Erdbeben heimgesucht worden. Aus vielen Städten werden schwere Verkehrsstörungen gemeldet. In Osaka und Kobe wurden die elektrischen Kraftstationen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bei Osaka sind bei einem Einsturz eines Theaters vier Personen verletzt worden. Neun Fabrikmädchen fanden den Tod beim Einsturz einer Baumwollspinnerei. Die Stadt Nogoya hat schweren Schaden erlitten. In Osaka brachen 15 große Feuer aus, die aber nach verzweifelten Anstrengungen alle gelöscht werden konnten. Genaue Mitteilungen liegen wegen der teilweise unterbrochenen Telegraphenleitungen aus der Umgebung der Städte noch nicht vor.

80 Opfer eines Dampferzusammenstoßes auf dem Jangtse

Nach einer Meldung aus Schanghai sind zwei chinesische Dampfer, die der Personenbeförderung auf dem Jangtse dienen, zusammengestoßen. Der eine mit 80 Fahrgästen an Bord sank innerhalb weniger Minuten, es konnte niemand gerettet werden.

Treibende Schiffe auf dem Rhein

Gestern vormitag riß sich bei Homberg ein französischer Kohlenkahn los und trieb den Rhein hinab, wobei der Kahn mit verschiedenen anderen vor Anker liegenden Schiffen zusammenstieß und diese mit sich riß. Etwa ein halbes Dutzend Schiffe trieb gegen die Strompfeiler der Ruhrort-Homberger Rheinbrücke, wobei der französische Kahn in zwei Teile zerbrach und sank. Die Besatzung konnte nur das nackte Leben retten.

Ein Sparkassendirektor, bei dem die Kasse nicht stimmt

Der Direktor der Hörder Sparkasse ist nach einer Revision der Kasse, bei der sich herausstellte, daß er sich bei der Vergebung von Krediten umfangreiche Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ, seines Amtes enthoben worden. Er soll aus dem Kassenbestand Kredite verausgabt haben, die von den in Frage kommenden Instanzen nicht genehmigt worden sind. Wahrscheinlich waren dem Herrn Direktor seine Bezüge zu niedrig.

Traktoren für Rußland

Zu Odessa wird in diesen Tagen ein Transport von 1000 Fordson-Traktoren aus Amerika erwartet.

Mißhandlung der Stiefkinder

Gegen die 23jährige Frau Gertrud Stolzenberger wurde heute vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen grausamer Mißhandlung ihrer beiden Stiefkinder verhandelt. Nach Aussage des Klassenlehrers, dem das gedrückte Wesen der Kinder auffiel, so daß er sie vom Schularzt untersuchen ließ, waren beide Kinder vom Nacken bis zu den Kniekehlen dicht mit Schwielen bedeckt, die von Schlägen mit einem dicken Rohrstock herrührten. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis, bewilligte ihr aber mit Rücksicht auf ihre Jugend, und weil die Gefängnisstrafe zu einer Zerrüttung ihrer Verhältnisse führen würde, eine dreijährige Bewährungsfrist zu und legte ihr eine Buße von 100 Mark auf, die in monatlichen Zahlungen von 10 Mark zu leisten ist.

Abenteuer eines Chauffeurs

Ein Berliner Chauffeur wurde in den späten Nachmittagsstunden von einem Manne zu einer Fahrt nach Bernau angenommen. Auf der Fahrt dorthin feuerte der Fahrgast plötzlich fünf Schüsse auf den Chauffeur ab, die sämtlich fehlgingen, worauf der Fahrgast flüchtete. Der Chauffeur fuhr nach Bernau weiter und erstattete dort Anzeige.

Ein republikanischer Kriminalkommissar

Wegen Beleidigung der Reichsfarben ist der **Breslauer** Kriminalkommissar Buißler vom Reichsdisziplinarhof mit sofortiger Dienstentlassung bestraft worden. Buißler hatte in Breslau von einem Straßenbahnwagen aus einen Reichsbannerzug **beschimpft** und die Fahnenträger **bespuckt!!!** Das hätte ein Arbeiter tun sollen — —.

Folgen der Grippe

In Labes in Pommern machte die an schwerer Kopfgrippe erkrankte Frau des Pfarrers Schliep im Zustande geistiger Umnachtung ihrem Leben durch Gift ein Ende.

Arbeiter-Sport

Bezirksjugendausschuß, 2. Kreis, 6. Bezirk

Berufe hiermit zum Sonntag, dem 13. März, vormittags 9½ Uhr, bei Weinrich, Böllberger Weg, obigen Ausschuß unter Hinzuziehung der Sparten-Jugendobleute zusammen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Wahl des Obmanns. 2. Kreis-Turn- und Sportfest. 3. Werbeveranstaltungen 1927. 4. Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Der Bezirksrat. J. A.: R. Mertins.

Fuchsjagd der Leichtathletik, Abtlg. Freie Turnerschaft Zeitz

Weich und elastisch sind die Wege des Knittelholzes von dem heraustretenden Frost. Nur langsam geht es anfänglich, mit tiefem Schweigen den aufgeweichten Boden betrachtend, vorwärts. Sollte es hier wirklich ein Genuß sein, den geplanten Geländelauf durchzuführen? So waren die Gedanken fast aller, die dabei waren. Doch das Gezwitscher der Waldvögel und der laue Frühlingswind ließ die schlechten Wege bei allen vergessen. Hinein und quer durch den Wald war die Losung nach einigem Ueberlegen und Bereden einer Fuchsjagd, am sonnigen Hang des Ferienheim-Turnplatzes. Bald stand alles in Sportkleidung bereit. Die Füchse waren auf die Strecke gegangen, während sich nach einigen Minuten die Jäger in behendem Lauf durch Büsche und Gestrüpp, hohen Laub- und Nadelwald, über braune Laub- und grüne Moosdecken auf die Fährte begaben. Allzu oft mußte mit dem weichen Waldboden Bekanntschaft gemacht, auf allen Vieren Hänge und Bäume erklommen, in gewandtem Hoch- und Weitsprung Gräben und Bäche überquert werden. Tüchtige Lungen- und Atmungsgymnastik, die Ausdauer fördernd, trat hier unwillkürlich zutage. Doch, war das nicht das verabredete Zeichen, bei Erblicken der Füchse? Nochmal so schnell geht es nach der Richtung des widerhallenden Pfiffes hin. Ein Kesseltreiben um das Abschlagen der Füchse, welche nun nach längerem Laufen und Suchen in die Falle gegangen waren, beginnt. Letzte Anstrengungen dieser, der Meute zu entgehen, nützen nichts, auch bei noch so vielem Schnippchenschlagen. Abgehetzt und erwärmt, doch voll befriedigt von der ersten diesjährigen Fuchsjagd, wird nach einer kühlen Abwaschung am Naturquell mit fröhlichem Gesang der Heimweg angetreten. Die nächste Fahrt, woran sich sämtliche Jugendgenossen des Vereins beteiligen können, findet am 13. März nach dem Kupferborn im Zeitzer Forst statt. Auch hier wird sich ein Geländelauf, verbunden mit Fuchsjagd, anschließen. Näheres folgt noch. — P.

Leichtathletik-Sportleiterlehrgang in Zeitz

Die Leichtathletik wird in vielen Vereinen unseres Bezirks noch nicht als vollwertig anerkannt, obwohl die in sich schließenden Uebungszweige einer besonderen Aufmerksamkeit ihrer Natürlichkeit wegen bedürfen. Echte Brauchkunst fürs Leben, für den Kampf ums Dasein ist die Leichtathletik in allen ihren Einzelheiten. Genau so, wie bei jedem anderen Uebungszweig der Leibesübungen, ja noch viel tiefgreifender, bedarf es hier eines langen, zähen, ausdauernden Trainings, um Erfolge zu erziehlen. Letzteres beruht wieder auf einer guten Anleitung, eines guten Vorbildes gegenüber den Uebenden. Sportleiter fehlen in unseren Vereinen, demzufolge es mit den Feinheiten der Leichtathletik auch nicht so recht vorwärtsgeht. Die Zeiten sind dahin, wo gesagt wurde, das bißchen volkstümliche Turnen wird so nebenbei betrieben. Die Leichtathletik, intensiv, systematisch und nach besonderen Grundsätzen gepflegt, ist mehr als volkstümliches Turnen. Sie ist ein edler Kampfsport, darum besonders muß tiefer in die Technik der Lauf-, Wurf-, Sprung- und Stoßarten eingedrungen werden, wenn der Ausübende Freude an Erfolgen haben soll. Gerade sie sind es, die neue Lust, neue Arbeitsfreudigkeit in die Vereine einziehen lassen. Sportgenossen des 4. Bezirks, rafft Euch endlich auf und nehmt Anteil am aktiven Sportbetrieb. Ueberlaßt nicht mehr einzelnen Vereinen oder Genossen die Arbeit am Aufstieg unserer Bewegung. Denkt daran, wenn es überall vorwärts gehen soll, dann müssen tüchtige Sportleiter vorhanden sein.

Der vom 12. März an, an fünf Sonnabenden stattfindende Sportleiterlehrgang wird unter guter Leitung reichlichen und interessanten Lehrstoff bringen. Jeder Teilnehmer wird gründlich unterrichtet und für die Sportleiterprüfung am 15. Mai vorgebildet. Der Lehrgang findet in Zeitz auf dem Sportplatz am Naetherpark und im Jugendheim statt. Er umfaßt die Sonnabende vom 12. März bis 2. April. Jeden Lehrtag wird zwei Stunden praktisch geübt, während je eine Stunde zu Vorträgen, das Gebiet der Leichtathletik betreffend, vorgesehen ist. Beginn ist jeden Sonnabend nachmittags 5 Uhr. Um eine Uebersicht zu haben, müssen sämtliche Teilnehmer bis zum 9. März gemeldet sein. Turn- und Sportvereine, scheut nicht die wenigen Unkosten an Fahrgeld. Schickt Sportgenossen, welche sich voll und ganz interessieren und nach Abschluß ihren Vereinsgenossen das Gelernte übermitteln können. Meldet pünktlich und zahlreich.

Franz Paschke, Bezirkssportwart.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101927030 8-11/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Werbeveranstaltung des RJB. in Torgau

am vergangenen Sonntag gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Es marschierten über 100 Kameraden auf unter Vorantritt der Martinskapellen Belgern und Mühlberg. Gerade war Jahrmarkt in Torgau, wo nur so die Bewohner herbeiströmten. Die Abendveranstaltung war ein voller Erfolg und es konnten eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen werden. Die rote Front marschiert — trotz alledem!

Ein Abtreibungsprozeß vor dem großen Schöffengericht Torgau

Es hatten sich eine ganze Reihe Angeklagte, nur Arbeiterfrauen, aus **Mühlberg** zu verantworten. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Urteil lautete bei drei Frauen wegen versuchter Abtreibung auf je zwei Monate Gefängnis. Der Rechtskonsulent Hugo Sick erhielt wegen Beihilfe in drei Fällen sechs Monate und seine Wirtschafterin wegen Beihilfe vier Monate Gefängnis. Zwei angeklagte Frauen wurden von der Anklage der Beihilfe zur versuchten Abtreibung freigesprochen. Einer Frau wurde eine dreijährige Bewährungsfrist und zwei anderen nach Verbüßung von einer Woche Gefängnis gleichfalls Bewährungsfrist gewährt.

Diese Urteile sind eine Schande, sie sind die weiße Schmach. Die Gesellschaft, die ihre Kinder hungern und darben läßt, hat kein Recht, Proletariereltern wegen Abtreibung zu bestrafen.

Falkenberg. „**Proletarische Gesinnung**" des **SPD.-Sekretärs und Amtsvorstehers.** Am Montag, 28. Februar, hatte der Radfahrerverein „Wanderlust" öffentliche Männer-Fastnacht und am Mittwoch darauf der Ankerwirt nochmals das gleiche. Nun hätte man doch gedacht, daß der SPD.-Unterbezirksleiter **Dietrich** die Fastnacht des Radfahrervereins, in welchem er selbst Mitglied ist, besuchen sollte, aber weit gefehlt. Er war dem Ankerwirt zu Gefallen bei der zweiten Fachnacht. Auf jedem bürgerlichen Rummel läßt er sich sehen, aber in unseren Mitgliederversammlungen war er noch nicht einmal zu erblicken. Es könnte auch anstößig wirken, wenn man zu Arbeitervergnügen geht! Sollte es wahr sein, daß seine Frau vor Jahren sagte: „Otto, nun brauchst Du nicht mehr so mit Arbeitern zu sprechen, weil Du nun Amtsvorsteher bist"? Er scheint ganz nach der Meinung seiner besseren Ehehälfte zu handeln. Als der Radfahrerverein Maskenball hatte, hatten auch die Schützen einen Ball. Ob dieser „brave" Prolet auch bei diesem zugegen war.

Hohenleipisch. **Prügelpädagogen.** Einer der tüchtigsten Prügelpädagogen scheint der Lehrer **Freitag** hier zu sein. Wir lassen einige Beispiele seiner „Erziehungsmethoden" folgen. „Gebildete Ausdrücke" sind bei ihm: „Ihr Hornochsen", „Du Rindvieh", „Blähschaf", „Ich haue die ganze Bande windelweich, damit Euch Hören und Sehen vergeht". Hatte er nun irgend jemand verprügelt oder eine „Züchtigung" — wie er es nannte — zuteil werden lassen, dann hieß es, im schnellsten Tempo in die Schulbank zurück, sonst konnte es dem betreffenden Schüler leicht passieren, daß ihm noch folgende „Lieblichkeiten" nachgerufen wurden: „Nun, mach' schnell, aber recht schnell, daß Du auf Deinen Platz zurückkommst, sonst haue ich Dich, daß Du Deine Holzpantienen verlierst." Bei seiner besonderen Launenhaftigkeit ist es vorgekommen, daß er ganze Bänke verdroschen hat, bis ihm sozusagen die Puste ausging und er den anderen zurief: „Seht Euch ja vor, sonst geht es die nächste Stunde weiter." Besondere Freude scheint es Freitag zu machen, wenn er einen seiner Schüler „züchtigen" will, den er dann in den Nachmittagsstunden, zum Nachsitzen noch einmal zur Schule kommen läßt. Durch diese Methoden werden die Eltern des Betreffenden am meisten gestraft, indem doch dieser oder jener Wege zu besorgen hat. Eine weitere Strafe ist es für die Familienväter, die nur einen Hundelohn verdienen und von diesem dann alle Augenblicke Schreibhefte kaufen müssen, weil in den Nachsitzestunden aller mögliche Unsinn hineingeschrieben werden muß. Das Schlimmste an der ganzen Sache ist, daß Lehrer Freitag der Sozialdemokratischen Partei angehört, deren Grundsätze es doch auch sein wollen, die Prügelstrafe abzuschaffen. Es gibt aber auch noch andere Lehrer, die scheinbar ohne Prügel nicht auskommen können. Auch diese werden wir, sobald sie nicht einen andern Kurs einschlagen sollten, an den Pranger bringen. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Schulvorstande werden sich in der nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit zu befassen haben.

Aus weiterer Umgebung

Auf der Harzfahrt verunglückt

Auf der Fahrt von Magdeburg nach Osterode verunglückte Sonntag 8¼ Uhr in der Nähe von Halberstadt das einem Magdeburger namens **Löwenthal** gehörige Auto. Von den Insassen wurde ein Herr Bach, der Schwager des Besitzers, sofort getötet, ein Herr Wilhelm lebensgefährlich verletzt; drei weitere Insassen erlitten Quetschungen und Knochenbrüche, die aber nicht lebensgefährlich sind. — Sicherlich eine Folge der **Autoraserei** — der einzigen „Betätigung" der Bourgeoisie.

Leipzig. **In der Badewanne ertrunken.** In der Lorckstraße wurde eine dort wohnhafte Frau beim Baden ihres einige Wochen alten Kindes ohnmächtig. Das Kind ertrank dabei in der Badewanne. Als der Ehemann aus dem Keller zurückkehrte, kam die Hilfe zu spät.

Dessau. **Aus Schwermut** über den kürzlich erfolgten Tod ihres Mannes vergiftete sich in ihrer Wohnung in der Franzstraße eine **67jährige Witwe.**

Forderungen der Kommunisten

an den 42. Landtag der Provinz Sachsen

Gegen die Willkür der Leuna-Gewaltigen

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

„Das Landesarbeitsamt wird beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, nötigenfalls die Regierung zum Eingreifen zu veranlassen, um die grenzenlose Willkür der Leuna-Werksleitung **bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern** zu unterbinden."

•

„Die Regierung wird aufgefordert, durch die **Gewerbeinspektion** rücksichtslos einzuschreiten gegen **die mörderischen Arbeitsverhältnisse im Leuna-Werke. Zur Verhütung von Unfällen und zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter sowie wegen der fortwährenden Lebensgefahr auf den Baustellen und in der Mehrzahl der chemischen Betriebe sind alle Ueberstunden und Akkordarbeit dauernd und restlos zu verbieten."**

Für vorausschauende Kommunalpolitik

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

„Der Provinziallandtag beauftragt den Landeshauptmann und den Provinzialausschuß, mit allem Nachdruck einzutreten für die schleunigste Neuregelung der kommunalen Grenzen **im Wirtschaftsbezirk Merseburg-Leuna-Geiseltal.** Dabei muß maßgebend sein eine weitvorausschauende planmäßige Erschließung des ganzen Wirtschaftsgebietes, so daß in günstiger Lage und entsprechend der sich immer mehr entwickelnden Industrie und Verkehrseinrichtungen die systematische und großzügige Anlage von Wohnsiedelungen und Grünflächen gewährleistet ist. **Die Wohnungsnot, das Wohnungselend sowie die lebensgefährlichen Arbeitermassentransporte auf stundenlangen Fahrten drängen zu schleuniger Abhilfe."**

Mittellandkanal

„Der 42. Provinziallandtag fordert vom Reichstag und der Reichsregierung die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der wesentlichste Bestandteil des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist der **Bau des Mittellandkanals, des Saale-Elsterkanals, der Saale-Regulierung** zwischen Bernburg und Halle und des Anschlußkanals Staßfurt-Leopoldshall.

Der Provinzialausschuß wird beauftragt, mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Arbeiten sofort in großem Umfang aufgenommen werden."

Gegen die Schließung von Eisenbahnwerkstätten

„Der 42. Provinziallandtag erhebt schärfsten Protest gegen die von der Reichsbahnverwaltung geplante Schließung der Eisenbahnwerkstätten Magdeburg-Buckau, Halberstadt und Stendal. Der Provinziallandtag verlangt von der Reichsregierung, daß die willkürlich und ohne stichhaltigen Grund beabsichtigte Schließung rückgängig gemacht wird."

•

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, den Provinzialausschuß zu beauftragen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß folgende Maßnahmen in der **Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge** entsprechend den

Forderungen der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz,

Halle, am 26. September 1926, beschleunigt durchgeführt werden:

1. Erwerbslose **Arbeitnehmer** erhalten **ohne Karenzzeit** für die Gesamtdauer der Erwerbslosigkeit Erwerbslosenunterstützung.
2. Die **Unterstützungssätze werden um 50 Prozent erhöht.** Die Orts- und Lohnklassendifferenzierung wird abgeschafft. Die jugendlichen Erwerbslosen erhalten die gleichen Unterstützungssätze wie die übrigen.
3. Im § 1 Abs. 3 des **Krisenfürsorgegesetzes** wird der letzte Satz gestrichen. Die Bestimmung, daß die Krisenfürsorge nur in besonderen Härtefällen ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt werden kann, wird in eine **Muß**bestimmung umgewandelt.
4. Die **Gemeinden** sind anzuhalten, an die Erwerbslosen Heizung, Licht, Kleidung, Kartoffeln, desgleichen Milch, Kleidung und Schulbedarf für deren Kinder kostenlos zu liefern. Ferner ist für die Erwerbslosen die **Mietezahlung** von den Gemeinden zu übernehmen. Notstandsarbeitern sind sämtlichst nötige Werkzeuge sowie besondere Arbeitskleidungsstücke kostenfrei zu liefern. Die hierfür erforderlichen Beträge sind vom Reich anzufordern.
5. Bis zur **Durchführung** dieser Bestimmungen ist anzuordnen, daß wegen **rückständiger Miete gegen Erwerbslose keine** zwangsweise Wohnungsräumung **durchgeführt werden darf.**
6. **Kurzarbeiter** erhalten für die ausgefallene Arbeitszeit Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Sätze der **Erwerbslosenunterstützung,** wenn die ausfallende Arbeitszeit mindestens ein Sechstel der Vollarbeitszeit beträgt.
7. **Alle Sonderbestimmungen** der Erwerbslosenfürsorge **für Landarbeiter sind aufzuheben.** Die Landarbeiter sind den allgemeinen Bestimmungen zu unterstellen.
8. Die Gemeinden sind zu veranlassen, die **Sozialversicherungsbeiträge** für die ausgesteuerten Erwerbslosen zu zahlen.
9. Nichtdurchführung der **Erwerbslosenversicherung,** dafür Ausbau der Erwerbslosenfürsorge im Sinne dieser Forderungen."

•

„**Der 42. Landtag der Provinz Sachsen erhebt schärfsten Protest** gegen die Einführung der **Arbeitslosenversicherung** und verlangt demgegenüber den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. Dazu verlangt der Landtag, daß in den preußischen Etat für 1927 mindestens ein gleicher Betrag (165 Millionen RM.) zur Unterstützung aufgenommen **wird,** außer den beabsichtigten Anleihen für die Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge."

Für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung, Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, Verbesserung des Wohnungswesens und des Verkehrs in der Provinz Sachsen ein großzügiges Programm aufzustellen und schleunigst zur Durchführung zu bringen.

Die benötigten Mittel sind bei Reich und Staat anzufordern bzw. auf Anleihe zu nehmen. Die Arbeiten sind **in eigener Regie** der Provinz, der Kreise oder Gemeinden durchzuführen. Den Kommunalverbänden sind die benötigten **Mittel langfristig** und zinslos, bei besonderer Notlage als **nicht** rückzahlbare Zuschüsse zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere sind folgende Arbeiten durchzuführen:

a) **Förderung des Baues von Wohnungen** für die arbeitende Bevölkerung, vor allem in den Gemeinden mit starkem Wohnungsbedarf und geringer Steuerkraft. Die Zuschüsse der Provinz sollen neben den Hauszinssteuerhypotheken Verwendung finden. Da die Aufhebung der Hauszinssteuer bisher nicht erreicht, muß ihre Verwendung für Verwaltungszwecke endlich unterbunden werden. Bei der Errichtung von neuen Siedlungen ist auf gesunde Lage und die Verkürzung des Weges der Arbeiter zu den Arbeitsplätzen hinzuwirken. Ein Teil der Mittel kann für Sanierungsprojekte, zum Zwecke der Beseitigung ungesunder Wohnquartiere und ihre Ersetzung durch Neubauwohnungen sowie zur Aufschließung von Siedlungsgelände durch die Kommunalverbände verwendet werden.

b) **Beschleunigter Ausbau aller projektierten Teile des Mittellandkanals,** Errichtung der Harz-Talsperren. Durchführung der Saalekanalisierung, sowie der Bode-, Mulde-, beide Elster- und Luppe-Regulierung zur Verhinderung von Hochwasserschäden.

c) **Verbesserung des Verkehrswesens** in den Industriegebieten, wo die Reichsbahn den Verkehr nicht mehr zweckmäßig durchzuführen vermag.

Insbesondere ist in Angriff zu nehmen die Errichtung von **elektrischen Bahnen** in den Industriegebieten von Staßfurt, Weißenfels-Zeitz, Bitterfeld, Merseburg und Mansfeld (Wiederinbetriebsetzung und Ausbau der Kleinbahn). Die betroffenen Kreise und Gemeinden sind aufzufordern, sich an den grundsätzlich in den Händen der beteiligten Kommunalverbände verbleibenden Unternehmen zu beteiligen. Die Tarife auf diesen Bahnen dürfen die der Reichsbahn nicht übersteigen.

d) **Erweiterung des Straßennetzes** durch Anlage neuer Straßen, Wege und Brücken sowie durch Wiederinstandsetzung und Verbesserung von solchen Verkehrswegen, die reparaturbedürftig sind oder dem steigenden Verkehr nicht mehr genügen. Entlastung der Ortsstraßen vom durchgehenden Automobilverkehr durch Umgehungsstraßen. Den Kommunalverbänden sind für Neubau-, Reparatur-, und Umgehungsprojekte die benötigten Mittel zinslos und langfristig zur Verfügung zu stellen."

Für Achtstundentag

„In sämtlichne Anstalten und wirtschaftlichen Unternehmungen der Provinz Sachsen ist sofort die 48stündige Arbeitswoche einzuführen."

Riesensender für Radio

60 Kilowattsender im Rheinland — Mammutsender in Amerika — Große sowjetrussische Pläne

Bekanntlich ist der Langenberger Sender, der am 15. Januar eröffnet wurde, der größte Sender Europas. Er erhebt sich in 120 Meter Höhe auf einem Hügel bei Langenberg. Das Kabel geht vom Sender nach Köln zum Besprechungsraum, in dem die Vorträge und musikalischen Darbietungen stattfinden. Der Sender arbeitet mit 60 Kilowatt. Seine Stimme dürfte wohl in ganz Europa gut zu hören sein.

Er wird aber nicht lange allein die mächtigste Stimme bleiben, weil in **Motala** in **Schweden** ein Großsender im Bau ist, der fast so stark werden soll wie dieser. Auch er soll schon in den nächsten Monaten in Verwendung genommen werden. Sein Standort ist etwa 200 Kilometer südwestlich von Stockholm. Da Schweden schon 28 Sender im normalen Rundfunk besitzt, wird dieser neue Großsender auf einer Welle von 1350 Meter arbeiten, die zwischen Königswusterhausen und Moskau liegt. Man wird ihn daher nicht mit den normalen Rundspruchapparaten hören können. Nur Empfangsanlagen mit größerem Spulenbereich wären befähigt, ihn aufzunehmen.

Auch in **Dänemark** ist man daran, einen Großsender zu bauen, der mit diesem schwedischen in Wettbewerb treten soll, und dazu kommen noch weitere Großsender, die in Rußland, Frankreich, England, Italien geplant sind. Zu den deutschen Großsendern von zehn Kilowatt, die es jetzt in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Breslau gibt, kommen in der nächsten Zeit Königsberg und Speier.

In **Amerika** hat man seit einiger Zeit zwei Sender zu je fünfzig Kilowatt, die von Pittsburg und Schenectady, die man in Europa in den frühen Morgenstunden hört. Diese bisher stärksten Rundspruchsender werden bald von Europa geschlagen sein. Amerika bleibt nicht zurück. Man baut in Schenectady jetzt an einem Sender von 250 Kilowatt, der die ganze Erde bestreichen wird. Man wird ihn in Europa gut hören können, allerdings nur, wenn seine Welle günstig gewählt sein wird.

Amerika kommt da mit einem Sprung der langsameren Entwicklung in Europa voraus und es ist wahrscheinlich, daß es mit seinen reicheren Mitteln auch auf lange Zeit in der Lage ist, Mammutsender zu bauen, die Amerikas Stimme über alle Welt tragen. Amerika will das zuerst eroberte Radio weiter als wichtiges Werbemittel ausbauen, und daß es die Bedeutung des Radios schätzt, geht daraus hervor, daß es dort mehrere hundert Sender gibt, die allabendlich ihre Programme hinausstrahlen.

Schon vor fünf Jahren, ehe man in Europa daran dachte, das Radio im praktischen Verkehr anzuwenden, hatte man in Amerika durch Radio Mitteilungen ausgesendet, zu einer Zeit, als es dort noch wenige Radioapparate gab. Seither ist es dort zu einem unentbehrlichen Mittel des Verkehrs geworden. In Europa haben noch viele die Bedeutung des Radios nicht erkannt, aber es geht auch da nun rascher vorwärts. Immer mehr Riesensender erstehen und in **Rußland** denkt man schon daran, durch einen **Sender von tausend Kilowatt** über das ganze ungeheure Reich hinweg mit den Volksmassen in Verbindung zu treten. Allerdings ist dieses Projekt noch nicht so weit, daß man es in absehbarer Zeit verwirklicht sehen kann, weil ungeheure Mittel dazu gehören, einen derartigen Sender zu bauen und zu betreiben. Aber schon der Gedanke, ihn zu bauen, zeigt, daß wir nun die Zeit gekommen sehen, die mit Riesenzungen zu den Völkern spricht und ihre Aufmerksamkeit erregen will, daß damit auch ein neues Beeinflussungsmittel der Gedankenwelt herauswächst. Was heute noch in beschränktem Maße möglich ist, zu den Massen zu sprechen, wird mit dem Ausbau der Riesensender in Zukunft allgemein üblich sein. Dazu kommt, daß die Technik der kurzen Wellen ausgebaut wird, weil man mit verhältnismäßig geringen Energien mit kurzen Wellen ungeheure Entfernungen überbrücken kann. Besonders am Tage wandern sie weite Strecken, während im Sonnenlicht die mittleren Wellen der Rundspruchsender geschwächt werden. Die Zukunft wird daher das Ringen um den Ausbau des heutigen Rundspruchnetzes und des Kurzwellensenders bringen, dem allein die Zukunft gehört.

Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 9. März

10.05 Uhr: Verkehrsfunk. Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 bis 2 Uhr: Sonderkonzert für die Leipziger Groß-Messe. Dazwischen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3.30 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Einheitskurzschrift für Anfänger. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittag für die Jugend. Dazwischen spielt die Dresdener Rundfunkhauskapelle entsprechende Weisen. 6.05 bis 6.20 Uhr: Morsekursus. 6.20 bis 6.30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 6.30 bis 6.55 Uhr: Deutsche Welle Berlin: Englisch für Anfänger. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Die Idee und Form des Faust-Dramas." 7.30 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe. Das Zeitalter Beethovens im Spiegel der Kultur. 7.45 bis 8.15 Uhr: Vortrag: „Aera Metternich." 8.15 Uhr: Darbietungen. Anschließend Funkpranger. Etwa 10.10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.25 bis 12 Uhr: Funkbrettl.

Donnerstag, den 10. März

10.05 Uhr: Verkehrsfunk. Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 bis 2 Uhr: Sonderkonzert für die Leipziger Groß-Messe. Dazwischen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.05 bis 6.30 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.30 bis 6.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Spanisch für Fortgeschrittene. 7 bis 7.30 Uhr: „Märchen und Dialekt." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Das Wesen der Geschlechter" oder „Mann und Weib." 8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe. 8.15 Uhr: Aus der Physiologie der Ehe. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.30 Uhr: Funkstille.

Freitag, den 11. März

10.05 Uhr: Verkehrsfunk. Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 bis 2 Uhr: Sonderkonzert für die Leipziger Groß-Messe auf der Hupfeld-Phonola. Dazwischen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3.30 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 6.05 bis 6.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6.30 bis 6.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Englisch für Fortgeschrittene. 7 bis 7.30 Uhr: „Das Ergebnis der Leipziger Messe." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Die Gestalten des Faust-Dramas." 8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe. 8.15 Uhr: Phantastische Geschichten. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15 bis 12 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. Operetten-Abend.

Sonnabend, den 12. März

10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Französisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Esperanto. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 6 bis 6.15 Uhr: Funkbastelstunde. 6.15 bis 6.30 Uhr: Steuerrundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Soziale Gedanken im deutschen Recht." 7.30 bis 8 Uhr: „Die Anfänge der Geldwirtschaft." 2. Teil. 8.15 Uhr: Bunter Abend. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15 Uhr: Tanzmusik.

Sonntag, den 13. März

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: Vortrag: „Der Beruf Deines Kindes." 11.30 bis 12 Uhr: „Zur Entwicklung hochwertiger Baustoffe für Eisenkonstruktionen." 12 bis 1 Uhr: Musikalische Stunde. Uebertragung aus Berlin: 3.30 Uhr: Funkheinzelmann. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 7 Uhr: Vortrag: „Von Tonika, Dominante und Unterdominante." Hans-Bredow-Schule 7 bis 7.30 Uhr: „Rund um den Film." 7.30 bis 8 Uhr: „Hinter der Bühne vom Klingelzeichen bis zum letzten Aktschluß." 8.15 Uhr: Hörspiel: Das Grabmal des unbekannten Soldaten. Tragödie in 3 Akten von Paul Raynal, deutsch von Hedwig von Gerlach. 10 Uhr: Sportfunk. 10.30 Uhr: Ernstes Konzert.

Briefkasten

Bitterfeld. Pl. Am Tage des Erscheinens der Zeitung können aus technischen Gründen für den Provinzteil nur noch kurze Notizen gesetzt werden. Wir empfehlen, bei so wichtigen Veranstaltungen also sofort eine kurze Meldung und gleich darauf den ausführlichen Bericht abzusenden.

Verantwortlich. **Marianne Gundermann** Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: **Fritz Kroh**, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0012

Die Bezirke antworten

Wittorf, Hamburg. Genossen, in Anbetracht der Erklärung von Bartels, der sich hier als ein Beschützer der Sowjetunion und sozusagen als der Rufer im Streite im Konflikt zwischen England und Sowjetrußland fühlt, stelle ich zunächst fest, daß die Delegation Wasserkante eine Gruppe Urbahns nicht kennt. Urbahns war einmal in unserem Bezirk, aber er war es, der in Moskau, als er gefragt wurde, warum Maslow nicht gekommen sei, um sich zu rechtfertigen, antwortete: „Wir haben nicht das geringste Vertrauen zu den Einrichtungen der Sowjet-Regierung." Bartels, der auf dem Standpunkt Urbahns in dieser Frage steht, hat also heute die Scheinverteidigung der Sowjet-Union gegen die Intervention nur vorgenommen, um Genossen, die noch nicht völlig mit der Parteilinie einverstanden sind, aber absolut das Verhalten dieser Gruppe gegenüber der Sowjet-Union mißbilligen, für die Opposition einzufangen. Mögen auch Meinungsverschiedenheiten herrschen, alle Genossen werden es sich überlegen, daß mit Bartels zu gehen, ein Schritt ist, der außerhalb der Partei führen muß.

Besteht eine Krise in der Partei, wie sie dauernd von der Opposition annonciert wird, die von nichts als von Mißerfolgen und Krisen in der Partei spricht? **Die Opposition verwechselt offenbar die Partei mit ihrer Gruppe.** In Wirklichkeit besteht nicht eine Krise in der Partei, sondern eine dauernde Schwindsuchtskrise innerhalb der oppositionellen Gruppe. Eine Illustration dazu ist die Anzahl der Delegierten, die auf weitgehend demokratischer Basis für die Opposition zum Parteitag gewählt wurden. Die Opposition will, daß die gesamte Diskussion auf dem Parteitag sich nur mit ihr beschäftigt, damit über die praktischen Aufgaben, die vor der Partei stehen, nicht diskutiert werden kann. Das gesamte Interesse soll sich auf diese 10 Genossen konzentrieren und die übrigen 173 Delegierten sollen sich tyrannisieren lassen. Das Vergnügen werden wir ihnen nicht machen. Wir stellen fest, eine entgegengesetzte Analyse der Situation gegenüber der der Parteileitung wurde weder von Kötter noch auch von den übrigen Oppositionellen versucht, geschweige denn gegeben. Die zentrale Aufgabe der Partei, besteht darin, die Arbeiter zum Widerstand gegen die Rationalisierung, gegen die allgemeine Offensive der Unternehmer zu mobilisieren. **Es gibt in 2 bis 3 Monaten eine Welle von Lohn- u.nd Arbeitskämpfen und es ist notwendig, daß der Parteitag sein Interesse auf diese praktischen Aufgaben richtet und nicht mehr über die Opposition diskutiert, das haben wir seit 20 Monaten getan.** Nur durch eine wirklich revolutionäre Gewerkschaftsarbeit werden wir in Deutschland von der Defensive der Arbeiterschaft in die Offensive gegen die Unternehmer übergehen. Das ist viel schwerer als ständig in dem Ressort „Kritik" zu arbeiten. Die Partei hat gelernt, selbst Kritik zu üben, sie hat gelernt, ihre Fehler und Schwächen aufzuzeigen, aber keinem Genossen ist es gestattet, nur Kritik zu üben. Die sachliche Kritik muß Allgemeingut der Partei werden, das ist die Voraussetzung für jede Entwicklung der Partei. Seit dem offenen Brief stellen wir eine Konsolidierung der Partei, Erfolge der Partei und immer stärkeren Drang der Mitglieder zur praktischen Arbeit und zum Schluß der Diskussion fest. Das ist ein gesunder Geist und wir werden auf dem Parteitag ein Zentralkomitee wählen, das die Gewähr dafür bietet, daß die eingeschlagene Linie fortgesetzt wird. (Beifall.)

Pfeiffer, Berlin, unterstreicht die einheitliche Meinung der Berliner Delegation mit der Hamburger, der Opposition, die in der Partei lange nicht mehr die Bedeutung hat, wie sie erträumt, den Willen zu tun, sich durch die Diskussion aufhalten zu lassen, sondern die positiven Aufgaben zu stellen. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Durchführung der Politik des Offenen Briefes war die Umstellung auf Betriebszellen. Durch sie kamen wir von der abstrakten Phraseologie und der Politik der Isolierung von den Massen zur Durchführung der politischen Parteiaufgaben und zur stärksten Unterstützung der Politik der Partei durch die unteren Parteiorgane. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn die Opposition die Umstellung kritisiert. Wir müssen in Berlin einen erbitterten Kampf durchführen, können aber feststellen, daß die großen Diskussionen in der Partei wesentlich zur politischen Belebung und Festigung der Betriebszellen beitrug. Dafür einige Zahlen: An der Diskussion über das Ergebnis der 6. Erweiterten Exekutive beteiligten sich in den Zellen insgesamt 52,4 Prozent der Mitgliedgliedschaft. Ich frage, ob je in der Wohnorganisation eine solch hohe Ziffer zu verzeichnen war. Bei der russischen Diskussion diskutierten manche Zellen, zwei-, ja dreimal, ehe sie entscheidende Beschlüsse faßten. Man aber versteht die Betrübnis der Opposition, nachdem Genossen wie Hesse, früher Pol.-Leiter im 7. Verwaltungsbezirk; Jädicke, im 6., oder Schlecht, Mitglied des ZK. und Winkler, Mitglied der Bezirksleitung, in Berlin in ihrer Zelle nicht einmal mehr als Delegierte zu einer Delegiertenkonferenz die 8 Stimmen aufbringen konnten, die nötig waren.

Jetzt müssen die positiven Parteiaufgaben mit der gleichen Energie in den Zellen gestellt werden. Der Einfluß der Partei wächst viel rascher als die Mitgliedschaft. Deshalb müssen die sympathisierenden Schichten viel stärker erfaßt werden. Wir müssen uns mehr auf die wichtigsten Betriebe und die wichtigsten Industriestädte konzentrieren, und die Gewerkschaftsarbeit besser fundieren. In allen Städten steht als Hauptaufgabe die Verlegung der Gewerkschaftsarbeit in die Zellen, die Eroberung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers in den Betrieben als Voraussetzung zur Eroberung der Gewerkschaften und entscheidende Gewerkschaftsfunktionen, die wir in unserem Kampfe um die Macht unbedingt brauchen.

Schröter, Halle-Merseburg. Der Parteitag muß den Mitgliedern den neuen Weg der Partei klar und deutlich aufzeigen. Bezirksparteitags- und Parteitagszusammensetzung beweisen zur Genüge, daß die neue Linie richtig ist. Das kommt auch in den Erfolgen der Partei in dem letzten Jahre zum Ausdruck. Im Gegensatz zu allen Oppositionsrednern unterstreichen wir, daß es der Partei gelungen ist, wieder das Vertrauen der breiten Massen der Werktätigen zurückzugewinnen. In der Volksentscheids-Kampagne war es uns möglich, Millionen von Arbeitern hinter die Losung der Partei zu sammeln und die SPD.-Führung zu schlagen. Das drückt sich in der immer stärkeren Opposition in der SPD. aus. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn die Opposition hier behauptet, wir hätten unsere wichtigsten Positionen verloren, unser Einfluß in den Gewerkschaften sei gesunken. Im Bezirk Halle-Merseburg gelang es uns, bei den Wahlen im Jahre 1926 unseren Einfluß um 40 bis 50 Prozent zu steigern. Wir haben einzelne Gewerkschaftskartelle erneut in den Händen und neue Ortsverwaltungen erobert, z. B. in Halle, wo uns das Gewerkschaftskartell durch die falsche Politik der Ruth-Fischer-Zentrale aus den Händen gerissen wurde, sind wir drauf und daran, es uns wieder zu holen. Wir haben eine Landeskonferenz der Werktätigen durchgeführt mit 408 Delegierten, darunter 38 Sozialdemokraten und 137 parteilose Arbeiter. Wir konzentrieren unsere Kraft in den Großbetrieben. Ich erinnere an den gewaltigen Aufbau des Chemietrusts, der jetzt in der Periode der akuten Kriegsgefahr eine besonders große Bedeutung gewinnt. **Innerhalb von 8 Monaten haben wir 3000 neue Mitglieder gewonnen und unsere Abonnentenzahl um 1800 gesteigert.**

Keine Verzettelung und Vertrödelung der Kräfte mehr mit Auseinandersetzungen mit der Opposition, Mobilisierung der Partei und Sammlung für die kommenden revolutionären Aufgaben! (Großer Beifall.)

Mildenstrey, Erzgeb.-Vogtland. Es heißt hier, uns nicht in Gegensätzen verzetteln, sondern unsere Erfahrungen austauschen. In unserem Bezirk ist nicht nur ein besonders scharfer Faschismus, sondern auch die radikalste Richtung der Sozialdemokratie. Das Ergebnis der letzten Wahlen in Sachsen zeigt, daß wir in Sachsen weit vorwärts gekommen sind, in manchen Orten sogar die Sozialdemokratie geschlagen haben. Das haben wir gegen den Gewerkschaftsapparat, der Ueberlegenheit der SPD.-Presse nur erreicht dadurch, daß wir die sozialdemokratischen Arbeiter nicht in gehässiger Weise angegriffen, sondern uns mit ihnen in den Betrieben kameradschaftlich über alle Dinge beraten und dennoch gleichzeitig, besonders die linken Führer, aufs schärfste bekämpft haben. Die Taktik zur Regierungsbildung war richtig. Wir hatten überall die Initiative, wir haben alle Fragen in der breiten Oeffentlichkeit diskutiert und wenn es die anderen Bezirke auch so machen, werden sie ebenfalls unsere Fortschritte erzielen. Die Delegierten vom Erzgebirge-Vogtland stimmen den Thesen des Zentralkomitees zu. Mit einer derartigen Opposition, wie sie sich hier aufgetan hat, haben wir nichts gemein.

Gen. Böttcher. Die Frage der Entwicklung des linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung ist die entscheidende Frage für unsere Politik überhaupt. In der Partei besteht heute Klarheit darüber, daß der Weg zur Revolution nur gehen kann über die Vernichtung der Sozialdemokratie. Aber wir werden immer Auseinandersetzungen haben über das Wie der Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses und über die Methoden im Kampf gegen die Sozialdemokratie. In diesem Sinne war vielleicht das Experiment der Ultralinken geschichtlich notwendig. Wir sehen heute eine sehr starke Fraktionsbildung innerhalb der SPD., die vielfach weiter geht, als allgemein bekannt ist. (Spaltung der SAJ. in Leipzig und Berlin.) Es besteht aber ein offener Widerspruch zwischen der Stärke der Opposition in der SPD. und unserem Einfluß auf sie. Wir könnten größere Erfolge haben. Die objektiven Schwierigkeiten unserer Arbeit auf diesem Weg bestehen in folgendem: Der Imperialismus verschmälert die Basis des Reformismus und schafft die Voraussetzungen zu zentristischer Gruppenbildung. Die zweite Schwierigkeit besteht in der parlamentarischen Scheinopposition der SPD. im Reich. Drittens besteht die Tatsache, daß in der Gewerkschaftsbewegung die linken Führer Kämpfe geführt haben und noch führen werden. Der Leipziger Metallarbeiterstreik ist ein Beweis dafür.

Die Politik der KPD. gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern hat noch Mängel. **Der Offene Brief hat verlangt, daß für uns die sozialdemokratischen Arbeiter nicht nur ein Agitationsobjekt, sondern Klassenbrüder sein sollen.** In der vorliegenden Resolution ist eine mechanische Formulierung über unsere Stellung gegenüber der linken Sozialdemokratie enthalten. Es ist richtig, daß die linken sozialdemokratischen Führer gefährlicher und schwerer zu entlarven sind. Aber man darf das nicht so grob mechanisch formulieren, sonst könnte man zu der Auffassung kommen, Cook sei gefährlicher als Macdonald. Die scharfen Differenzierungen müssen konkreter formuliert werden. Durch systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, die Lehre aus der Politik ihrer Partei zu ziehen und zum Kommunismus zu kommen.

Als nächster Redner spricht Gen. Brinkmann, Ruhrgebiet. Wir haben im Ruhrgebiet ein Musterbeispiel für die Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung. Es ist kein Zufall, daß gerade Thyssen in Hamborn Ende 1923 als erster den Angriff auf die Arbeitszeit eröffnete. Natürlich ist bei der Durchführung der Rationalisierung die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit nicht allein maßgebend. Auch gewisse technische Verbesserungen in den Betrieben spielen eine Rolle, durch die noch mehr aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden soll. Der ungeheure Einfluß der Vertrustung gerade im Ruhrgebiet ist bekannt. **Die Zusammenballung großer Arbeitermassen auf kleinem Gebiet bildet für uns den Boden, um eine schlagkräftige Arbeiterschaft herauszukristallisieren.** Während die Produktion gesteigert wid, sinkt die Lebenshaltung der Arbeiter ständig. Der Förderanteil der Bergarbeiter ist seit 1913 bis 1926 um 31 Prozent gestiegen. Der Lebenshaltungsindex stieg um 40 Prozent, der Lohnanteil dagegen nur um 20 Prozent. Redner wendet sich gegen die falsche Auffassung der ultralinken Genossen in der Frage der Stabilisierung. Wir können die Rationalisierung nur innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften bekämpfen. **Das gewerkschaftliche Verhältnis ist aber absolut ungenügend.** Die Tatsache, daß wir im Ruhrgebiet in 172 Betrieben 391 Betriebsräte haben, zeigt unseren Einfluß auch unter den unorganisierten Massen. Trotzdem ist es uns nicht gelungen, einen Kampf zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter auszulösen. Redner schließt seine Ausführungen mit der Forderung nach Beendigung der Diskussionen und der Fraktionsarbeit. Nur im geschlossenen Kampf kann die Partei ihre Aufgaben durchführen. (Beifall.).

Ernst Meyer. Mein Vorredner hat sich falsch ausgedrückt, wenn er gegen die Kritik am Zentralkomitee und den Bezirksleitung sprach. Er meinte offenbar, daß in Zukunft an Stelle einer fraktionellen Kritik eine sachliche, kameradschaftliche Kritik und gegenseitige Hilfe treten soll.

Die Oppositionsredner behaupten hier, die Partei habe durch eigene Schuld an Einfluß gegenüber der SPD. verloren. Das Gegenteil ist richtig. Unser Einfluß in der Arbeiterschaft seit dem Offenen Brief ist gewachsen. Wenn unsere Erfolge nicht noch größer waren, so liegt das zum Teil daran, daß die Ruth-Fischer-Politik unsere Position in den Gewerkschaften zerstört hat. Helfen kann daher **nicht Rückkehr zu dieser falschen ultralinken Politik, sondern systematische zähe Anwendung der Einheitsfrontpolitik.** Voraussetzung dafür ist u. a. richtige Erenntnis und Ausnutzung der Differenzierungen innerhalb der Sozialdemokratie. In der SPD. gibt es drei Strömungen: die rechte SPD., die zentristische „linke" SPD. und eine revolutionäre Arbeiteropposition. Der rechten SPD., den Agenten Chamberlains im Kampfe gegen die Sowjet-Union, gilt unser schärfster Kampf. Die **„linken"** SPD.-Führer spielen **objektiv die gefährlichste Rolle,** aber in der Polemik gegen sie, dürfen wir nie Lenins kluges Wort vergessen: **„Den Kampf gegen den Zentrismus auch nur ein wenig übertreiben, heißt den Zentrismus stärken."** Die oppositionellen Arbeiter, die sich an der Rußland-Delegation und am Kongreß der Werktätigen beteiligten und ehrlich den Klassenkampf wollen, müssen wir durch Besprechungen heranziehen und mit ihnen gemeinsam im Betrieb und in der Gewerkschaft operieren. **Für die Opposition dagegen ist die SPD. ein einheitliches konterrevolutionäres Gebilde.** Diese „linke" Taktik hat die Partei in der Ruth-Fischer-Zeit an den Rand des Verderbens gebracht. Trotzdem will die Opposition sie wiederholen. Die Mehrheit der Partei wird dagegen vom Boden der Komintern aus die richtige Taktik gegenüber der SPD. noch konsequenter verfolgen.

Darauf spricht Gen. **Richter, Westsachsen.** In unserem Bezirk sind die Fragen der Parteitaktik wohl am breitesten diskutiert worden. Die Zusammensetzung unserer Delegation zeigt, daß die Opposition noch ziemlich stark verankert ist. Das Auftreten der Opposition hat unsere Arbeit gehemmt. Es ist bezeichnend, daß die Ultralinken den Kongreß der Werktätigen als einen Fassaden-Kongreß bezeichnet haben. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen waren ein Erfolg für die Partei. Wir brauchen besonders in Westsachsen eine **Konzentration der Kräfte der Partei.** Es gibt bei uns einen Teil Mitglieder, die sich zu Spezialisten für Parteidiskussionen ausgebildet haben, anstatt uns in der praktischen Arbeit zu helfen. Redner spricht über die Werbung neuer Mitglieder und verlangt die Abhaltung einer Parteischule. Gen. Richter schließt mit einem Appell die Gesamtkraft der Partei nicht in der Diskussion zu verzetteln, sondern einheitlich und geschlossen an die Arbeit zu gehen.

Gen. Ifland, Thüringen, weist im Namen der gesamten Thüringer Delegation die unberechtigte Kritik des Genossen Bartels zurück. Nicht die jetzige Bezirksleitung und nicht das ZK., sondern die Ruth Fischer, Schwarz und Konsorten haben uns die Arbeit im Bezirk zerschlagen. Als Delegierter eines Großbetriebes kann ich am besten die Wirkungen der Macht des Trustkapitals im Kampf für die Niederdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft beurteilen. Gegen diese Maßnahmen müssen wir den Kampf aufnehmen. Das ist in allererster Linie nur möglich durch eine praktische leninistische Gewerkschaftsarbeit. Gerade hier hat die Ruth-Fischer-Zentrale am meisten gesündigt. **So hatten wir in Ost-Thüringen einen Gau der Textilarbeiter von 44 000 Mitgliedern und 15 Zahlstellen in unserer Hand. Wir hatten außerdem die Mehrheit in vielen Großbetrieben, sowie in einigen Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes. Nach knapp halbjähriger Tätigkeit der Ruth-Fischer-Zentrale waren diese Erfolge vernichtet.** Schwarz ging sogar so weit, in Thüringen eine eigene Gewerkschaftsorganisation aufzuziehen. **Erst seit dem Offenen Brief haben wir wieder einen allmählichen Aufstieg zu verzeichnen.** Redner geht auf die Erwerbslosenfrage ein und teilt mit, daß der Bezirk Thüringen eine eigene Erwerbslosenzeitung, angefangen mit einer Auflage von 6000 Stück, herausgegeben hat, die heute schon 12 000 Leser zählt. Die Rußland-Delegationen waren für unsere Arbeit von größtem Wert. Gen. Ifland schließt seine Ausführungen mit folgendem Appell an die Ultralinken: **Ueberlaßt die Begeiferung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der antibolschewistischen Liga, überlaßt die gemeine Verdächtigung, daß das Zentralkomitee unserer Partei konterrevolutionär und reformistisch sei, den Reformisten. Tragt gemeinsam mit uns dazu bei, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Kommunistischen Partei zu stärken, nur dann werden wir den Sieg über die Konterrevolution davontragen.** (Lebhafter Beifall, Bravo-Rufe).

Erdmann (Agitprop-Abt. des ZK.) Der Wille der Partei, die Kräfte der Partei zu steigern, kommt u. a. zum Ausdruck in den zahlreichen Anträgen, die sich mit den Propaganda-Aufgaben beschäftigen. Die Hauptlehre der letzten Kampagnen der Partei besteht in der Erkenntnis der Notwendigkeit der **Hebung des politischen Niveaus der Zellenarbeit,** weil das eine der Voraussetzungen ist, um die Masse der Parteimitglieder zur Massenagitation und Propaganda heranzuziehen und die eigene Initiative der unteren Parteiorgane zu entwickeln. Deshalb ist es vor allem auch nötig in der Weise die Voraussetzungen für die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse zu schaffen, daß in allen Zellen ein **Kursus zur theoretischen Durcharbeitung der Parteitagsbeschlüsse** stattfindet. Darüber hinaus ist es notwendig, breitere Kreise von Arbeitern zur Agitation heranzuziehen. Dazu sind vor allem die regelmäßigen **Sympathisierenden-Versammlungen der Zellen,** die **Elementarkurse mit Sympathisierenden,** die Organisierung von **Arbeiter-Selbstbildungszirkeln** durch die Betriebs- und Straßenzellen, die Organisierung von **Arbeiterbildungsvorträgen und die Abhaltung von Einzelvorträgen für die Freunde der kommunistischen Presse** notwendig.

Zur wesentlichen Unterstützung der mündlichen Beeinflussungsmethoden muß ein weiterer Ausbau des Betriebes der Massenflugschriften geschehen. Dabei gilt es vor allem das Augenmerk zu richten auf die **Organisierung des unteren Literaturapparates** in den Ortsgruppen, Betrieben, Betriebsabteilungen und Wohngebieten. Von besonderer Bedeutung ist die Herausarbeitung und Anwendung neuer Agitationsmethoden. Insbesondere gilt es, die agitatorische Kraft der Versammlungen und Veranstaltungen durch **Filmvorführungen, Sprechchor, Aufführung von Szenen** usw. zu verstärken. Die gegnerische imperialistische Agitation und Propaganda mit Hilfe des Films in öffentlichen und Belegschaftsveranstaltungen zeigt uns, wie notwendig es ist, mehr als bisher den Film in den Dienst der Massenagitation zu stellen. Zugleich ist es notwendig, das Agitationsmaterial der Partei zu konkretisieren und individualisieren, in dem mehr Wert gelegt wird auf die **Herstellung eigenen Agitationsmaterials durch die Betriebs- und Straßenzellen.**

Auf dem Gebiete der **Propagandatätigkeit** müssen wir dazu übergehen, besonders die **Schulungsarbeit im Reichsmaßstabe planmäßig** zu organisieren. Bei Durchführung der Elementarkurse in den Zellen hat sich ein großer Mangel an geeigneten Lehrkräften gezeigt. Deshalb muß eine besondere **Schulung proletarischer Kursuslehrer in Propagandistenkursen** geschehen. Darüber hinaus sollen in allen Bezirken **Bezirksfunktionärkurse als Wochenendkurse** stattfinden, um systematisch die leitenden Funktionäre theoretisch zu schulen. Die Durchführung der genannten Aufgaben ist eine wichtige Voraussetzung, um die Beschlüsse des Parteitages in die Tat umzusetzen.

Gen. Schulte, Niederrhein. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen steht erst im Anfang und der Einfluß in den Großbetrieben ist viel zu gering. Die Verbindung zwischen den Bezirksleitungen und den Betriebszellen ist noch äußerst mangelhaft. Redner weist auf die Schwierigkeit der Herstellung von Betriebszeitungen hin. Die Hauptarbeit der Zelle im Betrieb muß Gewerkschaftsarbeit sein. Wir müssen wirkliche aktive Arbeit in der Org.-Abteilung schaffen. Die Arbeit der Zelleninstrukteure hat bisher versagt. Uebergehend zur Frage der Einheitsfronttaktik weist der Redner besonders auf die **Wichtigkeit der Erfassung der christlichen Arbeiter** hin. Dabei müssen die Erfahrungen der Volksentscheidbewegung, in der Hunderttausende von christlichen Arbeitern mitgegangen sind, ausgenutzt werden. Die christlich-soziale Reichspartei, die aus einer Oppositionsstimmung unter den Zentrumsarbeitern entstanden ist, hat viel in Demonstrationen und sogar in Gemeindeparlamenten mit uns gearbeitet. Redner begrüßt die Bildung einer besonderen Kommission zur Bearbeitung des Zentrums.

Darauf spricht Genosse Beck.

Gen. Beck: Ich möchte einige Fragen über die gewerkschaftliche Arbeit besprechen. Genosse Bucharin hat kürzlich diese Arbeit so gekennzeichnet, daß es unter den Kommunisten zwei Sorten von Gewerkschaftlern gibt: die einen, deren Arbeit sich nicht von der der Sozialdemokratie unterscheidet und die anderen, die sich darauf beschränken, Phrasen zu dreschen. Die Erweiterte Exekutive hat die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit verlangt. Von unseren Genossen wird immer wieder mehr Kleinarbeit verlangt. Darin liegt ein gewisser Widerspruch. Außerdem ist in keiner Periode der Parteientwicklung die sogenannte Politisierung mehr propagiert worden, wie unter der Ruth-Fischer-Zentrale. Unsere Taktik darf sich nicht darauf beschränken, ein paar Pfennige Lohnerhöhung mehr zu verlangen, als die Reformisten. Ein zweiter Fehler ist folgender: Wenn irgendwo eine Lohnbewegung beginnt, schreiben unsere Zeitungen, die Reformisten werden euch verraten. Das genügt absolut nicht. Das hieße, die Reformisten könnten überhaupt nicht streiken. Es hat sich aber gezeigt, zuletzt in Sachsen, daß sie doch streiken. Es gibt auch Situationen, in denen eine Ausbreitung des Kampfes nicht immer nützlich ist. Schließlich ist es auch eine Frage, ob wir jeden Streik bis zum Weißbluten führen sollen. (Zuruf Ewert: Jetzt kommt es

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0013

darauf an, die Arbeiter in der Kampf zu führen, nicht sie zu warnen!)

Die Reformisten führten einen Scheinkampf gegen die Monopolisierung unter der Parole der Wirtschaftsdemokratie Man wird fragen, was habt ihr Kommunisten an die Stelle der Wirtschaftsdemokratie zu setzen? Es kommt darauf an, die Losung der Wirtschaftsdemokratie umzubiegen in eine revolutionäre Losung, die Losung der Produktionskontrolle. Ich glaube nicht, daß das, was die Arbeiter in unserer Parteipresse lesen, geeignet ist, breite Arbeitermassen für die Partei zu gewinnen. (Zwischenruf Thälmann: Die Losung der Produktionskontrolle keinesfalls!) Genossen, es handelt sich darum, eine Verbindungslinie zwischen den Tagestämpfen und dem Endziel zu schaffen.

Als nächster spricht Gen. Hausen, Schlesien:

Er geht besonders auf die Opposition innerhalb der SPD. ein, die selbst in Breslau, der Hochburg Löbes, gewaltige Fortschritte macht. Innerhalb dieser Linken vollzieht sich eine starke Differenzierung. Viele Arbeiter fordern bereits den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten. Auch in den Gewerkschaften zeigen sich linke Tendenzen. Viele SPD.-Arbeiter, die aus dem Reichsbanner ausgetreten sind, sind heute im RFB. In diesem Zusammenhange hat die Breslauer SPD. beschlossen, daß, solange SPD.-Mitglieder im Reichsbanner sein dürfen, auch die Mitgliedschaft im RFB erlaubt sein muß. Wir müssen diese Radikalisierungstendenzen fördern unter den Parolen: Vertreibung aller Reformisten aus der Arbeiterbewegung, Einheit aller revolutionären Elemente unter Führung der Kommunistischen Partei. Das wird dazu beitragen, eine Minderheitsbewegung nach englischem Vorbild zu schaffen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach der Wiedereröffnung gibt der Vorsitzende Gen. Geschke unter wiederholten Beifallskundgebungen des Parteitages Begrüßungsschreiben und Telegramme der **Kommunistischen Partei Dänemarks, des Genossen Reval aus dem Zuchthaus Kolstow, Warschau,** ferner der **Zelle der Hamburger Staats-Kai-Arbeiter** und der **Baumwollspinnerei Altona-Bornfeld** bekannt. Lebhaften Beifall löste eine Resolution einer Konferenz von **26 Betriebsräten des Berliner Arbeiterbezirks Wedding** aus, die den Parteitag und seine Arbeiten begrüßt. Auch der **Gau Wasserkante des RFB.** sandte ein Telegramm.

Darauf wird eine Resolution der politischen Gefangenen im Zentralgefängnis Kottbus unter langanhaltendem Beifall der Delegierten verlesen. Die Resolution stellt fest, daß die Linie der Partei richtig ist und daß vor allem die Gewerkschaftsarbeit und der Aufbau der Betriebszellen, sowie die Verbindung mit den Erwerbslosen weiter gefördert werden müssen. Die Resolution solidarisiert sich mit der Taktik unserer russischen Bruderpartei und verurteilt die Opposition. Am Schlusse spricht die Resolution dem Zentralkomitee für seine Politik seit dem Erscheinen des Offenen Briefes volles Vertrauen aus.

Nach Verlesung eines Telegramms des Genossen Georges aus dem Gefängnis Bochum, der 7. Abteilung des RFB., Chemnitz, und der Erweiterten Stadtleitung des Bezirks Chemnitz-West, erhält als erster zur mündlichen Begrüßung im Namen der englischen Kommunistischen Partei das Wort Genosse Steward. (Der Parteitag erhebt sich und singt stehend die „Internationale“). Die Rede des Genossen Steward wird übersetzt durch den Genossen Stöcker:

Der englische Genosse an die KPD.

Genosse Steward überbringt die brüderlichen Grüße der englischen Kommunistischen Partei und bespricht dann folgende Punkte:

1. Die allgemeine Situation in England.
2. Die Ereignisse in China,
3. Den Konflikt zwischen Britannien und Rußland.

Die Frage, die am meisten in der letzten Zeit in der internationalen Arbeiterbewegung erörtert wurde, ist der Generalstreik der Bergarbeiter.

Es ist interessant daß gerade in England bis vor kurzer Zeit es eigentlich allgemeine Auffassung war, daß ein **Generalstreik in England** etwas **Unmögliches** sei. Durch die Radikalisierung der Arbeiterschaft, wie auch durch die objektiv veränderte Situation in Großbritannien ist das Unmögliche möglich geworden. (Bravo!) Der Generalstreik im vergangenen Jahre war ja nur der Höhepunkt der Kämpfe die zwischen Kapital und Arbeit in den letzten Jahren geführt wurden. 1921 schon die große Bewegung, die mit dem Schwarzen Freitag endete; 1922 die großen Kämpfe der Metallarbeiterbewegung; 1925 die Zuspitzung bei den Bergarbeitern und 1926 dann der große Generalstreik mit dem sich anschließenden Bergarbeiterstreik.

Unter dem Drucke der Bergarbeiterschaft wurde von diesen jener große Kampf **30 Wochen lang fortgesetzt** und dadurch retteten die britischen Bergarbeiter die gesamte englische Arbeiterklasse vor einer allgemeinen Demoralisierung und **führten gegen den Willen der Labour-Leader den richtigsten und wichtigsten Schlag, indem dadurch die ganze Bewegung in ein anderes Gleis kam, in ein Gleis, das die offiziellen Führer der Bergarbeiterschaft nicht gewünscht hatten. Es zeigte sich in diesem großen Kampfe, daß die Politik der Kommunistischen Partei Englands sich als durchaus richtig erwiesen hat.**

Drei Gesichtspunkte ergeben sich aus diesem Kampfe. **Erstens der Verrat der offiziellen Führer der Labour-Bewegung; zweitens der Verrat der Amsterdamer Internationale.** Das gegenteilige Ergebnis aber dieser ganzen Bewegung, das sich auch in England außerordentlich eindrucksvoll zeigte, war

die brüderliche Hilfe der russischen Arbeiterschaft

in unserem Kampfe. Es ist von manchem Freunde unserer Bewegung, insbesondere von den ultralinken Gruppen, nicht nur in Deutschland, in diesem Zusammenhang die Auflösung des anglo-russischen Komitees gefordert worden. Genossen, ich kann euch dazu nur sagen:

In England hat keines unserer Mitglieder die Auflösung dieses Komitees gefordert (lebhaftes Bravo, Beifall.)

Die britischen Kommunisten wie auch die großen Teile unserer Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften sehen in dem **anglo-russischen Komitee nicht eine Union der Führer der britischen und russischen Arbeiterschaft, sondern einen Ausdruck des gemeinsamen Empfindens der britischen Arbeiter mit den russischen.**

Der dritte Gesichtspunkt, der sich aus dem Kampfe ergibt, ist neben der verräterischen Haltung eines großen Teiles der Arbeiterführer die **Schwäche, die innerhalb der Gewerkschaften dank ihrer organisatorischen Zusammensetzung sich ergeben hat.**

Ich glaube, wenn wir auch zugeben müssen, daß der Bergarbeiterkampf in England für die britische Bergarbeiterklasse eine Niederlage war so ist sie, im gesamten Zusammenhange der Weltentwicklung, insbesondere mit dem Kampf in China gesehen, ein Erfolg der gesamten Bewegung. Denn, der britische Bergarbeiterkampf hat in seiner Versteifung und langen Ausdauer, seiner Zuspitzung ökonomisch und politisch usw die britische Bourgeoisie verhindert viel eher ihre militärischen Kräfte in China einzusetzen, als ihr das sonst möglich gewesen wäre Unsere Arbeit gegen die Ausdehnung, gegen das Eingreifen des britischen Imperialismus in China hat mit einer großen Propaganda eingesetzt, die sich auch ausgewirkt hat weit über den Einfluß der Kommunistischen Partei hinaus. **Es gelang uns in ganz kurzer Zeit in England, über 80 Komitees „Hände weg von China“ ins Leben zu rufen,** die mit überwiegender Mehrheit von Nicht-Kommunisten zusammengesetzt sind und doch von unserem Geiste beseelt sind. Es gelang uns vor wenigen Wochen erst in London eine eine Zusammenkunft des Londoner **Gewerkschaftskartells zu organisieren mit über 600 Delegierten, die Beschlüsse faßten in der Chinafrage, die vollkommen mit unseren Forderungen konform gehen (Bravo-Rufe).** Diese Beratung des Londoner Gewerkschaftskartells schickte eine Delegation zum britischen Generalrat mit der Aufforderung, für ganz England einen nationalen Kongreß einzuberufen, der dieselben Forderungen über die Chinapolitik Englands erheben soll, wie das das Londoner Gewerkschaftskartell unter unserem Einfluß getan hat. Noch schweigen sich die Führer des Generalrats, aber wir hoffen, daß auch sie bald unserem Drucke weichen müssen. Aber wir haben nicht nur geredet, nicht nur Propaganda geführt, sondern wir glauben auch, soweit das in unseren Kräften steht, gehandelt zu haben, **wenn wir mit aller unserer Tatkraft an alle ausrückenden Soldaten und Marinetruppen Flugblätter verteilt haben über die traurige Rolle, die sie in China zu erfüllen haben (Bravo-Rufe und Beifallklatschen).** Wir haben unsere Mitgliedschaft in den letzten Jahren dank der gewaltigen Ereignisse, aber ich glaube auch, dank einer richtigen Taktik, **von 5000 auf jetzt 13 000 steigern können (Bravo-Rufe).** Wir haben die Mitgliedschaft unserer **Jugendorganisation von einigen hundert noch vor einem Jahr jetzt schon auf 2000 emporarbeiten können.**

Das wichtigste Ereignis schließlich, das in den letzten Tagen zu verzeichnen war, ist

der Bruch zwischen England und Sowjetrußland.

Die Chamberlainsche Note ist auf zwei Hauptursachen zurückzuführen, erstens auf die Nervosität des britischen Imperialismus hinsichtlich der Entwicklung in China und zweitens aus Sorge über die Entwicklung und den Aufstieg der russischen Arbeiterklasse. Unsere ultralinken Freunde erklären immer, daß Rußland auf dem Wege einer gewissen Entartung sei auf dem Wege zu Zugeständnissen an den Kapitalismus. Ich glaube, so sagt Steward, **die britische Bourgeoisie sieht klarer die Entwicklungen Rußlands als unsere ultralinken Freunde** (Zurufe: „Sehr gut“).

Zum Schlusse sagte dann Genosse Steward, daß sich nicht nur die Voraussagungen Lenins über die Entwicklung der Kommunistische Partei in England als richtig herausgestellt haben, sondern auch die Voraussagungen Lenins über die Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung im allgemeinen, und ferner könne er wohl heute auch Grund praktischer, nur zu praktischer Ereignisse auch erklären daß sich die Lehren Lenins über die Kolonialpolitik und das notwendige Zusammengehen der unterdrückten Bauern- und Proletariermassen in den Kolonien mit der europäischen Arbeiterschaft als nur zu richtig erwiesen hat.

Die Ereignisse der letzten Jahre sollten allen unseren Genossen doch zu erkennen geben, daß es nicht nur genügt, klar leninistisch die revolutionäre Entwicklung zu erkennen, sondern daß es auch darauf ankommt den Einfluß in den Massen endlich zu gewinnen. Einfluß den wir nur gewinnen werden durch die praktische Arbeit innerhalb der arbeitenden Massen auf dem Wege der Einheitsfront auf dem Wege der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften

Es ist ein Unsinn, zu sagen, wir könnten die Gewerkschaften nicht erobern. Die Entwicklung in England zeigt zur Genüge, daß selbst eine kleine Partei mit Aktivität und klarer Einstellung einen gewaltigen Einfluß in den Gewerkschaften erobern konnte. **Es kommt darauf an, diesen Einfluß durch Arbeit zu gewinnen und endlich auch unsere Kommunistische Partei einheitlich zu organisieren.** Deshalb appelliert Genosse Steward am Schluß seiner Ausführungen ernstlich, endlich Schluß zu machen, auch in Deutschland mit den inneren Auseinandersetzungen in der Partei, Schluß zu machen mit den Fraktionsreibereien in der deutschen Partei, um ein eisernes, stählernes Gebilde zu schaffen, das als eines der stärksten Glieder der Kommunistischen Internationale die proletarische Bewegung vorwärts zum Siege führen wird (großer langanhaltender Beifall)

Der Vertreter der KPTsch. spricht

Zur nächsten Begrüßung erhält der Genosse Stern von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei das Wort.

Genosse Stern überbringt die brüderlichen Grüße der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiter aller Nationen der Tschechoslowakei und erklärt daß die vereinigte Bourgeoisie aller Nationen in der Tschechoslowakei alles tut, was in ihrer Kraft steht um die kommunistische Aufklärung und Aufrüttelung der Massen zu beschleunigen.

Auch bei uns haben wir jetzt nachdem wir bisher immer einige Sozialpatrioten in der Regierung hatten, eine Regierung, in der nur Bürgerliche vertreten sind. Das bedeutet bei uns nicht ein Zeichen einer gewissen Erstarkung der Bourgeoisie, sondern das ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie. Unsere Bourgeoisie war gezwungen auf die bürgerlichen Parteien zurückzugreifen und sie in die Regierung hineinzuziehen. Unsere Sozialdemokratie ist nicht so sehr aus dem Grunde aus der Regierung herausgegangen, weil die Bourgeoisie glaubte, auf sie verzichten zu können, sondern vielmehr, weil der Druck von unten schon so ein starker war, daß sie diese neuen Anschläge der Regierung gegen die Arbeiterschaft nicht mitmachen konnte

Der Hauptkampf der Regierung richtet sich gegen unsere Partei. Mit allen Mitteln versucht sie, unsere Partei unschädlich zu machen. Sie hat gegen uns den Spitzel- und Spionage-Prozeß angestrengt. Sie hat geglaubt, uns damit einschüchtern zu können, daß sie Abgeordnete die im Parlament gegen die Zollvorlage Obstruktion getrieben haben, vor Gericht stellte Aber die Massen haben sehr gut verstanden, daß man unsere Partei verfolgt, weil sie für ihre Interessen eingetreten ist.

Wenn ihr hier eure Taktik festlegt, so könnt ihr damit rechnen, daß jenseits der Grenze unsere Partei denselben Weg geht wie ihr. Ihr könnt damit rechnen, daß ihr nicht mehr die alte tschechische Partei habt, die sprichwörtlich war wegen ihrer opportunistischen Tradition, sondern eine Partei, die sich durchgerungen hat zur leninistischen Theorie und die bestrebt ist, diese in der Praxis anzuwenden — eine Partei, die mit allen Mitteln daran arbeitet, auf dem bolschewistischen Wege voranzugehen und eine Partei, die einheitlich ist, die gegenwärtig nicht zerrissen ist in Fraktionen, in der alle Kräfte zusammengefaßt sind auf der Linie der Komintern zur gemeinsamen Arbeit. (Beifall).

Betriebe und Erwerbslose begrüßen den Parteitag

Unter stürmischem Beifall bekam als Führer einer Delegation des Gesamtbetriebsrats der Staatszeche Recklinghausen, ein Genosse das Wort, der folgende, vom Gesamtbetriebsrat, der in seiner Mehrheit sozialdemokratisch ist, angenommene Begrüßungsresolution an den Parteitag vortrug:

An den Reichsparteitag der KPD.

Die Betriebsräte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Gesamtbetriebsrat der Staatswerke A.-G., Recklinghausen, begrüßen den im Ruhrgebiet tagenden Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Kampf, der gegen den Mietwucher, für die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die sozialreaktionären Pläne der Bürgerblock-Regierung geführt wurde, der bisher an der starren Einstellung der Bürgerblockparteien scheiterte, muß jetzt von der gesamten Arbeiterschaft in einheitlicher Front aufgenommen und unterstützt werden. Die versammelten Betriebsräte sind der Ueberzeugung, daß die KPD. ehrlich bereit ist, diese Einheitsfront zum Kampfe gegen die Bürgerblock-Regierung herzustellen und damit den Kampf der deutschen Arbeiterklasse zu fördern. Sie erwarten, daß auch die Beschlüsse des Reichsparteitages in diesem Sinne gefaßt werden. Die Betriebsräte erwarten, daß die KPD. zusammen mit den Gewerkschaften die gemeinschaftlichen Fragen behandelt und in geschlossener Kampffront vorgeht.

Wir wünschen der Arbeit des Parteitages im Sinne des Proletariats einen guten Erfolg.

Mit revolutionärem Glück auf

Die Betriebsräte des Bergarbeiter-Verbandes der Ges.-B.-R. Recklinghausen.

Delegation der Essener Erwerbslosen

Eine Delegation der Essener Erwerbslosen begrüßt den Parteitag und ihr Sprecher betonte besonders, daß nach allen bisherigen Erfahrungen die Erwerbslosen ihre Hoffnung zur Unterstützung ihrer Kämpfe nur auf die Kommunistische Partei richten Genosse Geschke antwortete der Delegation daß die Kommunistische Partei weiterhin wie bisher ihre ganzen Kräfte einsetzen wird um den Kampf der Erwerbslosen gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse zu organisieren.

Ferner wurden noch folgende schriftliche Begrüßungsschreiben und Telegramme verlesen:

Von den Arbeitern der Deutschen Werke Kiel, von der Zellengruppe Hamburger Werften, von der Germania-Werft Kiel, vom Kommunistischen Jugendverband Kiel und von dem im Berliner Untersuchungsgefängnis sitzenden Genossen Gerhardt und von den Freidenkern Ortsgruppe Bäer

Fortsetzung der Diskussion

Genossin Hanna Schulz, Berlin. Die richtige Durchführung der Parole „Heran an die Massen“ ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Gewinnung der Arbeiterinnen für die Gewinnung der werktätigen Frauen. Als beste Methode gerade die Arbeiterinnen zu erfassen, hat sich das Delegiertensystem erwiesen. Es ist die Zusammenfassung der sympathisierenden Arbeiterinnen und Frauen zur Durchführung unserer Parolen unter den breiten werktätigen Frauenmassen zu arbeiten Als Beispiel dafür möchte ich euch den Kongreß der Werktätigen anführen

Wir haben von vornherein eine Zusammenfassung unserer Frauendelegierten durchgeführt Auf der ersten Konferenz hatten wir 50 Prozent Arbeiterinnen, auf der zweiten 75 Prozent Das zeigt uns daß die Basis für das Delegiertensystem in Berlin der Betrieb gewesen ist, und daß betriebstätige Frauen das Element der Frauendelegiertenversammlungen gestellt haben. Wir werden zu keinem anderen Ergebnisse kommen in der Gewinnung der arbeitenden Frauen, wenn wir nicht die Arbeit führen von der BL herab bis hinunter zu den Zellen durch die Gewerkschaftsfraktionen

Genosse Ewert: Ich werde mich lediglich auf drei Fragen beschränken Erstens zur Frage der Linken in der Sozialdemokratischen Partei Ich glaube, daß hier von unseren Genossen teilweise in den Diskussionsreden ein Fehler gemacht worden ist. Die Schwäche der linken Strömungen in der Sozialdemokratischen Partei ist die daß es keine Führergruppe gibt, die auch nur Entwicklungstendenzen zum Kommunismus in sich birgt, die wir in der nächsten Zeit ansprechen können als Führer und Entwickler der Oppositionsstimmungen der sozialdemokratischen Arbeiter zu einer klaren Politik Genosse Wötcher sprach in seiner Rede davon daß der Imperialismus die Voraussetzungen schaffe zur Bildung von zentristischen Gruppierungen, Organisationen Man kann sagen daß Gegenteil ist der Fall. Der Imperialismus zwingt den Reformismus Stellung zu nehmen in einer besonderen kritischen Situation und Kriseninstrumente Es ist charakteristisch daß gerade in der Periode des Imperialismus die vollkommene Verjumpung und Verbürgerlichung der Sozialdemokratischen Partei eingetreten ist, und daß solche Zwischenbildungen wie sie in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratische Partei darstellt nur Episoden geblieben sind. Nicht das ist die Gefahr, daß neue zentristische Parteien sich in Deutschland bilden können zwischen der Sozialdemokratischen u. der Kommunistischen Partei sondern die Gefahr ist die, daß die in den linken sozialdemokratischen Führertreisen vertretene Auffassung zum mindesten den Entwicklungsgang der sozialdemokratischen Arbeiter zur Kommunistischen Partei verhindert und verlangsamt Und insofern ist es absolut richtig, wenn unsere Thesen sagen daß diese linkssozialdemokratischen Führer die gefährlichsten Feinde sind Das bedeutet nicht, daß wir sie mit denselben Argumenten und Methoden bekämpfen, wie wir sie gegenüber den rechten sozialdemokratischen Führern anwenden Es setzt vielmehr voraus daß wir differenzieren und eine geschickte Taktik des Entlarvens und des Hineindringens der Führer in bestimmte Situationen durchführen. Aber Wötcher ist im Irrtum wenn er versucht hier eine Parellele zu ziehen sagen wir zwischen den linkssozialdemokratischen Führern in Deutschland und Cook in England. Cook ist kein Sozialdemokrat in dem sozialdemokratischen parteimäßigen Sinn, wie es die deutschen linken sozialdemokratischen Führer sind Seine ganze Einstellung auch seine Schwankungen sind anders zu beurteilen, wie die, die heute die linke sozialdemokratische Führerschaft ganz bewußt und planmäßig in die Arbeiterschaft hineinträgt

Die linke SPD.-Presse fragt: Wie können wir die sozialdemokratische Arbeiterschaft bei der Fahne des Reformismus und der Sozialdemokratischen Partei halten? Darum wird der Schwerpunkt unserer ganzen Auseinandersetzungen mit der deutschen Sozialdemokratie darin liegen, daß wir bei der schärfsten Brandmarkung der Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes, gleichzeitig auch die Ideologie derjenigen, die die Unzufriedenheit der hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter mit der Politik des Parteivorstandes widerspiegeln zu entlarven.

Nun zu der Frage der Wirtschaftskämpfe, die Genosse Beck hier anschnitt Genosse Beck hat hier eine Rede gehalten, die eine vollständig katastrophale Einstellung zeigt. Die sich jetzt langsam entwickelnden Wirtschaftskämpfe sind in der jetzigen Periode ein Uebergang von der vollständigen Passivität zu dem ersten Kampf breiterer Arbeitermassen Die Kraft dieser Kämpfe ist noch nicht breit entwickelt. Das Charakteristische ist die ungeheure Zersplitterung dieser Kämpfe Während wir in diesem Jahre und sogar im ersten halben Jahre 4 Millionen Arbeiter in Lohnbewegungen haben, sehen wir keine Zusammenfassung dieser Kämpfe. Ja, wir sehen das bewußte Streben der Bürokratie, die Tarifabschlüsse, die Termine so zu legen, daß ja ein gemeinsamer Ablauf der Kündigungsfristen und damit eine empfindliche Störung des kapitalistischen Wirtschaftslebens verhindert wird. Ausgerechnet in einer solchen Situation wo es die Aufgabe der revolutionären Partei ist den Gedanken der Zusammenfassung dieser Kämpfe, den Gedanken des Abschlusses gleichlaufender Verträge zu gleichen Terminen für die wichtigsten Industriegruppen durchzusetzen spricht Genosse Beck gegen die Losung: Für die Verbreiterung der Kämpfe.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270308-11/fragment/page=0014